



WEISSER RING Magazin



WEISSER RING

An der Seite der Opfer – seit 50 Jahren

Herzlichen Glückwunsch zum Jubiläum!

volksbanking.de

Wir machen den Weg frei.



50 Jahre WEISSER RING!

Auch wir blicken auf eine lange Geschichte zurück. Seit über 160 Jahren ist die Volksbank Darmstadt Mainz ein verlässlicher Partner für Menschen und Unternehmen vor Ort. Regional verwurzelt, zukunftsorientiert und immer nah an den Menschen.

Die Volksbank Darmstadt Mainz engagiert sich in allen Bereichen des gesellschaftlichen Lebens in der Region. Getreu dem genossenschaftlichen Motto „Was einer alleine nicht schafft, das schaffen viele.“



Stiftung „Hoffnung für Kinder“

Wir machen Kinder ein bisschen glücklicher.



Crowdfunding

Gemeinsam Herzensprojekte möglich machen.



Förderung für Vereine

Wir sind der starke Partner für Vereine in der Region.



Unsere Veranstaltungen

Bleiben Sie immer auf dem neuesten Stand.

**Volksbank
Darmstadt Mainz**



Editorial



„Als der WEISSE RING gegründet wurde, hatte kaum jemand Kriminalitätsoffer im Blick.“



facebook.com/weisserring



instagram.com/weisser_ring



linkedin.com/company/weisserringev



youtube.de/weisserringev

Liebe Leserinnen und Leser,

der WEISSE RING feiert in diesem Jahr Geburtstag. Seit 50 Jahren steht der Verein an der Seite der Opfer, begleitet und unterstützt sie. Gleichzeitig setzt er sich in der Öffentlichkeit und auf politischer Ebene für mehr Schutz und Hilfe für Betroffene ein. In dieser Ausgabe blicken wir auf die Geschichte des Vereins zurück. Als dieser gegründet wurde, hatte kaum jemand Kriminalitätsoffer im Blick, sie waren als Zeugen lediglich ein Beweismittel. Das hat sich – bei allen noch bestehenden Problemen – geändert, auch durch den Einsatz des WEISSEN RINGS.

In den ersten Jahrzehnten machte er sich erfolgreich für mehr Rechte im Strafverfahren und verbesserte Leistungen für Opfer stark, in der jüngeren Vergangenheit für die Einführung der elektronischen Fußfessel, um Betroffene häuslicher Gewalt besser zu schützen, und für konkrete Fortschritte bei der Reform der Opferentschädigung. Gelungen ist dies dank eines starken Ehren- und Hauptamtes. Einige unserer langjährigen Ehrenamtlichen stellen wir Ihnen in dieser Ausgabe vor. Wir schauen jedoch nicht nur auf Erfolge, sondern auch auf schwierige Zeiten und die Lehren, die wir daraus gezogen haben.

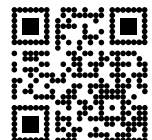
Im Mittelpunkt stehen für uns die Betroffenen. Deshalb haben unsere Reporterinnen und Reporter Menschen besucht, die bei der Entführung des Flugzeugs „Landshut“ 1977 oder eines Geldtransports im Jahr 1987 Opfer geworden sind. Sie sprachen mit einer Frau, die jahrelang zur Prostitution gezwungen wurde und den Ausstieg schaffte. Darüber hinaus haben wir im Interview Bundesjustizministerin Stefanie Hubig dazu befragt, wie sie die Lücken beim Opferschutz schließen will.

Das Opferentschädigungsgesetz trat ebenfalls vor 50 Jahren in Kraft und wurde im Januar 2024 vom Sozialgesetzbuch XIV abgelöst. Werden Betroffene nun besser unterstützt? Wo gibt es noch Missstände, auch bei älteren Fällen? Diesen Fragen ist unsere Redaktion nachgegangen und hat mit Opfern, Ämtern, Ministerien und Fachleuten gesprochen. Wenn unsere Texte Sie zur Reflexion anregen, freue ich mich. Teilen Sie uns Ihre Gedanken gerne per E-Mail an redaktion@weisser-ring.de mit.

Ihre Barbara Richstein
Bundesvorsitzende WEISSER RING

P.S.:

Wir lieben Gedrucktes - aber natürlich finden Sie unser **Magazin** auch im **Internet**.
Schauen Sie mal rein: <https://wr-magazin.de>



Inhalt



- 5 Grußwort**
des Bundespräsidenten
- 6 Meldungen**
Aktuelle Zahlen zu politisch motivierten Straftaten, Übergriffen auf Bahnmitarbeitende und zum Hilfefon für Frauen
- 8 50 Jahre Hilfe**
Rückblick auf ein halbes Jahrhundert an der Seite der Opfer
- 22 Prägende Opferfälle**
Taten, die die Bundesrepublik verändert haben
- 30 An einem Tisch**
Wir haben drei ehemalige und die aktuelle Bundesvorsitzende zum gemeinsamen Interview gebeten
- 36 Nicht aufgeben**
Hüsni Erkan, Mareike Luisa Groß, Franziska Peters und Timo Ranzenberger über das Weitermachen nach einer Tat
- 42 Im Maschinenraum**
Einblick in die Bundesgeschäftsstelle des WEISSEN RINGS
- 47 Stimme der Opfer**
Die Entwicklung des Magazins
- 48 Ein Hauch von Start-up**
Was hinter der neuen GmbH des Vereins steckt
- 50 Ein Anruf bei ... Jörg Ziercke**
Der ehemalige BKA-Chef über Kriminalität im Wandel und unterschätzte Delikte
- 54 Die besondere Grafik**
Hilfe in Zahlen und Fakten
- 56 Stefanie Hubig im Interview**
Die Bundesjustizministerin fordert mehr Opferhilfe und eine klare Reaktion des Rechtsstaats auf digitale sexualisierte Gewalt

- 80 Der Kampf geht weiter**
Mit dem SGB XIV sollte die Soziale Entschädigung schneller und gerechter werden. Trotz des gesetzlichen Fortschritts gibt es Probleme in der Praxis
- 98 Medientipps**
- 100 Der Kommentar**
Die Reform der Opferentschädigung ist nicht abgeschlossen, sagt der rheinland-pfälzische Opferbeauftragte Detlef Placzek
- 101 Impressum**
- 102 Langer Weg aus dem Trauma**
Traumaambulanzen sollen Betroffenen von Gewalttaten schnell psychologisch helfen. Doch die Einrichtungen kämpfen mit Problemen
- 113 Social Media**
Digitale Gewalt und Cybercrime nehmen weiter zu. Die Reaktionen auf unsere Berichterstattung
- 114 Danke**

Ehrensache

- 63 Das Heft im Heft**
Prägende Köpfe des WEISSEN RINGS im Porträt: Wolfgang Sielaff, Helgard van Hüllen, Benedikt Wemmer, Rolf Schmachtenberg und ein Nachruf über Manuela Söller-Winkler



Grußwort



Dr. Frank-Walter Steinmeier

ist seit 2017
Bundespräsident
der Bundesrepublik
Deutschland.

H

„Hilfe für Verbrechenopfer ist kein Almosen, sondern Bringschuld der Gesellschaft.“ So hat es Eduard Zimmermann nach Gründung des WEISSEN RINGS formuliert. Fünfzig Jahre WEISSER RING sind fünfzig Jahre Engagement für Menschen, die in einer der verletzlichsten Situationen ihres Lebens Hilfe und Beistand brauchen. Zu diesem Jubiläum gratuliere ich dem Verein von Herzen.

Jeder kann Opfer werden. Straftaten treffen Menschen ohne Vorwarnung, und sie hinterlassen nicht nur materiellen Schaden,

sondern erschüttern das Vertrauen in die eigene Sicherheit, oft tief und nachhaltig. Obwohl sie keine Schuld tragen, schämen sich viele Betroffene für das, was ihnen widerfahren ist. Nicht wenige ziehen sich zurück, weil sie das Gefühl haben, mit dem Erlebten allein zu sein. Ja, jeder kann Opfer werden. Aber niemand soll Opfer bleiben – dafür arbeitet der WEISSE RING, der staatlich und parteipolitisch unabhängig ist, aber Partei ergreift für die Betroffenen von Kriminalität.

Dieser Anspruch ist in fünfzig Jahren Vereinsgeschichte nie kleiner geworden, er ist gewachsen. Denn Gewalt hat heute viele Gesichter. Sie geschieht im häuslichen Umfeld ebenso wie im digitalen Raum, sie trifft Privatpersonen und Menschen im öffentlichen Amt, und sie hinterlässt Wunden, die von außen oft nicht sichtbar sind. Der WEISSE RING unterstützt seit seiner Gründung 1976 mit offenem Ohr, mit Beratung und mit Empathie.

Dass der Verein sein Angebot in den vergangenen fünfzig Jahren immer wieder neu ausrichten konnte, verdankt er nicht zuletzt den rund 3.000 ehrenamtlichen Helferinnen und Helfern, die ihre Zeit, ihre Erfahrung und ihr Mitgefühl geben und damit jeden Tag aufs Neue beweisen, was gesellschaftlicher Zusammenhalt in der Praxis bedeutet. Ohne sie wäre die Arbeit des WEISSEN RINGS nicht denkbar, und ohne sie wäre unsere Gesellschaft eine ärmere.

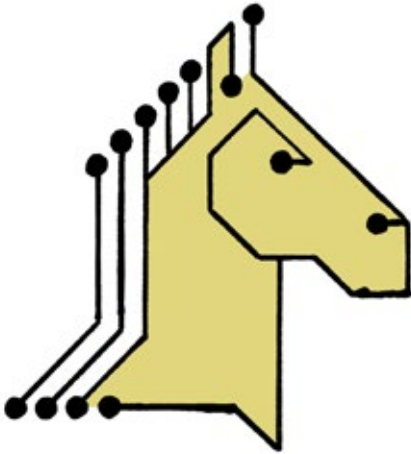
Ihnen ebenso wie allen hauptamtlichen Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern gilt daher mein herzlicher Dank. Alles Gute zum Geburtstag – und weiterhin viel Erfolg für Ihre wichtige Arbeit!

Bundespräsident Frank-Walter Steinmeier

„Gewalt hat heute viele Gesichter. Sie geschieht im häuslichen Umfeld ebenso wie im digitalen Raum.“

Meldungen

Bundeslagebild:



Das Bundeskriminalamt
(BKA) weist in
seinem Bundeslagebild

333.922

Cybercrime-Delikte
in Deutschland
im Jahr 2025 aus.

1.041

Ransomware-Angriffe
mit sogenannten
Verschlüsselungs-Trojanern
wurden angezeigt.

90%

dieser Taten richteten
sich gegen kleine und mittlere
Unternehmen.

Vergleich:

2013

2025

18.812 69.526

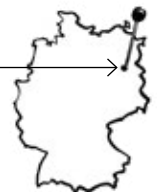
Das Hilfetelefon „Gewalt gegen Frauen“
(116 016) hat 2025 mit 69.526
Beratungen einen **neuen Höchststand**
erreicht. Die Zahl ist fast vier Mal
so hoch wie im Gründungsjahr 2013;
gegenüber dem Vorjahr gab es einen
Anstieg um 14 Prozent.

Neue Untersuchung

Sexualisierte Gewalt gegen junge Menschen

Knapp **zwei Drittel** der Jugendlichen und jungen Erwachsenen haben bereits Erfahrungen mit sexualisierter Gewalt ohne Körperkontakt gemacht, vor allem im Internet und auf Social-Media-Plattformen. Zu den Formen der Gewalt zählen **Cybergrooming, Beleidigungen und verschicktes sexualisiertes Bildmaterial**. Das geht aus der aktuellen Jugendsexualitätsstudie des Bundesinstituts für Öffentliche Gesundheit (BIOG) hervor. Knapp 30 Prozent der befragten Altersgruppen haben sexualisierte Gewalt mit Körperkontakt erfahren, etwa nicht gewollte Berührungen oder noch massivere Übergriffe.

Blick nach...



... Berlin

Laut Recherche- und Informationsstelle Antisemitismus Berlin (RIAS) wurden 2025 in der Bundeshauptstadt insgesamt 2.197 jüdenfeindliche Attacken registriert. Das ist zwar ein Rückgang im Vergleich zum Vorjahr (2.521). Allerdings liegt das Niveau weiterhin deutlich über den **Zahlen aus den Jahren vor dem Angriff auf Israel im Oktober 2023**. Laut RIAS gab es von 2018 bis 2022 knapp 980 Vorfälle pro Jahr. „Die systematische Dokumentation zeigt, wie sich antisemitische Entwicklungen verändern und welche Auswirkungen antisemitische Vorfälle für Jüdinnen und Juden in Berlin haben“, erklärte RIAS-Projektleiterin Julia Kopp. „Israelbezogener Antisemitismus ist mit großem Abstand die häufigste Form des Jüdenhasses, mit der wir konfrontiert sind“, so Sigmund Königsberg, Antisemitismusbeauftragter der Jüdischen Gemeinde zu Berlin.



Gewalt gegen Bahnpersonal

Verbale und körperliche Angriffe nehmen weiter zu

Die Zahl der Bahnmitarbeitenden, die im Dienst Opfer einer Gewalttat geworden sind, ist im vergangenen Jahr gestiegen. Während die Bahn im Jahr 2024 noch 1.882 solcher Fälle registrierte, waren es **2025 insgesamt 3.023**, wie aus Angaben der Bundesregierung hervorgeht. Hintergrund sei ein erhöhtes Reiseaufkommen nach der Corona-Pandemie. Damit verbunden seien wieder verstärkte Kontrollen bei den Reisenden in Zügen und an Bahnhöfen. In diesem Zusammenhang komme es zunehmend zu verbalen und körperlichen Angriffen auf Beschäftigte der Bahn.

BKA-Jahresbericht

Höchststand bei politisch motivierten Straftaten

Das Bundeskriminalamt hat im Jahr 2025 fast 86.000 politisch motivierte Straftaten registriert. Dies bedeutet einen Höchststand seit Beginn der Statistik im Jahr 2001. Rund 42.500 Fälle werden dem rechtsextremen Spektrum zugeordnet. Damit entfällt beinahe jede zweite Straftat auf diesen Bereich. Bei linksextremen Straftaten verzeichnete das BKA einen deutlichen Zuwachs: Die Zahl stieg um 35 Prozent auf 13.500. Die Ermittlungsbehörden beobachten eine zunehmende Gewaltbereitschaft bei politisch motivierten Taten: Die Zahl der Gewaltdelikte stieg um 1,2 Prozent auf 4.200 Fälle.

Zitat:

„Es gab Lehrer, die mir gesagt haben, ich sei eine **Schande** für die Schule. Im Zug hat mich ein älterer Herr angespuckt und gesagt, so was gehört vergast. Ich bin froh, dass ich daran nicht verzweifelt bin.“



Olivia Jones

Dragqueen



Preisverleihung

Ehre für WEISSER RING Magazin

Der renommierte **Art Directors Club (ADC)** hat in seinem diesjährigen Wettbewerb das WEISSER RING Magazin ausgezeichnet. Der ADC würdigte die 2025 erschienenen Ausgaben, die sich unter anderem mit dem Fall Pelicot, rechtsradikal motivierter politischer Gewalt und Menschenhandel befassten. Juliane Keß (links im Bild), Kreativgeschäftsführerin der Agentur twotype design, die die Redaktion unterstützt, und Gregor Haschnik, Fachleitung Recherche des WEISSEN RINGS, nahmen im Juni an der Preisverleihung in Hamburg teil.



24.09.76

VEREINSGRÜNDUNG

MAINZ Der WEISSE RING wird ins Vereinsregister eingetragen. 17 Männer und Frauen gründen den Verein zur Opferarbeit, darunter Eduard Zimmermann, Moderator der Fernsehsendung „Aktenzeichen XY“.

12/1977

BERLIN Die erste Außenstelle des WEISSEN RINGS wird eröffnet.



02/1978

1. MAGAZIN

MAINZ Die erste Ausgabe der Mitgliederzeitschrift erscheint. Sie stellt die Perspektive von Kriminalitätsopfern in den Mittelpunkt.



01/1978

1.000 MITGLIEDER

MAINZ Der WEISSE RING zählt 1.000 Mitglieder. Der Appell an Bevölkerung und staatliche Institutionen, Opfer zu unterstützen, zeigt langsam Wirkung. Landesversorgungsämter nehmen Kontakt zum Verein auf.



50 Jahre WEISSER RING

Im September 1976 gründen 17 Männer und Frauen den WEISSEN RING – und leisten in Deutschland Pionierarbeit bei der Opferhilfe. Ein halbes Jahrhundert später blickt das WEISSER RING Magazin zurück auf bewegte Jahrzehnte, auf die „wilden“ Gründungsjahre, die wichtigsten Erfolge und den Aufbau in den neuen Bundesländern, aber auch auf die großen Krisen des Vereins und die Herausforderungen der Zukunft.

Text: Christoph Carretero Klemp,
Christiane Flemig, Christina Franzisket,
Gregor Haschnik
Illustrationen: Julian Rentzsch

Jahre Hilfe

01/1979**OPFERENTSCHÄDIGUNG**

BONN Der Einsatz des WEISSEN RINGS sorgt erstmals für gesetzliche Verbesserungen: Leistungen für Opfer gelten nun ab dem Tag der Tat. Ein Berufsschadensausgleich wird für alle Geschädigten möglich.

02/1979**REFERAT „VORBEUGUNG“**

MAINZ Der WEISSE RING beginnt mit der Präventionsarbeit und richtet ein Referat mit dem Namen „Vorbeugung“ ein.

01/1980**100 REGIONALSTELLEN**

MAINZ Im Januar 1980 gibt es bereits 100 Regionalstellen. Der WEISSE RING hat mehr als eine Million Mark an Kriminalitätsoffer weitergeleitet.

26.09.80**ANSCHLAG AUF DEM OKTOBERFEST**

MÜNCHEN Am 26. September 1980 verübt ein 21-Jähriger einen rechtsextremen Anschlag auf das Oktoberfest. Der WEISSE RING leistet persönlichen Beistand und schüttet gut eine Million Mark an Betroffene aus.

D

Der WEISSE RING hat sich von einem kleinen Verein zur größten Hilfsorganisation für Opfer von Kriminalität in Deutschland entwickelt. Vor allem in den ersten Jahren wuchs er schnell, auch dank des prominenten Gründers, dessen Mitstreitern und vieler weiterer Ehrenamtlicher. Die Vereinsgeschichte zeugt von der Entwicklung der Kriminalität – und von Lücken bei der staatlichen Unterstützung für Betroffene.

Kapitel I

Die ersten Jahre

Wer etwas über die Anfangszeit des WEISSEN RINGS erfahren möchte, wird im Vereinsarchiv der Bundesgeschäftsstelle in Mainz fündig. Im Keller lagern hier in Rollregalen Aktenordner, alte Werbemittel, darunter sogar ein Gleitschirm mit dem Vereinslogo sowie Foto-, Video- und Audiomaterial aus fünf Jahrzehnten Vereinsgeschichte. Dieser Fundus zeugt davon, wie der Verein zur größten Hilfsorganisation für Kriminalitätsoffer werden konnte. Besonders aufschlussreich sind frühe Schriftwechsel des Gründers Eduard Zimmermann, der damals als TV-Moderator der ZDF-Sendung „Aktenzeichen XY... ungelöst“ bekannt war. Die Sendung war in den 1970er-Jahren ein „Straßenfeger“ und lockt bis heute Millionen Zuschauer vor den Fernseher.

Beim Blättern durch die Akten erfährt man, dass Zimmermann schon drei Jahre vor der Gründung für eine Interessenvertretung und Hilfsorganisation für Kriminalitätsoffer geworben hat. So antwortete ihm Ministerialdirigent Dr. Alfred Stümper aus dem baden-württembergischen Innen-

ministerium am 8. Januar 1974: „In der Vergangenheit waren fast alle Bemühungen um eine Modernisierung der Strafverfolgung mehr oder weniger einseitig auf eine Verbesserung der Position des Täters im Strafverfahren ausgerichtet. (...) um das Opfer kümmert sich hingegen – sofern es selbst oder etwaige Hinterbliebene sich nicht allein zu helfen wissen – niemand. Die geplante Organisation könnte hier eine echte, unverständlicherweise seit langem bestehende Lücke schließen.“ Stümper wurde später selbst Gründungsmitglied.

Mittlerweile ist er 100 Jahre alt. „Eduard Zimmermann und ich haben uns bei einer Tagung der Polizeigewerkschaft in Berlin getroffen und gleich gut verstanden“, erinnert er sich im Gespräch mit dem WEISSER RING Magazin. Sie hätten das Ziel geteilt, Kriminalitätsoffern „konkret und im Einzelfall zu helfen“. Auf diesen „Geist“ komme es an. Gerade zu Beginn „wuchs und wuchs der Verein“, auch weil Zimmermann, er und andere mithilfe ihrer Netzwerke Kontakte geknüpft hätten „und wir unsere Stimme erhoben und unsere Argumente klar vorgetragen haben“. Das Wertvollste des Vereins seien die Ehrenamtlichen, betont Stümper. Er wünsche dem WEISSEN RING alles Gute zum Geburtstag.

Wie überzeugt Zimmermann von seiner Idee war, die er zunächst auch als „Liga gegen das Verbrechen“ und „Verbrechenswacht“ und erst später als „Hilfsverein für Kriminalitätsoffer“ bezeichnete, zeigen weitere Schreiben an Behördenleiter in Polizei, Politik und Justiz. Darin bat er darum, „das Projekt so lange wie möglich im Bereich der Vertraulichkeit zu halten, damit man die ‚schlafenden Hunde‘, die zweifellos mit gehörigem Appetit hinter dem Busch liegen, nicht vorzeitig weckt.“

Offizielle Gründung

Zimmermann sowie seine Mitstreiterinnen und Mitstreiter setzen ihr Vorhaben am 8. Juli 1976 in die Tat um. Laut Gründungsprotokoll heißt der Verein zunächst „WEISSES KREUZ Gemeinnütziger Verein zur Unterstützung von Kriminalitätsoffern und zur Verhütung von Straftaten e. V.“ Offiziell ins Vereinsregister eingetragen wird er am 24. September 1976, gegrün-

det von 15 Männern und zwei Frauen, Rosmarie Zimmermann, spätere Mitgründerin von Eduard Zimmermanns Produktionsfirma und dessen Ehefrau, sowie die Frankfurter Oberstaatsanwältin Adelheid Werner. Wie jedoch im Januar 1977 bei der Sitzung des Geschäftsführenden Vorstands klar wird, existiert unter dem Namen „Weißes Kreuz“ bereits ein Verein. Dem Vorstand um Zimmermann wird mitgeteilt, dass der Verein von „führenden Persönlichkeiten der Kirche“ getragen würde, die bereits in der Vergangenheit erfolgreich den Namen verteidigt hätten. Das Risiko geht der Verein nicht ein und ändert im März 1977 seinen Namen in WEISSE RING.

Als Zentrale dient zu Beginn eine Privatwohnung in Mainz-Finthen. Während der Auftakt-Pressekonferenz am 1. Juni 1977 stellt der Verein sich und sein Ziel vor: Hilfsorganisation für Opfer von Kriminalität zu sein. Er bietet persönliche Betreuung, Beistand und Anteilnahme durch ehrenamtliche Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter, die durch den Verein ausgebildet werden. Finanziell hilft der WEISSE RING Opfern etwa bei der Überbrückung tatbedingter Notlagen und bei Anwaltskosten.

Im Mai 1976 tritt das Opferentschädigungsgesetz (OEG) erstmals in Kraft. Es regelt zunächst finanzielle Leistungen für gesundheitliche Schäden von Gewaltopfern.

In der Zeit von Juni 1977 bis Oktober 1978 zahlt der WEISSE RING mehr als 410.000 Mark an 98 Kriminalitätsoffer und 62 Opfer von Terroranschlägen – oder an deren Angehörige und Hinterbliebene. Und er übt Kritik an den damals schon langen Bearbeitungszeiten von OEG-Anträgen. In der Praxis „vergehen meist viele Monate, ehe über einen OEG-Antrag entschieden wird“, heißt es in der ersten Bilanz. „Oft geraten die Opfer selbst oder deren Hinterbliebene dadurch in Not.“ In 55 solcher Fälle habe der WEISSE RING schnell und unbürokratisch Hilfe geleistet.

D

Der öffentliche Einsatz für die Opfer trägt im Januar 1979 in Bonn erstmals Früchte in Form von Verbesserungen im OEG: Leis-

„Wir haben unsere Stimme erhoben und unsere Argumente klar vorgetragen.“

Gründungsmitglied Dr. Alfred Stümper

tungen werden von nun an rückwirkend ab dem Monat der Tat gewährt, wenn der Antrag innerhalb eines Jahres gestellt wird. Ein Berufsschadensausgleich wird für alle rentenberechtigten Geschädigten möglich. Im Februar 1979 nimmt der Verein die Präventionsarbeit auf und richtet ein Referat mit dem Namen „Vorbeugung“ ein. Gleichzeitig eröffnet er im Dezember 1977 in Berlin die erste Außenstelle und wächst insgesamt auf 1.000 Mitglieder. Eineinhalb Jahre nach der Gründung stehen mehr als 3.000 Mitglieder in den Büchern.

Zu den ersten hauptamtlichen Mitarbeitenden zählt Marion Kollmann, die 48 Jahre nach ihrem Start nach wie vor für den WEISSEN RING tätig ist. „Ich sah damals eine Stellenanzeige in der Allgemeinen Zeitung, bekam dann kurzfristig einen Termin – und blieb.“

Schnelles Wachstum

Die Zeit Ende der 1970er-, Anfang der 1980er-Jahre ist geprägt von Attentaten und dem Terror der Rote Armee Fraktion. Beim WEISSEN RING „liefen damals die Telefone heiß. Es galt, die Opferhilfe zu organisieren, Kontakte zu knüpfen, Geld bereitzustellen.“ Kollmann erinnert sich an helle Räume, eine rote elektrische Schreibmaschine und viel Arbeit mit Dokumentenbergen: „Die ersten Jahre waren heftig, der Verein ist sehr schnell gewachsen.“ Das sei nur mit einer guten Teamarbeit zu bewältigen gewesen. Eine anstrengende, aber interessante Zeit: „Wir waren tatsächlich Mädchen für alles, haben unter anderem Opferarbeit, Pressearbeit, Telefondienst gemacht und Kaffee gekocht.“ Später spezialisiert sie sich auf Finanzbuchhaltung. Seit eineinhalb Jahren ist Kollmann eigentlich in Rente, arbeitet aber in Teilzeit weiter, weil ihre Erfahrung gebraucht wird, „es

03/1983

GESETZGEBUNG & RECHT

MAINZ Die Arbeitsgruppe „Gesetzgebung und Recht“ nimmt ihre Arbeit auf und untermauert die rechtspolitischen Forderungen des WEISSEN RINGS.

06/1984

AUS- & WEITERBILDUNG

MAINZ Das erste dreistufige Seminarprogramm zur Aus- und Weiterbildung ehrenamtlicher Mitarbeiter läuft an.

09/1984

GRUNDSATZPROZESS

KASSEL Der WEISSE RING gewinnt einen Grundsatzprozess vor dem Bundessozialgericht: Wer sich in friedensstiftender Absicht gegen nachhaltige Störungen, wie etwa Hausfriedensbruch, wehrt und verletzt wird, hat jetzt Anspruch auf Entschädigung.

mir Spaß macht und ich weiterhin Opfern helfen kann“.

Kollmann trägt in den ersten Jahren dazu bei, das Wachstum zu managen. Im Januar 1980 gibt es bereits 100 Außenstellen in Deutschland, und der Verein hat mehr als eine Million Mark an Kriminalitätsoffer weitergeleitet. Im Dezember 1984 zählt er 20.000 Mitglieder und 200 Außenstellen.

Christian Jahn-Pabel aus Hameln wird 1980 Mitglied, übernimmt im Jahr darauf die Leitung der dortigen Außenstelle – und hat sie 42 Jahre lang inne. Jahn-Pabel, langjähriger Bediensteter in der Polizeiverwaltung, folgt beim WEISSEN RING auf einen Kollegen, Hauptkommissar Karl-Heinz Schulz, der ihn zuvor schon als Mitglied geworben hat. Das Tempo der ersten Jahre sei beachtlich gewesen: „Alles war spannend und neu; die Bereiche wurden nach und nach erweitert, egal ob Opferhilfe oder Öffentlichkeitsarbeit.“ Er habe sich engagiert, „weil ich die Arbeit für Opfer, für die es trotz ihrer misslichen Lage wenig Unterstützung gab, wichtig fand. Der Staat war stark täterorientiert.“

Heute kümmert sich Jahn-Pabel nicht mehr direkt um Opfer. Nach 3.400 Fällen will er sich anders einbringen, macht Prävention und Öffentlichkeitsarbeit. Besonders intensiv erinnert sich Jahn-Pabel an den Polizistenmord von Holzminden: Zwei Beamte wurden 1991 auf einem Waldparkplatz in einen Hinterhalt gelockt und erschossen. „Sie hinterließen zwei junge Ehefrauen und vier kleine Kinder, denen plötzlich der Boden unter den Füßen weggerissen wurde. Etwas Gutes für die Betroffenen bewirken zu können – das hat mich immer angetrieben.“

Kapitel II

„Steter Tropfen höhlt den Stein“: die Errungenschaften

Schon bei der offiziellen Vereinsgründung 1977 schlägt der Jurist Josef Augstein, Gründungsmitglied des WEISSEN RINGS und Bruder des „Spiegel“-Herausgebers Rudolf Augstein, vor, jedem bedürftigen Kriminalitätsoffer auf Staatskosten einen Rechtsbeistand zu geben. Der Verein bringt Augsteins Forderung im Laufe der Jahre

immer wieder vor, bis dann ab Juli 1987 der Beratungsscheck des Vereins Betroffenen die kostenlose Erstberatung bei einem Anwalt ermöglicht. Im Dezember 1997 schließlich wird der vom Staat bezahlte Opferanwalt gesetzlich verankert.

Der WEISSE RING setzt sich außerdem für Verbrechensoffer ein, die keine deutschen Staatsangehörigen sind. 1978 fordert der Verein, die Opferentschädigung auszuweiten. Ausländer können zu dieser Zeit nur dann Hilfe durch das OEG erwarten, wenn Deutsche im Heimatland der Betroffenen nach einem Verbrechen ebenfalls Anspruch auf Entschädigung haben. Der WEISSE RING plädiert für gleiches Recht für ausländische Mitbürger, „soweit sie in der Bundesrepublik seit längerer Zeit einen festen Wohnsitz und Arbeitsplatz haben und von einem deutschen Straftäter geschädigt wurden“.

Appell an die Politik

Im Juni 1993 appelliert der Vereinsvorsitzende Eduard Zimmermann an die Politik: „Die Ausgrenzung von Menschen anderer Nationalität aus der staatlichen Opferentschädigung ist angesichts der derzeitigen Welle der Gewalt nicht länger hinzunehmen.“ Vorausgegangen ist eine Serie von rassistischen Angriffen auf Familien mit Migrationsgeschichte in Hoyerswerda, Mölln und Rostock-Lichtenhagen. Bei einem Anschlag in Solingen am 29. Mai 1993 werden fünf Menschen getötet und 14 Menschen zum Teil lebensgefährlich verletzt. Im Juli 1993 bezieht der Gesetzgeber Ausländer aus Staaten außerhalb der EU erstmals in den Geltungsbereich des OEG ein – rückwirkend ab 1. Juli 1990.

Im März 1996 erkämpft der WEISSE RING eine Grundsatzentscheidung vor dem Bundessozialgericht: Ausländische Mitbürger haben seitdem auch dann Anspruch auf die Leistungen nach dem OEG, wenn die Tat vor dem 1. Juli 1990 geschah. Vollständig gleichgestellt mit deutschen Opfern sind sie seit der Reform des Sozialen Entschädigungsrechts.

Bereits 1987 tritt das Opferschutzgesetz in Kraft, das Opferzeugen im Strafverfahren stärkte. Kurz darauf wird die vom WEISSEN RING geforderte Belehrungs-



02/1983

PLAKATAKTION

MÜNCHEN Der WEISSE RING startet eine bundesweite Plakataktion zur Prävention bei Betrug, Taschen- und Fahrraddiebstahl sowie beim Wohnungseinbruch.



12/1984

20.000 MITGLIEDER

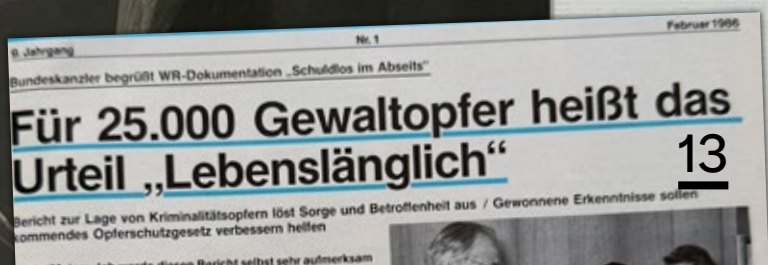
MAINZ Der WEISSE RING hat in Deutschland 20.000 Mitglieder und 200 Anlaufstellen für Opfer.



01/1986

„SCHULDLOS IM ABSEITS“

BONN Eduard Zimmermann übergibt Kanzler Helmut Kohl die Dokumentation „Schuldlos im Abseits“, eine Auswertung von gut 3.000 Einzelschicksalen. Sie gibt einen einmaligen Einblick in die Lebensumstände von Opfern.





WEISSER RING · 02/2026

ANSCHLAG IN BERLIN

BERLIN In der West-Berliner Diskothek „La Belle“ detoniert ein Sprengsatz. Drei Menschen sterben, 104 werden zum Teil schwer verletzt. Der WEISSE RING hilft mit einem Sofortprogramm.



pflicht wirksam: Das Merkblatt über die Rechte und Befugnisse von Verletzten im Strafverfahren erscheint.

Der Verein versucht, gesetzliche Fortschritte bei Opferhilfe und Prävention zu erreichen, etwa durch Stellungnahmen zu Gesetzentwürfen, durch Kontakt zur Politik und auf juristischem Wege. Und nicht zuletzt, indem er seine Stimme erhebt. Zum Beispiel, als der damalige Bundesvorsitzende Prof. Reinhard Böttcher, früherer Präsident des Oberlandesgerichts Bamberg, 2005 fordert, das öffentliche Bewusstsein für die Situation der Kriminalitätsoffer und ihrer Angehörigen noch mehr zu schärfen. Die Bundespolitik müsse Opferinteressen mehr beachten.

Solche Vorschläge müssen untermauert werden. Deshalb hat der Verein 1983 die Arbeitsgruppe „Gesetzgebung und Recht“ ins Leben gerufen. Heute gibt es fünf

Fachbeiräte: für Strafrecht, Sozialrecht, Medizin/Psychologie, Kriminalprävention, Aus- und Weiterbildung. Stephanie Ihrler gehört dem Fachbeirat Sozialrecht an. Dessen Ziel sei es unter anderem, mit Hilfe der sozialrechtspolitischen Forderungen der Opferperspektive mehr Geltung zu verschaffen und diese bei gesetzlichen Regelungen zu berücksichtigen. Die Fachanwältin für Sozialrecht wünscht sich zudem, dass Versorgungsverwaltungen Betroffenen noch mehr auf Augenhöhe begegnen und ihren Ermessensspielraum häufiger zu deren Gunsten nutzen.

R

Fachbeiratsmitglied Reinhard Heckmann, früher lange in leitender Funktion in der Versorgungsverwaltung in Nordrhein-Westfalen tätig und dort in der Fachaufsicht für Fragen aus dem Sozialen Entschädigungsrecht zuständig, beschreibt den Beirat als eine Art „Grundsatzabteilung“. Dieser habe die Aufgabe, den Bundesvorstand zu beraten und zu unterstützen. Dazu befasse er sich mit den Fragen „Wo stehen wir? Und wo wollen wir hin?“. Die Mitglieder analysieren die Rechtsprechung und die Gesetzesvorhaben, um dann „Entwicklungsbedarfe zu skizzieren und unsere Sicht einzubringen“, sagt der Rechtsanwalt.

Ein weiterer Baustein ist die Stiftung des WEISSEN RINGS. Sie unterstützt Forschungsprojekte und Fachveranstaltungen, um Erkenntnisse etwa in der Kriminalprävention zu fördern und die Gesellschaft für Opferthemen zu sensibilisieren.

Auch eigene Statistiken spielen eine wichtige Rolle. Bis zur Reform des Sozialen Entschädigungsrechts veröffentlicht der WEISSE RING jedes Jahr eine Bilanz zur Opferentschädigung, basierend auf einer Umfrage bei Versorgungsämtern. Das regelmäßige Ergebnis: viele Ablehnungen, relativ wenige positive Bescheide.

Durch die Überführung des OEG ins neue Sozialgesetzbuch XIV (siehe Schwerpunkt ab Seite 80) am 1. Januar 2024 entstehen einige Verbesserungen für Opfer von Straftaten: So soll psychische Gewalt nun auch als schädigendes Ereignis anerkannt

werden, zum Beispiel für Opfer von Stalking. Außerdem ist eine zeitnahe Behandlung in Traumaambulanzen möglich.

Im Jahr 2017 fordert der WEISSE RING erstmals den Einsatz der elektronischen Fußfessel, um Gewaltschutzanordnungen besser überwachen zu können. Auf Brandbriefe an die Politik folgt im September 2024 eine Online-Petition unter dem Titel „Herr Bundesminister Buschmann, handeln Sie jetzt! Fesseln für die Täter, Freiheit für die Opfer!“.

Darüber hinaus werden im Magazin – wie zuvor zu Missständen beim Opfererschädigungsgesetz – umfangreiche Recherchen zum Thema häusliche Gewalt und Fußfessel veröffentlicht, etwa zu Fällen, in denen sich Femizide hätten verhindern lassen. Auch die erfolgreiche Prävention mit der „elektronischen Aufenthaltsüberwachung“ in Spanien ist ein Thema.

Im Mai 2026 beschließt der Bundestag mit großer Mehrheit die Einführung der elektronischen Fußfessel bundeseinheitlich zum Schutz vor häuslicher Gewalt, auch der Bundesrat stimmt zu.

Kapitel III Aufbau im Osten

„Im Zuge der Wiedervereinigung Deutschlands weitete der WEISSE RING sein Hilfsnetz für Kriminalitätsoffer auf das Gebiet der ehemaligen DDR aus. Jetzt können auch die Bürger in Thüringen, Sachsen, Brandenburg, Mecklenburg-Vorpommern und Sachsen-Anhalt, die Opfer vorsätzlicher Straftaten geworden sind, mit schneller und unbürokratischer Unterstützung rechnen“, so berichtet das Magazin des WEISSEN RINGS im September 1990.

Eine der ersten ehrenamtlichen Mitarbeitenden im Osten ist Martina Eberhart aus Brandenburg. „Ich war zu DDR-Zeiten schon Staatsanwältin, und wir sind ja dann von heute auf morgen in das neue Rechtssystem gestürzt worden. Wir haben unsere Gesetzbücher weggelegt und mussten die neuen nehmen“, erinnert sich die heute 71-Jährige. „Ich hielt dann einen Vortrag in Cottbus, um Polizeibeamte zum Jugendstrafgesetzbuch zu schulen.“ Dort trifft sie Klaus Zacharias, ein Mitglied des WEISSEN RINGS aus dem Westen, der

sie fragt, ob sie sich vorstellen könne, eine Außenstelle in Brandenburg aufzubauen. „Ich weiß noch ganz genau, meine erste Frage war dann: WEISSER RING – ist das eine Partei? Denn in eine Partei wollte ich nicht.“ Das Konzept überzeugt Eberhart, seit April 1991 ist sie dabei.

S

Schnell gewinnt Eberhart auch den Kriminalbeamten Hans-Joachim Zimmerling für das Projekt. Gemeinsam fahren sie nach Mainz zur Bundesgeschäftsstelle. „Dort hat man uns erklärt, dass wir ein Konto einrichten müssen, dass wir an die Presse gehen sollten, und dann hatten wir das ganze Auto voller Prospekte und Informationsmaterial“, erzählt Eberhart. Zurück in Brandenburg organisieren sie einen Raum bei der Polizei und starten einen Aufruf, um weitere Ehrenamtliche zu rekrutieren. „Schnell hatten wir dann auch zwei Frauen, die mitgeholfen haben, und auch Lothar Pohle kam früh dazu, er ist heute noch dabei.“ Auch die ersten Opfer finden schnell ihren Weg zur neuen Außenstelle. „Ich erinnere mich noch gut an unser erstes Opfer, das war eine ältere Dame. Sie wurde Opfer eines Raubüberfalls. Wir haben sie betreut und ihr die Brille ersetzt. Danach ist sie spontan Mitarbeiterin geworden“, sagt Eberhart. „So haben wir nach und nach Cottbus aufgebaut.“ Mittlerweile hat Brandenburg 18 Außenstellen mit fast 150 Mitarbeitenden.

Ebenfalls 1991 kommt Manfred Dachner dazu. Er baut den Verein, von dem er aus der Zeitung erfahren hat, in Mecklenburg-Vorpommern mit auf: „Ich habe diesen Artikel mindestens zwei Mal gelesen, um zu verinnerlichen, dass es einen Verein in Deutschland gibt, der sich ausschließlich mit Opfern beschäftigt und sie unterstützt“, sagt Dachner. Als Polizist ist er oft mit Betroffenen in Kontakt gekommen. „Wenn Frauen, die von ihrem Partner geschlagen wurden, zur Polizei kamen, haben wir die Anzeigen aufgenommen, mussten sie aber wieder nach Hause gehen lassen. Frauenhäuser gab es nicht. Also wenn sie keine Verwandten in der Nähe hatten,

10/1986

DELEGIERTENPRINZIP

MAINZ Aufgrund des Vereinswachstums führt der WEISSE RING das Delegiertenprinzip ein. Die erste Versammlung mit Delegierten findet 1988 statt.

04/1987

OPFERSCHUTZGESETZ

BONN Im April 1987 tritt das Opferschutzgesetz in Kraft, das Opferzeugen im Strafverfahren stärkt.

05/1987

BELEHRUNGSPFLICHT

MAINZ Im Mai 1987 wird die vom WEISSEN RING geforderte Belehrungspflicht Praxis: Das Merkblatt über die Rechte und Befugnisse von Verletzten im Strafverfahren erscheint.

07/1987

BERATUNGSSCHECK

MAINZ Der Beratungsscheck des WEISSEN RINGS ermöglicht Kriminalitätsoffern die kostenlose Erstberatung bei einem frei gewählten Anwalt.



08/1988

„STOPP DEM DIEBSTAHL“

MAINZ „Stopp dem Diebstahl“, eine Aktion des WEISSEN RINGS und der Polizei, erinnert Autofahrer daran, beim Verlassen ihres Fahrzeugs aufmerksam zu sein.

10/1989

1. OPFERFORUM

MAINZ Das erste Opferforum, eine bundesweite Expertentagung, diskutiert über schlechte Schadensregulierung und eine für Opfer unzumutbare Beweislast im Opferentschädigungsgesetz.

mussten sie wieder zu dem gewalttätigen Partner zurück“, so Dachner. Er nimmt Kontakt nach Mainz auf und sucht für Mecklenburg-Vorpommern ein prominentes Gesicht. Er schafft es, den ersten Landtagspräsidenten des neuen Bundeslandes, Rainer Pracht, vom Verein zu überzeugen. „Wir haben dann in jedem Kreis und in jeder kreisfreien Stadt eine Außenstelle aufgebaut“, berichtet Dachner, der jetzt stellvertretender Landesvorsitzender ist. Heute hat Mecklenburg-Vorpommern 14 Außenstellen und über 100 ehrenamtliche Mitarbeitende.

A

Adelheid Wilk ist in Thüringen am Aufbau des WEISSEN RINGS beteiligt, seit Ende 1993 ist sie Mitglied des Vereins. Sie arbeitete als Kindergärtnerin, später als Sozialpädagogin und ist damals auf der Suche nach einem Ehrenamt. Dann trifft sie den damaligen Leiter der Außenstelle Eisenach, den WEISSEN RING kennt sie bereits von Eduard Zimmermann. „Da dachte ich, ich versuch's mal. Jetzt bin ich schon 33 Jahre lang dabei. Nun ziehe ich mich langsam zurück, ich bin ja auch schon 80.“ Es habe ihr immer ein gutes Gefühl gegeben, Menschen, die in Not geraten waren, zu helfen. In Thüringen gibt es heute 22 Außenstellen mit rund 100 Mitarbeitenden.

Die schwierige Wendezeit

So erfolgreich der Start des WEISSEN RINGS in der ehemaligen DDR ist, schon früh gibt es Anzeichen, dass es auch negative Entwicklungen im Osten geben würde. „Die Jugendkriminalität zum Beispiel stieg an. Und Banküberfälle, Blitzeinbrüche, Rauschgiftkriminalität“, sagt Manfred Dachner. Prävention ist daher ein wichtiges Thema, auch in Brandenburg: „Wir waren in Altenheimen, beim Jugendamt und in Schulen, um uns vorzustellen und aufzuklären“, blickt Eberhart zurück.

Es bewegt sich viel im Osten, aber auch im Westen gibt es in den 90er-Jahren einiges zu vermelden: Am 22. März 1991 ruft

der Verein den „Tag der Kriminalitätsoffer“ ins Leben. Seitdem machen Ehrenamtliche jedes Jahr an dem Tag auf die Belange von Opfern aufmerksam. Außerdem geht der WEISSE RING Ende der 90er mit seiner Website online, die modernisiert bis heute besteht.

Kapitel IV Krisen und Konsequenzen

Eine Krise in der Geschichte des WEISSEN RINGS betrifft ausgerechnet den Gründungsvorsitzenden Eduard Zimmermann. Er und Stümper erheben in einem im Jahr 2000 erschienenen Beitrag des Magazins „Focus“ im Zusammenhang mit Spenden Vorwürfe gegen den damaligen Bundesvorsitzenden Max Herberg, die dieser und der Verein zurückweisen. Bei der Bundesdelegiertenversammlung in Leipzig eine Woche später scheitert Herbergs Wiederwahl. Gleichzeitig schließen die Delegierten Zimmermann und Stümper wegen „vereinsschädigendem Verhalten“ aus dem Vorstand aus. Zimmermann verlässt daraufhin den Verein.

Einige Jahre später kommt es zur Versöhnung. Als der WEISSE RING 30-jähriges Bestehen feiert, verleiht der Bundesvorstand Zimmermann zusammen mit weiteren Gründungsmitgliedern – darunter Alfred Stümper – die Ehrenmitgliedschaft.

Nach Zimmermanns Tod 2009 würdigt der Verein ihn: „Eduard Zimmermann hat mit Gründung des WEISSEN RINGS einen Meilenstein in der deutschen Rechtsgeschichte gesetzt. In einer Zeit, in der so gut wie kein öffentliches Bewusstsein für Opferbelange zu erkennen war, erinnerte er die Gesellschaft nachhaltig an ihre Verantwortung gegenüber den Opfern von Kriminalität und Gewalt“, erklärt der Bundesvorsitzende Professor Reinhard Böttcher.

Viel schwerwiegender als dieser Konflikt ist ein Fall, dessen juristische Aufarbeitung im April 2024 endet: Ein Ex-Außenstellenleiter im Hochsauerlandkreis wird wegen Vergewaltigung einer Hilfesuchenden zu Haft verurteilt, mittlerweile rechtskräftig. Nach Bekanntwerden der Vorwürfe 2021 entbindet der WEISSE RING den früheren Polizisten von seinen Aufgaben und erstattet Anzeige gegen ihn. Mit eigenen Recherchen

„Da dachte ich, ich versuch's mal. Jetzt bin ich schon 33 Jahre lang dabei. Nun ziehe ich mich langsam zurück, ich bin ja auch schon 80.“ Adelheid Wilk

arbeitet der Verein den Fall weiter auf und veröffentlicht die Ergebnisse auf einer Webseite. So untersucht beispielsweise eine Task-Force die von dem Mitarbeiter betreuten Opferfälle; es wird eine Hotline für betroffene Frauen und Hinweisgebende eingerichtet. Vor der Aufdeckung hat es einen Hinweis gegeben, doch der Ehrenamtliche darf seine Tätigkeit zunächst mit Einschränkungen fortsetzen. Das hängt damit zusammen, dass sich die Kontaktaufnahme zur Hinweisgeberin schwierig gestaltet und keine Strafanzeige vorliegt. „Heute glauben wir, dass diese Entscheidung falsch war“, steht auf der Seite zum Fall.

Klaus Neidhardt, Sozialwissenschaftler und bis 2013 Präsident der Deutschen Hochschule der Polizei in Münster, hat 2022 beim WEISSEN RING den Landesvorsitz des Verbandes Nordrhein-Westfalen/Westfalen-Lippe übernommen und beteiligt sich an der Aufarbeitung. Neidhardt spricht vom schlimmsten Fall in der Geschichte des WEISSEN RINGS: „Es war richtig und wichtig, den Ehrenamtlichen sofort von seiner Funktion zu entbinden und ihn anzuzeigen, als sich die Vorwürfe erhärteten.“ Der Verein sei auf das Vertrauen der Menschen angewiesen, die sich an ihn wenden. Auch deshalb seien nach Bekanntwerden des Falles Konsequenzen und „größtmögliche Transparenz“ geboten gewesen. „Fehler einzugestehen ist kein Fehler, sondern kann helfen, Vertrauen zurückzugewinnen.“

B

Bereits im Jahr 2018 sind Vorwürfe der sexuellen Belästigung gegen einen Mitarbeiter in der Außenstelle Lübeck aufgekomen. In einem Fall kommt es zum

Prozess. Der Verdächtige, der die Vorwürfe zurückweist, wird vor Gericht freigesprochen. Nichtsdestotrotz reagiert der Verein, aufgrund von massiven Verstößen gegen Standards: Der WEISSE RING führt nun das Sechs-Augen-Prinzip in der Betreuung von weiblichen Opfern bei Sexualdelikten ein, installiert eine hauptamtliche Beschwerdestelle sowie eine ehrenamtliche Vertrauensperson und ergänzt die Aus- und Fortbildung.

Nach dem Fall im Hochsauerland wird das Sechs-Augen-Prinzip verschärft. So ist seitdem ein Nachweis notwendig, dass das Prinzip eingehalten wird. Jedes weibliche Opfer muss darüber informiert werden, dass es darauf bestehen kann, von einer Mitarbeiterin betreut zu werden. Das Beschwerdemanagement wird um eine weibliche Vertrauensperson ergänzt, für Menschen, die sich mit Beschwerden nicht direkt an die Institution WEISSER RING wenden wollen. Zudem richtet der Verein Steuerungsgruppen für Verdachtsfälle ein.

Kapitel V Der WEISSE RING und Europa

Opferschutz endet nicht an der Landesgrenze. In einem Europa, das zusammenwächst, ist es auch für den WEISSEN RING wichtig, mit anderen Ländern für die Rechte und die Unterstützung von Kriminalitätsbetroffenen zu kämpfen. Deshalb haben sich Opferschutzorganisationen aus ganz Europa zusammengeschlossen, um Victim Support Europe (VSE) zu gründen.

Im Jahr 1990 startet die Organisation zunächst als European Forum for Victim Services. „Das war die Vorgängerorganisation, die in der Schweiz angesiedelt war, weil das rechtlich das Einfachste war“, erklärt Dr. Helgard van Hüllen, ehemalige stellvertretende Bundesvorsitzende des

04/1990

INFOTELEFON

FILDERSTADT Start des bundesweiten Info-Telefons des WEISSEN RINGS. Betroffene können rund um die Uhr gebührenfrei anrufen.

08/1990

WIEDERVEREINIGUNG

BERLIN Die Opferarbeit wird auf ganz Deutschland ausgeweitet. Der WEISSE RING stellt die Arbeitsmappe „Jugendkriminalität“ allen Schulen der ehemaligen DDR zur Verfügung.

22.03.91

TAG DER KRIMINALITÄTSOPFER

MAINZ Erster deutscher „Tag der Kriminalitätsopfer“. Der Aktionstag soll für mehr Aufmerksamkeit für die Belange von Opfern und ihren Familien sorgen.

09/1993

OPFER DER DDR

MAINZ Die Hilfen des WEISSEN RINGS erreichen jetzt auch Opfer von Regierungskriminalität in der ehemaligen DDR.

12/1995

BEWEISLASTREGELUNG

BONN Die Beweislastregelung im Opferentschädigungsgesetz wird aufgehoben. Wenn keine unmittelbaren Tatzeugen vorhanden sind, genügen auch die glaubhaften Angaben des Opfers.

WEISSEN RINGS, die über zehn Jahre ehrenamtlich im Vorstand von VSE tätig war. „Das war noch ein loser Zusammenschluss, der keinen richtigen Standort, kein eigenes Büro, hatte. Das war schwierig, wenn man sich durchsetzen wollte, insbesondere bei der Europäischen Union. So kam es dann zur Gründung von Victim Support Europe.“

Vertreten sind momentan 80 Mitgliedsorganisationen aus 35 Ländern. Helgard van Hüllen war die Sonderbeauftragte für Internationales im Verein: „Ich bin Juristin und Rechtsvergleichung hat mich schon immer interessiert. Ich habe einige Zeit in Südafrika gelebt und am Institut für internationales Recht der ‚University of South Africa‘ gearbeitet.“

W

Wie wichtig Präsenz in Europa für den WEISSEN RING ist, zeigt sich Anfang der 2010er-Jahre, als die EU in einer Richtlinie festhalten will, dass Opferunterstützung nur durch professionelle Kräfte ausgeübt werden sollte. „Da haben wir gekämpft wie die Löwen“, erzählt van Hüllen. Die ehrenamtliche Arbeit wird dann in die Opferschutzrichtlinie aufgenommen. „Das war eine tolle Zeit. Wir wurden immer mehr zu den Fachleuten, die bei den Anhörungen gehört worden sind.“ Was van Hüllen an der Arbeit auf europäischer Ebene mag, ist der Austausch: „Man kriegt so viel mit bei diesen internationalen Konferenzen.“ Eine Begegnung in Schottland ist ihr besonders in Erinnerung geblieben: „Da sagte man mir in Edinburgh: Du, Helgard, morgen leitest du doch die Konferenz. Princess Anne kommt irgendwann und du musst sie begrüßen: ‚Her Royal Highness, the Princess Royal‘, und danach kannst du sie Ma’am nennen. Da steht man da und staunt.“

Noch während van Hüllens aktiver Arbeit bei VSE baut sie ihre Nachfolgerin auf. „Ich saß abends beim Essen mit Helgard zusammen und da berichtete sie, dass sie international unterwegs ist“, sagt Petra Klein, heutige stellvertretende Bundes-

vorsitzende des WEISSEN RINGS. „Ich war in meiner dienstlichen Laufbahn auch international unterwegs. So kamen wir ins Gespräch, und Helgard hat mich zu den internationalen Tagungen mitgenommen. 2020 endete ihre Amtszeit, und sie sagte zu mir, es wäre doch schön, wenn du nachfolgen könntest.“

Heute ist Klein bereits in ihrer zweiten Amtszeit die Vizepräsidentin von VSE. Dabei schätzt sie besonders die Möglichkeit, über den nationalen Tellerrand zu schauen und erfolgreiche Konzepte anderer Länder für den WEISSEN RING mitzudenken. „Die Niederlande haben eine tolle Struktur. Sie haben zum Beispiel eine zentrale Telefonannahme oder Opferannahme, ähnlich wie bei unserer Digitalen Außenstelle“, erzählt Klein. Das System filtere zunächst heraus, wo Hilfe notwendig ist. Wenn es sich dabei um einen konkreten Fall handelt, werde dieser an das regionale Team in diesem Bereich übergeben. „Das wäre bei uns die Außenstelle vor Ort. Das passiert bei denen alles online, beim ‚Außenstellenleiter‘ ploppt dann der Fall auf und der sagt, da schicke ich jetzt einen Mitarbeiter hin.“ Auch der Einsatz von KI-Bots für die Opferhilfe in Finnland beeindruckt Klein.

Im Frühjahr 2027 endet Kleins Amtszeit im Vorstand von VSE. Für ihre Nachfolge hat sie einen Rat: „Netzwerken ist ganz wichtig. Augen und Ohren offenhalten. Neue Technologien nicht gleich ablehnen, sondern zulassen. Erst mal schauen, was können sie bringen, dass wir nichts verpassen und die Fahne für das Ehrenamt hochhalten.“

D

Der WEISSE RING ist nicht nur in Europa vernetzt, auch national gibt es Partner – mit Organisationen wie Klicksafe oder dem Programm Polizeiliche Kriminalprävention der Länder und des Bundes. „Zum einen sind diese Kooperationen wichtig für unsere Sichtbarkeit“, sagt Klein. Man könne sich austauschen und lerne Ansprechpartner kennen. „Und ich glaube, der kleine Dienstweg ist häufig viel wichtiger als der große. Wenn du

anruft und derjenige sagt, ich bin nicht zuständig, aber melde dich doch mal da, dann sind die Wege kurz. Deswegen brauchen wir im Großen wie im Kleinen Kooperationen.“

Kapitel VI

Neue Zeiten, neue Wege

116 006 – das ist die zentrale Rufnummer für Opfer von Straftaten in Europa. Im November 2009 beschließt die Europäische Kommission, diese Nummer europaweit einzurichten. Doch wer soll sie in Deutschland mit Leben füllen, wer soll ans Telefon gehen, wenn Menschen zum Teil unter extremen Umständen anrufen und Hilfe suchen? „Wir haben diskutiert: Stellen wir den Antrag, dass die Nummer an uns gegeben wird?“, erinnert sich Helgard van Hüllen. Die Voraussetzungen, diese Aufgabe meistern zu können, hat sie mitgeschaffen: Zusammen mit den Psychologen Karl-Günter Theobald und Lutz Lyding bringt sie wenige Monate zuvor das ehrenamtliche Opfer-Telefon des WEISSEN RINGS an den Start – nur unter anderer Nummer. Der Antrag wird bewilligt, und seit September 2010 sind die deutschen Opferhelferinnen und -helfer unter der Rufnummer erreichbar, täglich von 7 bis 22 Uhr: deutschlandweit, kostenlos und anonym.

Das Digitale Ehrenamt

Was das Opfer-Telefon auszeichnet, ist die niedrighschwellige Kontaktaufnahme. Betroffene können anrufen und erhalten ersten Beistand. „Ich lasse Ratsuchende grundsätzlich erst mal reden, ich höre zu und schaue dann, was man machen kann. Wenn es sich um einen Beratungsfall handelt, schaue ich, welche Möglichkeiten und Angebote es gibt“, erklärt Jakob Ehrenfried. Der 32-jährige Jurist aus Köln ist seit zwei Jahren dabei und entschied sich nicht zuletzt für das Ehrenamt, „weil es sich gut in den Alltag integrieren lässt“. Einmal die Woche drei Stunden dauert der Dienst am Opfer-Telefon. „Wir wollen Betroffenen zeigen: ‚Du bist nicht allein, musst dein Problem nicht alleine schultern‘“, sagt er. „Wenn ich merke, ich konnte weiterhelfen, ist das ein gutes Gefühl.“ Am Opfer-Tele-



03/1996

OEG-LEISTUNGEN

KASSEL Der WEISSE RING erkämpft eine weitere Grundsatzentscheidung: Ausländische Mitbürger haben auch dann Anspruch auf OEG-Leistungen, wenn die Tat vor dem 1. Juli 1990 geschah.



Demonstration nach dem Brandanschlag in Solingen 1993

fon bleibt es bei einem einmaligen Kontakt. Das sei „manchmal gut, manchmal schlecht“, so Ehrenfried. Es gebe auch Fälle, „wo man mehr tun will“. Damit die Helferinnen und Helfer über solche belastenden Anrufe sprechen können, bietet der Verein regelmäßige Team-Treffen und Supervisionen an. Seit dem Start 2009 wurden mehr als 300.000 Telefonate geführt mit mehr als zwei Millionen Gesprächsminuten. Das ist so, als würde man fast viereinhalb Jahre ohne Pause telefonieren.

Seit August 2016 gibt es auch eine Onlineberatung beim WEISSEN RING. Damit will der Verein seine Hilfsmöglichkeiten erweitern, mit der Zeit gehen und vor allem auch einen vollkommen anonymen Weg der Kontaktaufnahme möglich machen.

Amoklauf im Erfurter
Gymnasium 2002



Angela Merkel beim
30-jährigen Bestehen des
Vereins 2006



Anschlag auf den
Magdeburger
Weihnachtsmarkt 2024



Von Anfang an dabei ist Gerda Lenz. „Ich bin Diplom-Sozialarbeiterin und habe etwas gesucht, was ich in Rente tun könnte. Ich war erst zwei Jahre bei der Außenstelle in Bad Kreuznach und las eines Morgens in der Zeitung, dass eine Onlineberatung gegründet werden soll und dafür Mitarbeiter gesucht werden“, sagt Lenz, die dieses Jahr 78 Jahre alt wird. „Dann habe ich mich gemeldet, das mehrstufige Auswahlverfahren durchlaufen und wurde genommen. Nach der Ausbildung sind wir mit 15 Personen gestartet.“ Heute arbeiten in der Onlineberatung mehr als 40 Personen ehrenamtlich, circa 30.000 Ratsuchende haben sich an den Onlinedienst gewandt.

Digitale Gewalt nimmt zu

Seit Jahren wächst die Nachfrage nach Hilfe beim WEISSEN RING. In einigen Regionen hat der Verein allerdings Schwierigkeiten, Außenstellenleitungen zu besetzen. In diesen Fällen haben bisher die hauptamtlichen Landesbüro-Mitarbeitenden die Aufgabe übernommen. Als weitere Lösung wird im April 2025 die Digitale Außenstelle ins Leben gerufen: Betroffene nutzen weiterhin die Kontaktdaten der Außenstelle ihrer Region. Gibt es dort keine Leitung, landet die Nachricht im Pool der Digitalen Außenstelle. „Letztendlich nehmen wir als beratende Personen dann in der Form Kontakt auf, in der auch die oder der Ratsuchende Kontakt aufgenommen hat, also schriftlich oder telefonisch“, sagt die 36-jährige Kölnerin Marilena Junghans, die von Beginn an mitmacht und beruflich im Diskriminierungsschutz tätig ist. „Wir schauen fallspezifisch, wie wir unterstützen können.“ Wenn größere materielle Hilfen notwendig sind oder eine persönliche Unterstützung gewünscht ist, verknüpfen die Beratenden die Betroffenen mit Ehrenamtlichen der Außenstelle vor Ort.

Organisiert und betreut werden Opfer-Telefon, Onlineberatung und Digitale Außenstelle von einem Team aus hauptamtlichen Mitarbeitenden. Die häufigsten Delikte, die beim Digitalen Ehrenamt vorkommen, sind häusliche Gewalt, Stalking, Sexualstraftaten und Körperverletzung. In den vergangenen Jahren hat auch digitale Gewalt zugenommen, wie beispielsweise

Sextortion, Romance Scamming und andere Betrugsmaschen. Das belegen die Zahlen von Opfer-Telefon und Onlineberatung.

Auf diese neuen Formen der Gewalt müssen sich nicht nur die digitalen Beraterinnen und Berater einstellen. Auch die Ehrenamtlichen in den Außenstellen kommen vor Ort immer häufiger mit diesen Themen in Berührung. Der Präventionsbeauftragte des WEISSEN RINGS in NRW/Westfalen-Lippe, Heinz Dieter Remmert, kümmert sich um die Aufklärungsarbeit in Sachen digitale Gewalt im Landesverband, sowohl bei den eigenen Mitarbeitenden als auch in der Bevölkerung. Er sagt: „Wir brauchen dringend eine größere interdisziplinäre Aufklärungskampagne, das kann man als ehrenamtlicher Mitarbeiter eigentlich gar nicht leisten. Ich sehe bei Vorträgen immer wieder erstaunte Gesichter, wenn ich erzähle, was eigentlich alles so passiert.“

R

Remmert wünscht sich vom WEISSEN RING, dass der Verein weiterhin klare Position bezieht zu Themen, die die digitale Gewalt betreffen: „Ähnlich wie wir das auch bei der Fußfessel gemacht haben.“ Der Schutz der Kinder liege ihm besonders am Herzen: „Heute bekommen Kinder schon mit acht oder neun Jahren ein Smartphone und werden mit schlimmen Dingen konfrontiert. Wir müssen hier Druck bei der Politik machen, damit sie die Plattformen viel mehr in die Verantwortung nimmt.“ Um Kinder richtig zu schützen, brauche es ein Zusammenspiel aus einer Medienkompetenzstrategie, digitaler Aufklärung, konsequentem Opferschutz und klaren gesetzlichen Vorgaben. Außerdem müsse die Politik die Polizei fördern: „Viele Polizeidienststellen sind nicht gut ausgestattet. Es braucht mehr Leute, die sich auskennen und in der Lage sind, eine Strafverfolgung durchzuführen.“ Remmert räumt ein, dass sich auch die Ehrenamtlichen noch mehr mit den Themen auseinandersetzen sollten. Digitale Kriminalität sieht er als eine der größten Herausforderungen für den WEISSEN RING, aber auch für die ganze Gesellschaft.

05/1997

EHRENPREIS

MAINZ Bei den „Wormser Prozessen“ werden erstmals kindliche Opferzeugen per Videotechnik vernommen. Der WEISSE RING würdigt diese mutige Entscheidung des Gerichts mit dem Ehrenpreis.

12/1997

WEBSITE

MAINZ Der WEISSE RING startet eine eigene Webseite: www.weisser-ring.de

12/1997

OPFERANWALT

BONN Der Opferanwalt auf Staatskosten wird gesetzlich verankert – eine Forderung des WEISSEN RINGS.

Prägende Opferfälle



Text: Kays Al-Khanak, Christoph Carretero Klemp,
Christiane Flemig, Gregor Haschnik, Fabian Stetzler

Das Oktoberfestattentat in München, der Terror der RAF, der Missbrauchskomplex von Lügde, die Mordserie eines Krankenpflegers in Norddeutschland, der islamistische Anschlag auf dem Berliner Breitscheidplatz oder die Amoktat von Winnenden – Verbrechen wie diese verändern das Leben der Betroffenen für immer und stellen den Opferschutz vor neue Herausforderungen. Ein Rückblick.



Illustrationen: Jindrich Novotny

Morde im Krankenhaus

Der Mammutprozess

E

01/2002

GEWALTSCHUTZGESETZ

BERLIN Mit dem in Kraft getretenen Gewaltschutzgesetz ist ein weiterer Meilenstein erreicht: Gewalttäter können demnach aus der eigenen Wohnung verwiesen werden.

04/2002

AMOKLAUF

ERFURT Am Gutenberg-Gymnasium tötet ein Ex-Schüler 17 Menschen. Elton John spendet den Erlös eines Konzerts. 172.000 Euro werden auf das Spendenkonto des WEISSEN RINGS überwiesen, der den Opfern hilft.

Es war einer der größten Prozesse der Nachkriegsgeschichte: In 24 Verhandlungstagen hörte das Landgericht Oldenburg von September 2018 bis Juni 2019 einhundert Schicksale. Hundert Menschen, die ein ehemaliger Krankenpfleger in den Jahren 2000 bis 2005 in Oldenburg und Delmenhorst ermordet haben soll. „Jeder einzelne Fall wurde vorgestellt. Du konntest genau sagen, welcher jetzt gerade angesprochen wurde, weil die Angehörigen an dieser Stelle in Tränen ausbrachen. Das ging unter die Haut“, erinnert sich Petra Klein, stellvertretende Bundesvorsitzende des WEISSEN RINGS und Leiterin der Außenstelle Oldenburg, die den Prozess mit ihrem Team begleitet hat. Verhandelt wurde in den Oldenburger Weser-Ems-Hallen, in denen sonst Konzerte oder Messen stattfinden. Ein regulärer Gerichtssaal der Region hätte für die Menge an Betroffenen, Medienschaffenden und Zuschauern nicht ausgereicht. „Wir sind in diesem Fall präventiv vom Gericht angesprochen worden. Der zuständige Richter hat gesagt, sollte es jemandem nicht gut gehen, dann wäre es schön, wenn wir vor Ort wären. Das war außergewöhnlich“, sagt Klein. Zehn

ehrenamtliche Mitarbeitende des WEISSEN RINGS waren an den Verhandlungstagen vor Ort. „Um schnell reagieren zu können, wenn es jemandem schlecht ging, saßen wir verteilt im Publikum. Und einer von uns stand immer draußen und war ansprechbar“, so Klein. Dieser Fall war auf vielen Ebenen einzigartig: Zum einen ist da diese immense Zahl an Todesopfern. Zum anderen sind die vielen Taten erst Jahre später aufgeklärt worden. „Die meisten Angehörigen sind von einem medizinischen Tod ausgegangen“, so Klein.

Die Erkenntnis, dass dieser Pfleger für den Tod des Angehörigen verantwortlich sei, sei für jeden Einzelnen sehr wichtig gewesen. „Ich erinnere mich noch gut an einen jungen Mann. Er fing im Gerichtssaal an zu weinen. Wir sind zusammen rausgegangen und kamen ins Gespräch. Als seine Mutter starb, war er noch ein Kind. Nachdem sie umgekippt war, hatte er den Krankenwagen gerufen. Im Krankenhaus ist sie gestorben. Er hatte sich für den Tod der Mutter verantwortlich gefühlt. Jetzt gab es endlich eine Erklärung dafür, was passiert war.“ Der Tod der Mutter habe den Mann aus der Bahn geworfen. Der WEISSE RING hat die Fahrtkosten übernommen, damit er den Prozess verfolgen konnte. „Und wir haben die Verbindung zu seiner Außenstelle vor Ort geknüpft“, sagt Klein. „Er hat mir später nochmal geschrieben: Er hat jetzt eine Ausbildung gemacht, weil wir ihm auf den Weg geholfen haben. Das war schon sehr besonders.“ Das Landgericht Oldenburg hat den Täter in 85 Fällen wegen Mordes zu einer lebenslangen Freiheitsstrafe verurteilt. Es stellte außerdem die besondere Schwere der Schuld fest. In 15 Fällen hat es ihn freigesprochen, sozusagen im Zweifel für den Angeklagten. Seine Schuld sei „unfassbar“, sagte der Richter bei der Urteilsverkündung. Auch für Petra Klein war dieser Fall außergewöhnlich. „Es gab einfach viele Tränen. Ich habe bergeweise Taschentücher verteilt. Und Traubenzucker, damit die Betroffenen das durchhalten. Es gab viel Gesprächsbedarf. Manchmal hat es gereicht, still zuzuhören. Manchmal hat es geholfen, einfach nur die Hand zu halten. Manchmal haben uns Menschen in den Armen gelegen. Da ist die immaterielle Hilfe, der eigentliche Kern unserer Arbeit, so richtig zum Zuge gekommen.“

RAF-Terror im „Deutschen Herbst“

„Ich habe überlebt. Genieße jeden Tag.“

In Jutta Knauffs Wohnzimmer steht eine Cola-Flasche mit einem arabischen Schriftzug und einer besonderen Bedeutung: „Das war das Erste, was ich nach so langer Zeit zu trinken bekam“, sagt die 85-Jährige. „Den Geschmack und das Gefühl werde ich nie vergessen.“ Ebenso wie das, was passiert war: „Frauen mussten ihre Strumpfhosen ausziehen, wurden damit gefesselt, mit Spiritus übergossen. Ich habe fünf Tage um mein Leben gebangt.“ Es fiel ihr danach schwer, Worte zu finden. Ab dem 13. Oktober 1977 gehörte sie zu den Geiseln an Bord der Lufthansa-Maschine „Landshut“, die von Mallorca nach Frankfurt fliegen sollte, aber von palästinensischen Terroristen entführt wurde und nach mehreren Etappen und einer Notlandung in Mogadischu landete. Die Täter waren mit der Rote Armee Fraktion verbündet, wollten inhaftierte RAF-Anhänger freipressen. Die Spezialeinheit GSG 9 stürmte die Landshut; bis auf eine Flugbegleiterin blieben alle Geiseln unverletzt und kamen frei. Zuvor war ein Pilot ermordet worden.

Der Oktober 1977 ging als „Deutscher Herbst“ in die Geschichte ein. Die RAF ermordete, verletzte und traumatisierte viele Menschen. Der WEISSE RING unterstützte einen Teil der Opfer. Der Kontakt zu Knauff kam später über den Journalisten Martin Rupps zustande. Der VdK Siegen-Olpe-Wittgenstein und der WEISSE RING unterstützten Knauff beim OEG-Antrag, den sie vor 15 Jahren stellte. Entschädigt werde sie seit 2019. Bei einem ersten Versuch nach der Tat „ist es furchtbar gelaufen. Das zuständige Amt schickte mich hin und her. Ein Arzt musterte mich sexistisch und sagte: ‚So wie Sie aussehen, kann es Ihnen nicht schlecht gehen.‘“ Der Umgang mit Opfern „war mitunter entwürdigend“.

Als Knauff nach Hause kam, wollte sie „nur eine Dusche nehmen, meine Familie drücken und schlafen“. Doch vor ihrem

Haus standen viele Menschen, darunter Journalisten, die teils falsch berichtet hätten. Ein Jahr später trennt sie sich von ihrem Mann und beginnt ein neues Leben, was damals besonders viel Mut erforderte.

Am Tag nach der Befreiung der Landshut wird Arbeitgeberpräsident Hanns Martin Schleyer nach 44 Tagen Geiselhaft tot aufgefunden. Die Familie bittet um Spenden, die der WEISSE RING an Terroropfer verteilen soll. Der Verein stockt die Summe auf und unterstützt 62 Opfer mit 284.000 Mark.

„Die fünf Tage – die ich mehrfach durchlebt habe – werden immer zu mir gehören. Ich habe relativ spät gelernt, nicht dagegen anzukämpfen, dank einer Therapeutin“, sagt Jutta Knauff. Sie beklagt sich nicht, obwohl sie trotz jahrzehntelanger Arbeit nur eine kleine Rente bekommt. Knauff sagt: „Ich habe überlebt und mache das Beste daraus. Genieße jeden Tag.“ Mit einem Teil der Überlebenden trifft sie sich immer noch: „Es ist schön, wenn wir uns wiedersehen – und eine Art Selbsttherapie.“

10/2002

ERSTBERATUNG

MAINZ Einführung des Hilfeschecks für eine psychotraumatologische Erstberatung.

2002

RICHARD OETKER

MAINZ Der Unternehmer Richard Oetker, der die Opferperspektive kennt, engagiert sich aktiv für den WEISSEN RING, etwa im Bundesvorstand. Im Jahr 1976 war er entführt und gefoltert worden.

11/2002

SCHOCKSCHÄDEN

BERLIN Angehörige mit Schockschäden können jetzt auch OEG-Leistungen erhalten.



Oktoberfest-Attentat

Jahrzehntelanges Warten der Opfer

03/2007

STALKING

BERLIN Stalking wird eine Straftat.

12/2008

BOTSCHAFTER

MAINZ Der WEISSE RING benennt offizielle Botschafter. Dazu zählen der Sänger Stefan Gwildis, die Boxerin Regina Halmich und der Moderator und Journalist Jean Pütz.

Im Archiv des WEISSEN RINGS in Mainz steht der schwarze Leitz-Ordner neben vielen weiteren. Es riecht nach altem Papier. Wer den Ordner aufschlägt, stößt auf vergilbte Schreibmaschinenseiten. Dort finden sich auch Presseberichte über Schicksale von Familien, Paaren und Freundschaften – auseinandergerissen am 26. September 1980 beim rechtsterroristischen Attentat auf das Münchner Oktoberfest. Zwölf Menschen und der Attentäter starben, mindestens 221 weitere Menschen wurden teils schwer verletzt. Eine von ihnen ist Sigita Fröschl, die heute in Oberbayern lebt. Sie war als 23-Jährige mit einer Gruppe auf dem Oktoberfest unterwegs, als die Bombe in ihrer unmittelbaren Nähe explodierte.

Es ist der bisher schwerste Terrorakt in der Geschichte der Bundesrepublik. Am Haupteingang des 146. Oktoberfests explodierte gegen 22.20 Uhr in einem Papierkorb eine selbst gebaute Bombe. Lange gingen die Ermittlungsbehörden von einem Einzeltäter mit persönlichen Moti-

ven aus. Erst nach der Wiederaufnahme der Ermittlungen im Jahr 2014 wurde das Attentat 2020 als rechtsextrem motivierter Terrorakt eingestuft. Ob weitere Personen beteiligt waren, blieb ungeklärt.

Viele Anschlagsoffer fühlten sich von den Behörden alleingelassen – damals ebenso wie Jahrzehnte später. „Die Ersten und Einzigen, die von sich aus auf uns zugekommen sind, persönlich, und uns geholfen haben, das waren die Leute vom WEISSEN RING“, sagt Sigita Fröschl über 45 Jahre später im Gespräch mit dem WEISSER RING Magazin. „Das war sehr einprägsam, und dafür bin ich noch immer dankbar.“

Ein Ehrenamtlicher habe sie nach dem Attentat während ihres mehrwöchigen Krankenhausaufenthalts besucht, Hilfe und Beistand angeboten. Sie habe zudem etwa 100 D-Mark Soforthilfe erhalten. Die Stadt München habe ihr nur einen mehrseitigen Erhebungsbogen „hingepfeffert“. Es habe keine Ansprechpartner oder Kriseninterventionsteams gegeben, sie habe keine psychologische Hilfe erhalten. „Ich muss heute damit leben.“

Der WEISSE RING unterstützte die Betroffenen finanziell und stellte mehr als eine Million D-Mark bereit. Eine interne Notiz vom 5. Oktober 1981 dokumentiert die Unterstützung von 180 Menschen in rund 120 Fällen. Dort heißt es, „dass eine weitere Anzahl von Personen durch Rat und Tat betreut wurden, ohne finanzielle

Hilfe erhalten zu haben“. In dem Archivordner finden sich Berichte über Krankenhausbesuche, mit Blumenstrauß, Gesprächen und einem offenen Ohr.

Eine angemessene staatliche Entschädigung der Opfer ließ Jahrzehnte auf sich warten. Erst nach der Neubewertung des Attentats 2020 gab es einen Entschädigungsfonds in Höhe von 1,2 Millionen Euro; Sigita Fröschl erhielt daraus 5.000 Euro. „Uns ist sehr bewusst, dass diese Hilfe sehr, sehr spät kommt“, sagte die damalige Bundesjustizministerin Christine Lambrecht gegenüber der Redaktion des WEISSEN RINGS 2024. „Umso wichtiger ist es, dass es sie jetzt geben wird.“



Terrortat auf Weihnachtsmarkt
an Berliner Gedächtniskirche

Der Anschlag und die Folgen

Als Sabine Hartwig kurz nach dem Anschlag am Breitscheidplatz ins Landesbüro des WEISSEN RINGS kam, ahnte sie, „dass wir es mit einem Ereignis von einer außerordentlichen Größenordnung zu tun haben“, sagt die damalige Landesvorsitzende. Bald gingen permanent Anrufe ein, kamen Menschen vorbei. Sie suchten verzweifelt Angehörige, brauchten Rat und Hilfe. Ein Anhänger des „Islamischen Staates“ war am 19. Dezember 2016 mit einem Lkw in den Weihnachtsmarkt am Breitscheidplatz gerast. Er ermordete 13 Menschen, verletzte viele weitere schwer.

Unter den Betroffenen waren ausländische Touristen und Bürger aus sechs Bundesländern. „Mir war klar: Es braucht Koordination“, erinnert sich Hartwig, die als leitende Kriminalbeamtin während ihres Berufslebens auch Besondere Aufbauorganisationen einrichtete. Beim WEISSEN RING sorgt sie mit ihrem Team für eine geordnete Kommunikation, Koordination der Hilfen, Bündelung der Kräfte und exakte Dokumentation: „Bei so vielen Anrufen weiß man sonst nachmittags nicht mehr, wer morgens mit welchem Anliegen angerufen hat.“ Die Ehrenamtlichen bekommen Supervision, „weil Nachsorge in so belastenden Fällen sehr wichtig ist“. Die Opfer werden auf vielfältige Weise unterstützt, etwa mit finanziellen Soforthilfen und Gruppen für Hinterbliebene und Betroffene. Als ein Mann, der schließlich überlebt, länger im Koma liegt, sorgt der Verein dafür, dass die Kinder anreisen können. Auf Grundlage der Erfahrungen entsteht ein Leitfaden für Hilfe bei Großereignissen. „Das Wissen darüber, was wann und wie

zu tun ist, muss abrufbar sein“, erklärt Hartwig. Ihre Leitlinien helfen etwa 2024 nach dem Anschlag auf den Magdeburger Weihnachtsmarkt.

Auch zehn Jahre nach der schrecklichen Tat in Berlin ist bei den Betroffenen nichts vergessen. Das Leben ist anders geworden. Astrid Passin verlor ihren Vater und erlebte, „dass der Staat unsere Familien nicht schützen konnte und seinen Pflichten zur Aufklärung sowie zur Unterstützung nur mangelhaft nachkam.“ Um den Bedürfnissen von Terroropfern mehr Gehör zu verschaffen, hat sie die Organisation Victims of Terrorism (VoT Germany e.V) gegründet. Diese setzt sich für Opferrechte ein und beschäftigt sich mit allen Formen des Terrorismus, um auch die Prävention zu verbessern: „Der Anschlag, mit dem ich nie abschließen werde, hätte verhindert werden können.“ Obwohl die Tat sie stark belastete, sei sie aus der Opferentschädigung gefallen. „Mein Engagement diene als Argument dafür, dass es mir gut gehe. Oft bleibt unsichtbar, welche Ängste auch ich durchlebe.“ Sie wird sich weiter einsetzen. Der Staat habe Lehren gezogen, etwa Opferbeauftragte installiert und einige Sicherheitsbehörden besser ausgestattet, allerdings sei noch viel zu tun. Passin kämpft für eine nationale Gedenkstelle, einen Opferbeauftragten für im Ausland geschädigte Deutsche, eine dauerhafte Opferrente und ein konsequenteres Vorgehen gegen Terroristen im Netz.

08/2009

OPFER-TELEFON

MAINZ Start des bundesweiten Opfer-Telefons: Betroffene bekommen an sieben Tagen in der Woche anonyme, schnelle und unbürokratische Hilfe von geschulten Ehrenamtlichen.

11/2012

STIFTUNG

DÜSSELDORF Die WEISSER RING Stiftung wird gegründet. Sie fördert Forschung zu Opferhilfe und Kriminalprävention.

19.12.16

ANSCHLAG BREITSCHIEDPLATZ

BERLIN Am 19. Dezember 2016 steuert ein islamistischer Terrorist einen Lkw in eine Menschenmenge auf dem Berliner Breitscheidplatz und tötet 13 Menschen. Der WEISSE RING unterstützt Opfer und Angehörige.



Tausendfacher Missbrauch auf Campingplatz

Die schutzlosen Kinder von Lügde

01.06.19

WALTER LÜBCKE

WOLFHAGEN Ein Rechtsextremist ermordet den Kasseler Regierungspräsidenten Walter Lübcke auf dessen Terrasse. Der WEISSE RING begleitet die Familie Lübcke in dieser schweren Zeit.

01/2022

RECHERCHE

MAINZ Mit einer großen Recherche belegt das Magazin des WEISSEN RINGS, dass die Entschädigung oft nicht bei Opfern ankommt. Das Gesetz ist unbekannt, das Antragsverfahren demütigend, und viele Anträge werden abgelehnt.

Seit 1981 hat Christian Jahn-Pabel 42 Jahre lang die Außenstelle Hameln-Pyrmont des WEISSEN RINGS betreut und sich um rund 3.400 Opferfälle gekümmert. Kaum einer habe ihn so erschüttert wie der Missbrauch von Lügde, der nicht in Worte zu fassen sei: „Es ist unbegreiflich, wie viele Erwachsene so lange nichts gemerkt und unternommen haben“, sagt Jahn-Pabel. Die betroffenen Kinder beschreibt er als verängstigt, traumatisiert und teils vernachlässigt. Eine Mutter habe die Verbrechen nicht wahrhaben wollen und einen abwesenden Eindruck gemacht: „Psychologische Hilfe und eine gute Begleitung vor Gericht waren in dem Fall besonders wichtig“, erinnert sich der Hamelner.

Auf einem Campingplatz im Ortsteil Elbrinxen wurden in der Zeit zwischen 2008 und 2018 mindestens 41 Kinder sexuell missbraucht, die Staatsanwaltschaft geht von etwa 1.000 Taten aus. Die beiden Haupttäter, die den Missbrauch zum Teil filmten, wurden zu 13 beziehungsweise

zwölf Jahren Haft mit anschließender Sicherungsverwahrung verurteilt, ein weiterer zu zwei Jahren auf Bewährung.

Die Aufklärung begann erst, nachdem sich 2018 ein neunjähriges Mädchen seiner Mutter anvertraute und sagte, dass sie in dem Jahr auf dem Campingplatz vergewaltigt worden war. Aus Angst vor dem Beschuldigten erstattete die Mutter nicht sofort Anzeige. Danach vergingen noch eineinhalb Monate, bis der Verdächtige festgenommen wurde. Nur eines von vielen Versäumnissen: Der Mann soll bereits 2008 ein achtjähriges Mädchen missbraucht haben. Als ein Vater im August 2016 Polizei, Jugendamt und Kinderschutzbund informierte, schaltete die Polizei zwar das Jugendamt ein, ermittelte jedoch nicht.

Nach der Aufdeckung richteten die damalige NRW-Opferschutzbeauftragte Elisabeth Auchter-Mainz, der Landschaftsverband Westfalen-Lippe, die Polizei und der WEISSE RING eine offene Sprechstunde ein, um Betroffene zu finden und ihnen Hilfsangebote zu machen. Daraufhin meldeten sich weitere Opfer. Christian Jahn-Pabel rechnet dennoch mit einer nach wie vor „hohen Dunkelziffer“.

Ein Untersuchungsausschuss des Landtags Nordrhein-Westfalen stellte unter anderem schwere Fehler des Jugendamtes fest, das dem Haupttäter die Verantwortung für ein Pflegekind gab. Dieser kam dadurch in Kontakt zu weiteren Kindern und soll in dieser Zeit die meisten Übergriffe begangen haben.

Die Außenstelle Hameln-Pyrmont betreute acht betroffene Kinder und deren Familien. Sie erhielten zum Beispiel anwaltliche und psychotraumatologische Unterstützung und Opferhilfen für einen Kurzurlaub, um sich zu erholen. Außerdem wurden sie dabei unterstützt, Anträge auf Opferentschädigung oder auf Leistungen aus dem Ergänzenden Hilfesystem (EHS) zu stellen. Auch die Außenstellen Schaumburg und Hötter kümmerten sich um die Opfer.

Sie mussten, kritisiert Christian Jahn-Pabel, einen langen und teilweise vergeblichen Kampf um Entschädigung führen.



Die Amoktat von Winnenden

Erst ein Opfer, dann im Abseits

Am 11. März 2009 erschießt ein 17-Jähriger an der Albertville-Realschule in Winnenden neun Schülerinnen und Schüler sowie drei Lehrerinnen. Dann steigt er in das Auto von Philipp Z., der auf einem Parkplatz auf seine Frau wartete. Der Attentäter hält ihm eine Pistole an den Kopf und zwingt ihn loszufahren. Zwei Stunden lang ist er dem Täter ausgeliefert, durchlebt Todesängste, versucht aber, beruhigend auf ihn einzuwirken und von weiteren Taten abzubringen. An einer Autobahnauffahrt lenkt er den Wagen nahe einer Polizeikontrolle auf den Grünstreifen und lässt sich aus dem fahrenden Auto fallen. „Winnenden, Winnenden“, ruft er den Beamten zu. Der Täter flüchtet in ein Autohaus, tötet zwei weitere Menschen, verletzt mehrere Polizisten schwer und erschießt sich schließlich selbst.

„Damals hat niemand normal funktioniert“, erinnert sich Werner Stanislawski. Er war Kriminalhauptkommissar in Aalen und ist bis heute Leiter der Außenstelle des WEISSEN RINGS im Ostalbkreis. „Auch für die Polizei war das etwas nie Dagewesenes, ein Riesenschock.“ Am Tag nach der Tat wurde der WEISSE RING hinzugezogen. Vier Außenstellen betreuten 21 Opfer, Angehörige und Überlebende. Stanislawski kümmerte sich um zwei Betroffene: einen Polizeibeamten, der auf dem Weg zum Einsatz in Winnenden erfuhr, dass seine Frau, eine Lehrerin der Schule, unter den Toten war, und Philipp Z., die Geisel des Attentäters.

Die Solidarität nach der Tat sei groß gewesen – anders jedoch bei Philipp Z.: Obwohl sein Handeln im Auto vermutlich Schlimmeres verhindert habe, sei er selbst Gegenstand der Ermittlungen geworden. Doch auch nachdem die Behörden jede

Beteiligung ausgeschlossen hatten, sei er, geschürt von Medienberichten, für viele der rätselhaften Fahrer des Attentäters geblieben. Wie andere Betroffene sei auch er über Wochen von Medienschaffenden belagert worden.

Philipp Z. habe nur schlecht Deutsch gesprochen und sei mit der Situation überfordert gewesen. „Er wollte nur in sein bisheriges Leben zurück.“ Mit der Zeit hätten sich viele Menschen aus Philipp Z.s Umfeld zurückgezogen. Dabei habe er „nichts falsch gemacht“, sagt Stanislawski. „Nicht einmal zur offiziellen Trauerfeier wurde er eingeladen.“ Das empört Stanislawski noch heute.

Philipp Z. verlor seinen Job als Gabelstaplerfahrer, war lange in psychotherapeutischer Behandlung, seine Familie zerbrach. Er zog wenige Jahre nach der Tat weg und brach den Kontakt nach Deutschland ab. Der WEISSE RING sei in dieser Zeit „sein einziger Anker“ gewesen, habe sich Philipp Z. später erinnert.

04.02.22

ELEKTRONISCHE FUSSFESSEL

MAINZ Aufgrund der vielen Gewalttaten an Frauen fordert der Verein den Einsatz der elektronischen Fußfessel gegen Täter und sammelt mit der Petition Unterschriften dafür. Die Forderung wird erneut mit einer umfangreichen Recherche untermauert.

12/2023

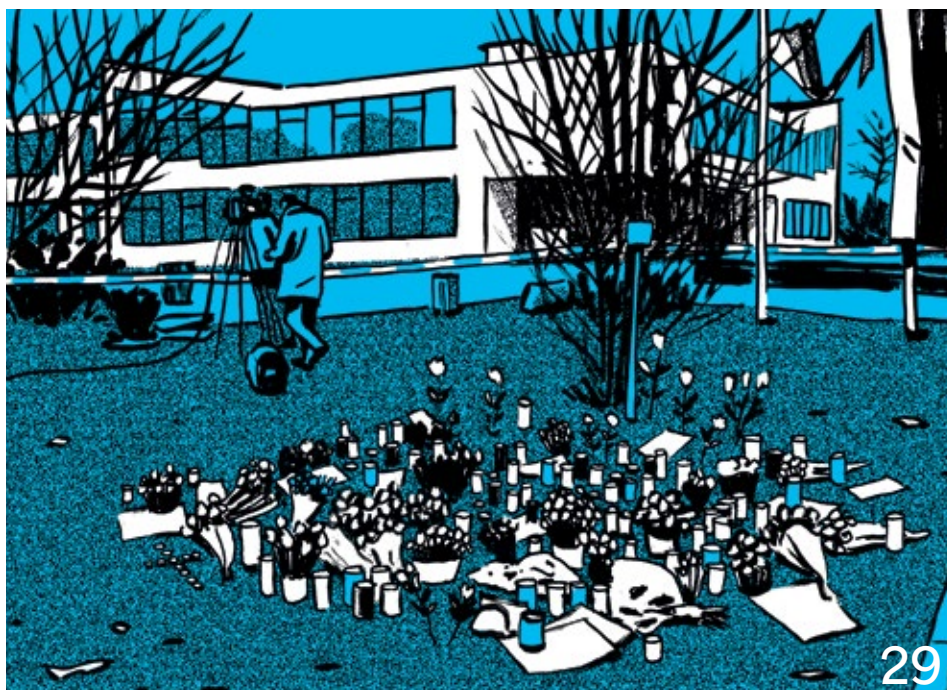
BRANDBRIEF

MAINZ Dr. Patrick Liesching, Bundesvorsitzender des WEISSEN RINGS, appelliert in einem Brandbrief an die Bundesregierung, die gesetzlichen Bedingungen zum Einsatz der elektronischen Fußfessel zu schaffen.

01.01.24

OEG INS SOZIALGESETZBUCH

BERLIN Durch die Überführung des OEG ins neue Sozialgesetzbuch XIV entstehen Verbesserungen für Opfer: So wird zum Beispiel psychische Gewalt berücksichtigt, zudem gibt es Schnelle Hilfen, etwa durch Traumaambulanzen.



Interview:
Christiane
Flemig, Gregor
Haschnik

Fotos:
NOÍ Crew

„Wir sind die Stimme der Opfer“

Aktuell steht Barbara Richstein als Bundesvorsitzende an der Spitze des WEISSEN RINGS, vor ihr prägten Dr. Patrick Liesching, Jörg Ziercke und Roswitha Müller-Piepenkötter den Verein. Das WEISSER RING Magazin hat die vier erstmals an einen Tisch gebracht. Ein Gespräch über bleibende Erfahrungen, große Veränderungen, Erfolge, Krisen und den Weg in die Zukunft.

Haben Sie schon mal zusammen an einem Tisch gesessen und sich ausgetauscht?

Richstein: Wir haben uns bei Bundesvorstandssitzungen getroffen. Aber da gibt es wie im Parlament eine festgelegte Sitzordnung, bei der wir nicht an einem Tisch saßen. Ich glaube, beim Abendessen war das ebenfalls nicht der Fall.

Ziercke: Als „Ältestenrat“ haben wir auch noch nie zusammengessen. *(alle lachen)*

Dann ist das hier eine Premiere, schön. Wie sind Sie eigentlich zum WEISSEN RING gekommen?

Liesching: Erstmals bin ich 2005 mit dem Verein als Richter in Berührung gekommen. Bei zwei Prozessen, die mich auch persönlich angefasst haben, weil die Taten die Betroffenen völlig aus der Bahn geworfen hatten. In einem Fall ging es um sexuellen Missbrauch, im anderen um einen versuchten Femizid. Die Opfer berichteten, wie der WEISSE RING sie unterstützte, für die Tatortreinigung in der Wohnung sorgte, für den Umzug, die psychologische Betreuung der Kinder. Das fand ich gut, da wollte ich dabei sein. Angefangen habe ich als ehrenamtlicher Mitarbeiter, aber natürlich nur bei Opferfällen, mit denen ich als Richter nicht in Berührung hätte kommen können.

Ziercke: Auf den WEISSEN RING aufmerksam geworden bin ich Mitte der 90er-Jahre als Leiter der Polizeiabteilung im schleswig-holsteinischen Innenministerium, bei einem Antrittsbesuch des Landesvorsitzenden. Schon damals schätzte ich die Arbeit des Vereins. Ich habe die Polizeiführung gebeten, dass die Polizei Opfer auf den WEISSEN RING aktiv aufmerksam macht und Kontaktdaten weitergibt.

Richstein: Ich bin 2001 als rechtspolitische Sprecherin im brandenburgischen Landtag zum Opferforum nach Mainz gefahren und fand die Veranstaltung fachlich interessant. Spontan kam mir die Idee, in den Verein einzutreten, aber ich wollte mich versichern, ob das wirklich ein guter Verein ist und habe meine Schwester angerufen, die schon länger Mitglied war. Sie bestärkte mich.

Müller-Piepenkötter: Zu meinen Schwerpunkten als Justizministerin in Nordrhein-Westfalen gehörten Prävention und Opferschutz. Der WEISSE RING war erster

Ansprechpartner und Mitglied der von mir ins Leben gerufenen Expertengruppe Opferschutz und des Landespräventionsrates. Später, kurz vor dem Ende meiner Amtszeit, habe ich nicht lange gezögert, als mich der damalige Landesvorsitzende für den Bundesvorsitz gewinnen wollte. Es passte einfach.

Hat Sie, Herr Liesching, die in der Opferhilfe notwendige Dokumentation nicht abgeschreckt?

Liesching: Nein, weil es lange nicht so schlimm war wie bei der Justiz *(lacht)*. Ich habe die Außenstelle sehr gerne unterstützt. Und bin dann tiefer in den Verein gerutscht: In Hessen gab es damals ein wenig „Ramba Zamba“, mit einem streitbaren Landesvorsitzenden. Ich wurde sein Stellvertreter und habe versucht auszugleichen. Eines Tages rief Roswitha Müller-Piepenkötter an und fragte mich, ob ich mir vorstellen könne Landeschef zu werden. „Bin ich nicht meinem Vorsitzenden gegenüber zur Loyalität verpflichtet?“, meinte ich. Ihre Erwiderung überzeugte mich: „Ihre Loyalität hat dem Verein zu gelten.“

Welche ersten Eindrücke haben sich bei den anderen eingeprägt? Gab es etwas, das Sie überrascht hat?

Müller-Piepenkötter: Mich hat erstaunt, wie intensiv die Aus- und Fortbildung der ehrenamtlichen Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter ist. Sie sind keine Therapeuten, aber zum Beispiel in der Gesprächsführung mit Opfern sehr gut geschult.

Richstein: Überraschend fand ich, dass der WEISSE RING kein typisches Vereinsleben hat und seinen Blick stärker auf die aktiven Ehrenamtlichen richtet, nicht so sehr auf die „passiven“ Mitglieder. Es ist wichtig, sie einzubeziehen. Deshalb haben wir in Brandenburg beispielsweise alle Mitglieder zum Tag der Kriminalitätsoffer eingeladen.

Der Verein ist durch Krisen gegangen. Im Hochsauerlandkreis wurde ein Außenstellenleiter wegen Vergewaltigung zu einer Haftstrafe verurteilt. Wie haben Sie den Fall erlebt?

Ziercke: Nachdem wir im Hochsauerlandkreis die wichtigsten Informationen zusammengetragen hatten, wussten wir, wie schwerwiegend der Fall war, und dass

ist Ehrenvorsitzender des WEISSEN RINGS. Er war von 2018 bis 2022 Bundesvorsitzender des Vereins. Von 2004 bis 2014 führte er das Bundeskriminalamt als Präsident.

02.04.24

HAFTSTRAFE

HOCHSAUERLANDKREIS
Der Ex-Außenstellenleiter des WEISSEN RINGS im Hochsauerlandkreis wird wegen Vergewaltigung zu einer Haftstrafe verurteilt. Der Verein hatte ihn von seinen Aufgaben entbunden und Anzeige erstattet.

20.12.24

ANSCHLAG IN MAGDEBURG

MAGDEBURG Bei einem Anschlag auf den Weihnachtsmarkt in Magdeburg tötet ein 50-Jähriger sechs Menschen und verletzt knapp 300. Der WEISSE RING begleitet Opfer, Angehörige, Ersthelfende und Zeugen.

Roswitha
Müller-Piepenkötter

war von 2010 bis 2018 Bundesvorsitzende des WEISSEN RINGS. Zuvor war sie fünf Jahre lang nordrhein-westfälische Justizministerin.

es wohl auch strafrechtliche Folgen geben würde. Uns war klar, dass wir hart durchgreifen müssen.

Der WEISSE RING entband den Leiter der Außenstelle Hochsauerlandkreis von seinen Aufgaben und erstattete Anzeige. Die Vorgänge sind vom Verein aufgearbeitet und auf der Homepage veröffentlicht worden.

Müller-Piepenkötter: Seit einem anderen Krisenfall in Lübeck werden weibliche Betroffene von Sexualdelikten im Erstgespräch von einer Opferhelferin betreut. Ist dies in Ausnahmefällen nicht möglich, greift ein Sechs-Augen-Prinzip, sodass mindestens zwei Opferhelfer beim Erstgespräch mit der Betroffenen anwesend sind. Manche betrachteten diesen Schritt zunächst als Misstrauensvotum gegen das Ehrenamt, heute sind die Prinzipien allgemein anerkannt. Sie sollen allen Beteiligten Sicherheit geben. Es ist perfide und unerträglich: Ein Missbrauchsopfer sucht Hilfe, wird manipuliert, fremdbestimmt und missbraucht. In einem anderen Fall „überbetreute“ ein Ehrenamtlicher eine Betroffene, baute eine

Machtposition auf. Um so etwas zu verhindern, haben wir Frühwarnsysteme wie die Beschwerdestelle.

Richstein: Neben den bereits genannten haben wir weitere Maßnahmen ergriffen, beispielsweise unabhängige Vertrauenspersonen eingeführt, für Menschen, die sich mit Beschwerden nicht direkt an die Institution WEISSER RING wenden möchten. Zudem sensibilisieren wir unsere Ehrenamtlichen während der Aus- und Fortbildung fortlaufend für das Einhalten von Grenzen.

Wie will der Verein die aktuellen finanziellen Herausforderungen bewältigen?

Richstein: Wir haben strukturelle Entscheidungen getroffen, um uns langfristig auf eine solide Basis zu stellen, etwa bei den Soforthilfen, aber auch im Hauptamt.

Liesching: Wie andere Organisationen, die sich selbst finanzieren, müssen auch wir Geld mit Bedacht ausgeben. Manche Einnahmen schwanken, etwa die Nachlässe. Wir haben zwar Rücklagen, aber die reichen auf längere Sicht nicht, um die Defizite aufzufangen. Wir haben etwa 2,2 Millionen Euro für Rechtsberatungsschecks ausgegeben. Die Qualität der Beratung war aber nicht immer gut. Gerade auf dem Land gibt es nicht überall Anwälte, die sich gut mit Opferrechten auskennen. Deshalb testen wir jetzt in einem Pilotprojekt eine anwaltliche Erstberatung mit eigenen, spezialisierten Juristen. Das kostet deutlich weniger Geld und wir versprechen uns davon auch eine Qualitätssteigerung. In unserem hessischen Landesverband gibt es für dieses Projekt große Zustimmung. Außerdem gibt es durch das Sozialgesetzbuch XIV mittlerweile klare Rechtsansprüche, wie beispielsweise die Behandlung in einer Traumaambulanz. Deshalb finanzieren wir lediglich noch in Härtefällen psychotraumatologische Erstberatung – dort, wo keine Traumaambulanzen verfügbar sind.

Die Maßnahmen wurden im Verein teils heiß diskutiert.

Richstein: Es ist immer schwierig, wenn man etwas kürzen muss. Die Diskussion ist aber durchaus hilfreich, weil man sich als ehrenamtlicher Mitarbeiter seiner Hauptaufgabe bewusst wird, nämlich Lotse im Hilfesystem zu sein. Die Hilfen des WEISSEN RINGS



sind vom Grundsatz schon immer subsidiär zu staatlichen Leistungen. Wir können nicht immer für den Staat einspringen, wenn er eigentlich in der Pflicht ist. Druck auf die Politik auszuüben, dass diese ihrer Pflicht nachkommt, ist unsere Aufgabe. Wir werden zunächst schauen, ob und wie die Maßnahmen funktionieren, und gegebenenfalls nachsteuern. Klar ist: Hilfe für Betroffene steht für den Verein an erster Stelle.

Der WEISSE RING ist ein großer Verein, der nicht immer leicht zu händeln ist. Es gibt manchmal auch Konflikte. Haben Sie mal darüber nachgedacht, „hinzuschmeißen“?

Alle schütteln den Kopf.

Müller-Piepenkötter: Wenn es dem Verein schlecht geht, schmeißt man nicht hin. Wenn es ihm gut geht, hat man keinen Grund dafür (*alle lachen*). Und aus dem Amt gejagt wurde niemand von uns. Wer bei seinem Amtsantritt denkt, hier – bei knapp 400 Außenstellen – etwas kontrollieren zu können, hat schon einen Fehler gemacht und ist beim WEISSEN RING falsch. In meinem ersten Jahr habe ich viele Außenstellen besucht. Nach drei Monaten sagte mein Mann zu mir, ich wäre als Ministerin auch mal zu Hause gewesen (*lacht*). Der Kontakt ist ganz wichtig. Um Vertrauen zu gewinnen und Beschlüsse zu erklären. Manchmal, bei Kritik, muss man auch den Kopf hinhalten.

Weshalb sind Sie dem Verein treu geblieben?

Müller-Piepenkötter: Ich war schon immer ein Mensch, der sich eingemischt hat. Egal ob im Allgemeinen Studierendenausschuss oder später im Ministerium. Im Verein geblieben bin ich besonders wegen der interessanten Menschen, die mit Lebensfreude und Empathie diese schwierige Arbeit für Opfer machen.

Liesching: Ich kenne keinen tolleren Verein, außer den VfB Stuttgart vielleicht (*lacht*). Der allgemeine gesellschaftliche, rechtliche und politische Diskurs bildet sich auch beim WEISSEN RING ab – und man kann ihn mitgestalten, etwas bewegen. Das ist spannend und erfüllend.

Ziercke: Nachdem ich lange auf der Seite war, die den Täter finden musste, war es

an der Zeit für mich, die Seite zu wechseln. Und auf der Opferseite zu arbeiten, ist genauso sinnstiftend und erfüllend.

Welche Erfolge haben Ihnen Auftrieb gegeben?

Liesching: Dazu zählt sicherlich die elektronische Fußfessel nach spanischem Modell, die Bundestag und Bundesrat kürzlich zum Schutz vor häuslicher und Partnerschaftsgewalt beschlossen haben. Wir haben diese Idee entwickelt und sie auf die politische Ebene gehoben.

Ziercke: Pro Jahr werden etwa 150 Frauen Opfer von „Partnerschaftsmorden“. Wir haben in unserem Magazin mehrere große Recherchen zum Thema veröffentlicht, darunter den Text „Chronik eines angekündigten Todes“. Es handelte sich um den Fall von Anne, die 2017 gemeinsam mit ihrem kleinen Sohn Noah getötet wurde. Er zeigte exemplarisch, dass der Staat nicht genug tut, um gefährdete Frauen und Kinder zu schützen. Wir haben diesen und weitere Texte vielen Politikerinnen und Politikern geschickt – und die Einführung der Fußfessel gefordert. Es gab politischen Widerstand. Die Entscheidung für die Fußfessel ist ein wichtiger Schritt nach vorne.

Liesching: In Spanien ging die Zahl der Femizide nach Einführung der Fußfessel um etwa 25 Prozent zurück. Ein Grund dürfte dort deren häufige Anordnung gewesen sein, nämlich durchgängig bei etwa 4.000 Männern. Aktuell plant der Bund noch lediglich mit einer niedrigen dreistelligen Zahl. Meine Sorge ist, dass sich so die Femizid-Zahlen kaum senken lassen und die Kritiker behaupten werden: „Seht ihr, die Fessel ist keine wirksame Maßnahme.“ Deshalb müssen wir nicht nur Familiengerichten, sondern auch Strafgerichten ermöglichen, die Aufenthaltsüberwachung anzuordnen. Wir haben hierzu eine konkrete Gesetzesformulierung vorgeschlagen. Technisch wären in Deutschland jedenfalls schon jetzt bis zu 5.000 elektronische Fußfesseln möglich.

Zudem hat der Verein zur Reform der Opferentschädigung beigetragen.

Richstein: Und zu einigen Verbesserungen. So haben Betroffene zum Beispiel Anspruch auf einen Platz in einer Traumaambulanz, Entschädigungszahlungen wurden erhöht.

Geschäftsführender Bundesvorstand

Die oder der Bundesvorsitzende ist Teil des Geschäftsführenden Bundesvorstands (GBV), der aus fünf oder sechs Personen besteht. Der GBV gehört zum Bundesvorstand, der ebenfalls von der Bundesdelegiertenversammlung gewählt wird und die Richtlinien für die Arbeit des Vereins vorgibt.

Mehr dazu:
weisser-ring.de/weisser-ring/der-verein

01/2025

MULTIMEDIA-KAMPAGNE

MAINZ Mit der multimedialen Kampagne „Digitale Gewalt – Reale Folgen“ klärt der WEISSE RING über digitale Gewalt, ihre Formen und Folgen, geltendes Recht und Hilfe für Opfer auf.

08.05.26

ELEKTRONISCHE FUSSFESSEL

BERLIN Der Bundestag beschließt mit großer Mehrheit die Einführung der elektronischen Fußfessel.

2026

50 JAHRE WEISSER RING

MAINZ Der WEISSE RING feiert sein 50-jähriges Bestehen, mit rund 40.000 Mitgliedern, 18 Landesverbänden, 3.000 ehrenamtlichen Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern und rund 400 Außenstellen.



Dr. Patrick Liesching

ist stellvertretender Bundesvorsitzender des WEISSEN RINGS, von 2022 bis 2024 war er Bundesvorsitzender. Er ist Präsident des Landgerichts Fulda.

Außerdem wird psychische Gewalt jetzt auch berücksichtigt. Aber da ist noch Luft nach oben. Ein Problem dürfte nach wie vor sein, dass viele Betroffene gar keinen Antrag stellen, auch weil sie das Gesetz nicht kennen.

Die aktuelle Recherche unseres Magazins zeigt, dass es in der Praxis weiter Schwierigkeiten gibt. Beispielsweise dauern die Verfahren lange, viele Anträge werden abgelehnt.

Richstein: Erschwerend kommt die hohe Beweislast aufseiten der Opfer hinzu, die ihre Schädigung und Glaubwürdigkeit immer wieder belegen müssen.

Ziercke: Es ist gut, dass wir zu Fortschritten beigetragen haben. Wir finden Gehör bei der Politik, hatten zum SGB XIV auch einen Termin im Kanzleramt. Aber: Wir sind die Stimme der Opfer und bleiben dran. Das Geld in der Staatskasse wird knapper, und die Betroffenen dürfen nicht die Leidtragenden sein. Schon aus unserer OEG-Statistik ging hervor, dass insgesamt unfassbar viele Anträge abgelehnt wurden, wobei das Gefälle zwischen manchen Bundesländern groß war. Wir schauen genau hin, wie sich die Zahlen jetzt entwickeln.

Welche markanten Veränderungen sehen Sie, wenn Sie auf die vergangenen Jahrzehnte zurückblicken?

Richstein: Eine wichtige Rolle spielt die Digitalisierung, etwa beim Erfassen unserer Fälle und in der Kommunikation, aber auch bei den Kriminalitätsphänomenen.

Ziercke: Diese wandeln sich, es kommen neue Formen und Herausforderungen hinzu, etwa durch Künstliche Intelligenz. Als WEISSER RING begleiten wir diese Veränderungen, mit Prävention und Opferhilfe.

Richstein: Wir sind insgesamt etwas moderner, jünger und weiblicher geworden, nicht mehr so männlich dominiert. Dazu hat auch die Gruppe der Jungen Mitarbeitenden beigetragen.

Liesching: Wir haben Landesverbände, in denen ein Viertel der Mitglieder jünger als 35 ist. Und wir sind auch diverser geworden. In der Bundesgeschäftsstelle gab es einen Generationswechsel, und wir sind in der Medienarbeit professioneller geworden.

Ziercke: Die Opferhilfe haben wir konzeptionell immer wieder überarbeitet, nach dem Anschlag am Berliner Breitscheidplatz zum Beispiel einen Leitfaden für Großereignisse entwickelt.

Richstein: Eine weitere wichtige Entscheidung war die Unvereinbarkeitsklausel mit der entsprechenden Präambel in unserer Satzung, um uns vor „gesellschaftlichen Risiken“ zu schützen.

Bei der Bundesdelegiertenversammlung 2024 in Frankfurt beschlossen gut 200 Vertreterinnen und Vertreter des Vereins mit einer Mehrheit von 99,5 Prozent der Stimmen eine Satzungsänderung. Es ist seitdem möglich, Mitglieder auszuschließen, wenn sie gegen das Leitbild in der Präambel verstoßen. Dort heißt es, mit der Vereinsarbeit und dem Bekenntnis zum Grundgesetz unvereinbar „sind Intoleranz, Rassismus, Antisemitismus und Fremdenfeindlichkeit. Der Verein tritt radikalen oder extremistischen Bestrebungen sowie jeder Form von Gewalt entgegen“.

Müller-Piepenkötter: Wir haben uns bereits vorher mit Extremismus auseinandergesetzt und uns distanziert.

Der Bundesvorstand verurteilte damals, 2018, Rassismus, Antisemitis-

mus und Fremdenfeindlichkeit und beschloss einstimmig, dass sich der Verein nicht von extremistischen Parteien instrumentalisieren lässt und keine Spenden von der AfD annimmt. Auslöser war die missbräuchliche Verwendung des Logos des WEISSEN RINGS bei einer Spendensammlung durch einen Ortsverband der Partei.

Ziercke: Das hat uns empört.

Richstein: Wir haben klargemacht, dass wir das Geld nicht annehmen werden.

Weshalb haben Sie sich für die Klausel und die Distanzierung entschieden?

Müller-Piepenkötter: Bei der AfD genügt ein Blick auf Zitate führender Politiker der Partei. Unabhängig von der AfD gilt: Wer sich menschenverachtend äußert oder verhält, passt nicht zu uns, hat bei uns nichts zu suchen.

Auch der WEISSE RING hat Mitglieder verloren. Was lässt sich dagegen tun?

Richstein: Die Landesverbände in Brandenburg und Sachsen-Anhalt wachsen. Ansonsten gehen die Zahlen leider zurück, das ist richtig. Unser Bekanntheitsgrad ist nicht hoch genug. Wir müssen wieder bekannter werden.

Ziercke: Wir waren mal bei 65.000 Mitgliedern. Der Mitgliederschwund hat auch mit dem demografischen Wandel zu tun.

Richstein: Es kommt Nachwuchs nach, aber noch nicht genug.

Müller-Piepenkötter: Bei den jungen Leuten – Betroffenen wie potenziellen Ehrenamtlichen – sind Instagram und andere Plattformen entscheidend.

Richstein: Bei Instagram erreichen wir mittlerweile viele Menschen.

Ziercke: Es ist wichtig, dass wir gesellschaftlich noch präsenter werden, auch bei Veranstaltungen. Und dass wir immer wieder unsere Stimme erheben, auch in Berlin, zum Beispiel in der Bundespressekonferenz die Kriminalstatistik aus Opfersicht einordnen. Kooperationen mit Prominenten, die zu uns passen und sich für uns engagieren, sind eine weitere Möglichkeit.

Es gibt eine ganze Reihe anderer, teils spezialisierter Organisationen und Einrichtungen für Opfer. Weshalb braucht es den WEISSEN RING noch?

Müller-Piepenkötter: Der Staat kann Menschen, die Opfer einer Straftat geworden sind und in dem Moment die Herrschaft über ihr Leben verloren haben, nicht in dieser Form und diesem Umfang unterstützen. Die Ehrenamtlichen tun dies auf Augenhöhe, aber mit besonderen Kenntnissen aus ihrer jahrelangen Arbeit und Fortbildung und unbürokratisch. Wir sind der qualifizierte Nachbar, der auch sonntagsmorgens helfen kann.

Ziercke: Hinzu kommt die Unabhängigkeit von staatlicher Förderung.

Liesching: Wir sind mit rund 400 Außenstellen auch in der Fläche präsent – wo es nicht so viele Beratungsstellen gibt wie in der Stadt. Dass wir politisch unabhängig sind, hat sich beispielsweise bei der elektronischen Fußfessel gezeigt. Als der damalige Bundesjustizminister Marco Buschmann blockierte, haben wir nicht den Konflikt gescheut, sondern Kritik geübt.

Richstein: Und nicht zuletzt sind wir breit aufgestellt und für alle Betroffenen da – egal ob sie Opfer von häuslicher Gewalt, Cyberkriminalität oder anderen Straftaten geworden sind.

ist seit 2024 Bundesvorsitzende des WEISSEN RINGS. Von 1999 bis 2024 war sie in Brandenburg Landtagsabgeordnete, von 2002 bis 2004 Ministerin der Justiz und für Europaangelegenheiten.





Was aus den Opfern wurde

Wir

Sie haben schreckliche Gewalterfahrungen gemacht, deren Auswirkungen ihr Leben und das ihrer Familien prägten. Aber sie ließen die Täter und Taten nicht über ihr Leben bestimmen. Vier Betroffene erzählen davon, wie sie nach traumatischen Erlebnissen neue Kraft fanden und das Erlebte verarbeiten. Und wie sie heute anderen Menschen helfen.

Texte: Kays Al-Khanak, Christina Franzisket, Gregor Haschnik, Kathrin Hollmer

Illustrationen: Julian Rentzsch

„Warum werden wir auf eine so harte Probe gestellt?“

Hüsnü Erkan

Der versuchte Raubmord an Hüsnü Erkan veränderte das Leben seiner ganzen Familie. Vierzig Jahre später ist Erkan dankbar, gerettet worden zu sein. Und sein Sohn Robert konnte seinen Schmerz in Engagement verwandeln.

Es ist fast 40 Jahre her, dass Hüsnü Erkan überfallen wurde. Er war damals 51 Jahre alt und arbeitete als Geldbote für die Frankfurter Volksbank. Am 4. September 1987 lauerten ihm zwei Männer auf, stachen ihm mit einem Messer in Rücken und

³⁶geben

Bauch. Sie entrissen ihm die Geldtasche mit 6.000 D-Mark und zerrten ihn in einen Fluchtwagen, den sie später auf einem Feldweg zurückließen. Der Bote konnte sich aus dem Auto befreien und an eine Straße schleppen, wo ihm ein Autofahrer half. Erkan überlebte nur knapp.

Sohn Robert Erkan, der mit seinem Vater erstmals öffentlich über ihre Geschichte spricht, erinnert sich gut an diesen Tag. Er war 21 Jahre alt und Lehrling, ebenfalls bei der Volksbank. „Der Personalchef rief mich an und sagte, mein Vater sei entführt worden.“ Es folgten Wochen im Ausnahmezustand, die Familie bangte um das Leben des Vaters: „Ich war im Funktionsmodus“, erinnert sich Robert Erkan. In dieser Zeit habe der WEISSE RING geholfen: „Sie waren da, haben einen Anwalt für uns gesucht und die Reinigung des Fahrzeugs des Ersthelfers bezahlt, das voller Blut war.“

„Der Garten war seine Therapie“

Hüsni Erkan erholte sich körperlich, doch seine Seele war tief verletzt. Er zog sich von der Familie zurück, konnte nicht mehr arbeiten, litt unter Angst und Schlaflosigkeit. Viel Zeit verbrachte er allein im Sommerhaus der Familie in der Türkei: „Der Garten dort war seine Therapie“, sagt Sohn Robert. Rund zwei Jahre nach der Tat kam es zum Prozess gegen einen mutmaßlichen Täter. Hüsni Erkan konnte den Mann nicht zweifelsfrei identifizieren, der Angeklagte wurde freigesprochen.

Heute lebt der 90-Jährige nach wie vor in seiner Wohnung an der Berliner Straße in Frankfurt. Jeden Tag steigt er die Stufen aus dem dritten Stock herunter und geht zum Frühstück in den Franziskustreff an der Liebfrauenkirche. Dort und in der Kleinmarkthalle hat er viele Freunde. „Jammern hilft nicht. Das Gute, das Schöne sehen – das hilft“, sagt er. Sohn Robert betreut seinen Vater, doch der nimmt nicht gerne Hilfe an: „Ich muss es selbst schaffen und mich loben.“ Statt zu jammern gehe er lieber „auf einen Schoppen“, sagt er und lacht.

Über die Tat hat er seit Jahrzehnten nicht gesprochen. Als sich der 90-Jährige an diesem Nachmittag

neben seinen Sohn auf das Sofa setzt, fragt Robert Erkan: „Gab es auch schwere Zeiten in deinem Leben, Vater?“ Hüsni Erkans Blick verfinstert sich. „Ja, natürlich. Meine Ehe ist kaputt gegangen“, sagt er. Dann greift er nach dem Saum seines Hemdes und zieht es hoch. Eine Handbreit über dem Bauchnabel zeichnet er mit dem Finger die Narbe entlang, die sich waagerecht über seinen Bauch erstreckt. „Ich wurde überfallen. Hier haben sie mich geschnitten“, sagt er. Dann lässt er sein Hemd wieder sinken: „So viele Menschen sterben jung. Und ich wurde gerettet.“

Sein Sohn sagt: „Mein Vater war nie wütend. Er versuchte stattdessen, selbstwirksam zu sein. Das hat mich beeindruckt.“ Als Sohn quälte ihn seit dem Überfall eine Frage: „Warum nur wurden wir als Familie auf so eine harte Probe gestellt?“

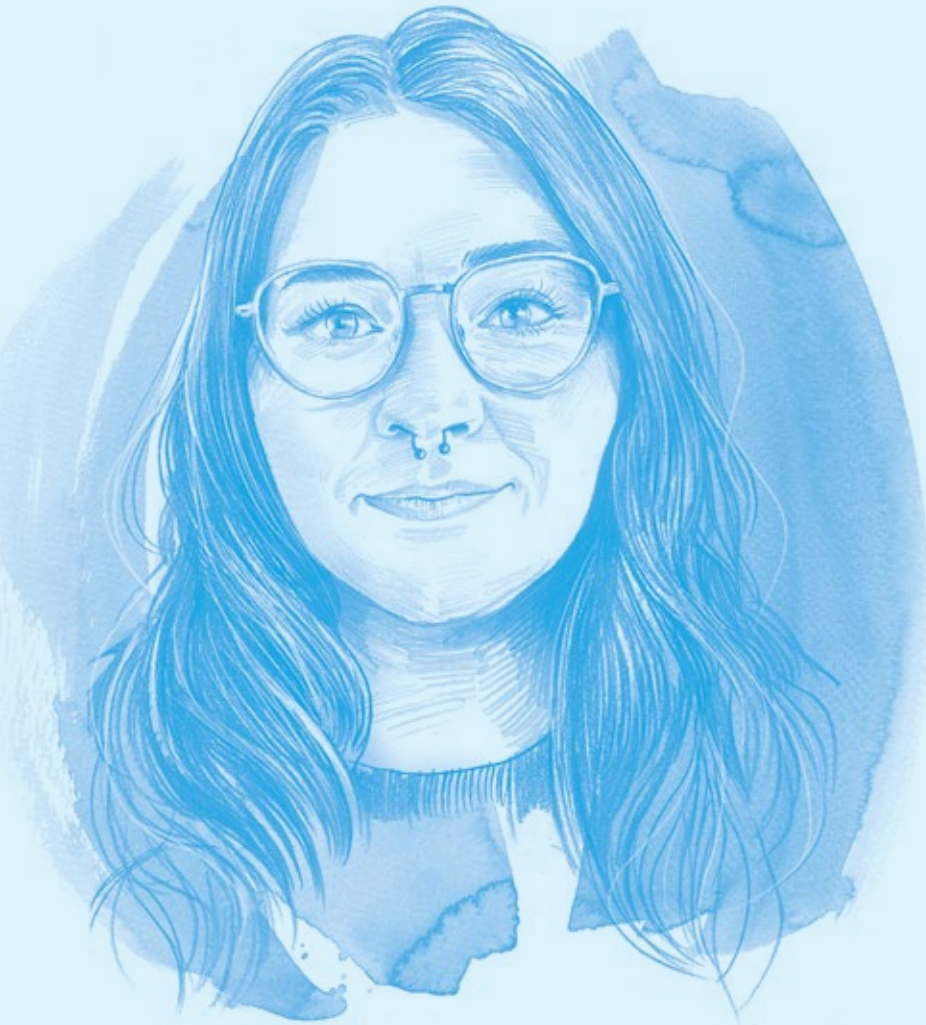


Viele Jahre später, in der Nacht des Terroranschlags von Hanau am 19. Februar 2020, bekam Robert Erkan einen Anruf. Es war Zufall, dass er als Mitglied des Ausländerbeirats der Stadt Hanau erreichbar war. Bald wurde er zum städtischen Opferbeauftragten ernannt. Nicht nur sein Beruf als Mediator und seine multikulturelle Erfahrung durch seinen türkischen Vater und seine jugoslawische Mutter halfen ihm bei dieser herausfordernden Aufgabe, sondern auch seine Erfahrungen als Angehöriger eines Opfers: „Ich war wieder im Modus von damals.“

Rückblickend habe sich in dieser Zeit etwas aufgelöst: „Ich konnte Frieden finden, indem ich meine Erfahrungen für etwas Gutes einsetzte.“ Für sein Engagement wurde Robert Erkan mit dem Walter-Lübcke-Demokratie-Preis des Landes Hessen ausgezeichnet.

Linke Seite: Hüsni Erkan wurde vor fast 40 Jahren Opfer eines versuchten Raubmordes. Gemeinsam mit seinem Sohn Robert spricht er erstmals darüber, wie die Gewalttat das Leben der Familie veränderte.

nicht auf ³⁷



„Heute bin ich die Mareike, die hilft“

Mareike Luisa Groß

Mareike Luisa Groß hat sich aus einer gewalttätigen Beziehung befreit. Heute unterstützt sie Betroffene als ehrenamtliche Helferin des WEISSEN RINGS.

Mareike Luisa Groß wurde Opfer Häuslicher Gewalt. Heute begleitet die 27-Jährige beim WEISSEN RING unter anderem Menschen, die Ähnliches erlebt haben. Über Flucht, Neuanfänge – und den Wunsch, anderen Halt zu geben.

Es hat etwas vom Auenland aus Tolkiens „Herr der Ringe“, wenn man durch diesen Teil der Pfalz fährt: Sanft erheben sich grüne Hügel in der Landschaft, die Sicht reicht weit über Felder und Weinberge. Die Sonne scheint, während Weinbauern zwischen den Rebstöcken stehen und überflüssige

Triebe abbrechen. Eine Idylle wie aus dem Bilderbuch. Doch in Tolkiens Welt liegt hinter der Ruhe eine Düsternis. Aber auch Hoffnung. So wie im Fall von Mareike Luisa Groß.

Groß öffnet die Tür ihrer Wohnung. Sie ist 27 Jahre alt, trägt lange schwarze Haare, ein Nasenpiercing und lächelt zurückhaltend. Im Flur hängen gerahmte Motivationsprüche. „Health begins with selfcare“ (Gesundheit beginnt mit Selbstfürsorge) oder „Remember why you started“ (Erinnere dich, warum du begonnen hast). Am Schuhschrank baumelt eine Stofftüte mit der Aufschrift „116 016 – Stopp Gewalt gegen Frauen“.

Erst bei der Vernehmung wird ihr klar, woraus sie geflohen ist

Für Groß sind die Bilder und die Tasche keine Accessoires. Sie erzählen von ihrem Leben. Sie war Opfer Häuslicher Gewalt. Heute arbeitet sie ehrenamtlich beim WEISSEN RING, begleitet Menschen, die Opfer von Straftaten geworden sind. „Damals war ich die Mareike, der geholfen wurde“, sagt sie. „Heute bin ich die Mareike, die hilft.“

Im Januar 2023 kommt Groß mit ihrem damaligen Partner zusammen. „Am Anfang war alles zu schön, um wahr zu sein“, sagt sie. Doch die Beziehung verändert sich bald, so schildert es Groß: Erst beleidigt er sie, später isoliert er sie und dann wird er auch körperlich gewalttätig. Im Juni 2024 verletzt der Mann sie schwer. Wenig später flieht sie. Unter dem Vorwand, einkaufen zu gehen, verlässt sie mit ihren Katzen die Wohnung. „Erst bei der Vernehmung bei der Polizei ist mir klar geworden, woraus ich da eigentlich geflohen bin“, sagt sie.

Die Katzen seien in dieser Zeit ihr Anker gewesen, erzählt Groß. Aber auch die Menschen des WEISSEN RINGS. Auf die Opferhilfeorganisation wird sie über die Interventionsstelle für Häusliche Gewalt aufmerksam. Schnell kommt es zu einem ersten persönlichen Treffen. „Es war ein schönes Gefühl, dass mir geglaubt wurde“, sagt sie. Der WEISSE RING begleitet sie später auch zur Gerichtsverhandlung; der Mann wird zu einem Jahr und drei Monaten auf Bewährung verurteilt. Die finan-

zielle Soforthilfe sei wichtig gewesen, sagt Groß. Aber noch wichtiger: Das Gefühl, nicht allein zu sein.

Als helfende Hand schlägt ihr Herz vor allem für die Prävention

Heute ist Groß selbst für den WEISSEN RING tätig. Sie ist eine von sieben ehrenamtlichen Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern in der Außenstelle in ihrer Heimat. „Mich erfüllt es, die helfende Hand zu sein, die Betroffene so unheimlich dringend brauchen“, sagt sie. Dabei stehe bei ihr nie die Tatsache im Mittelpunkt, dass sie selbst Opfer war, wenn sie einen Opferfall annehme. „Es sei denn, es ergibt Sinn, weil die Geschichte einer Betroffenen auf den ersten Blick zu bizarr und unglaublich wirkt.“ Es sei schön, „dass ich nach dem Schlechten, das ich erlebt habe, etwas Gutes geben kann“.



Ihr Herz schlägt dabei vor allem für die Prävention. Zusammen mit einem ehrenamtlichen Kollegen vom WEISSEN RING geht sie zum Beispiel an Schulen, um aufzuklären. „Mich freut es, wenn männliche Jugendliche fragen, was sie machen können, damit sich Frauen in ihrer Gegenwart sicher fühlen.“

Früher arbeitete Mareike Luisa Groß in der Altenpflege. Heute hat ihr Leben eine andere Richtung eingeschlagen. Sie hat ein Buch über ihre Erfahrungen geschrieben und spricht öffentlich über häusliche Gewalt. Und sie hat einen Traum: einen Hof zu eröffnen, der Frauen mit ihren Haustieren Schutz bietet – bevor ihnen Gewalt angetan wird.



„Ich lebe jetzt mein Leben“

Franziska Peters

Nachdem Franziska Peters als Prostituierte ausgebeutet und misshandelt wurde, hat sie sich befreit und ein neues Leben aufgebaut.

„Freiheit.“ Franziska Peters (Name geändert) sagt das Wort mehrfach. „Die Freiheit hat mir den Mut und die Kraft gegeben.“ Das antwortet sie mit ruhiger Stimme auf die Frage, wie sie es geschafft habe zu flüchten, obwohl der Mann, der sie zur Prostitution zwang, ihr mit dem Tod drohte. Dass sie heute eine eigene Wohnung hat, „in der ich jetzt mein Leben leben kann, wie ich es möchte“, beschreibt sie als „ein Stück Freiheit“.

Franziska Peters wurde mit dem Tode bedroht. Von dem Mann, der sie zur Prostitution zwang. Für die Zukunft hat sie sich vorgenommen, gesund zu werden und einfach frei zu sein.

Die Mittvierzigerin hat dafür gekämpft und viel riskiert; nach Jahren der Ausbeutung, Gewalt und Isolation. Nachdem der Mann sie geschlagen und das Unterteil eines Bürostuhls nach ihr geworfen habe, „dachte ich: Jetzt reicht es, das ist das letzte Mal. Ich muss hier weg“. Im Verborgenen habe sie ihre Flucht geplant und schließlich vorgegeben, monatelang „auf Tour zu gehen“. Dabei werden für Prostituierte in verschiedenen Städten nacheinander Zimmer angemietet. Sie nahm das Allernötigste und ging ins Frauenhaus. Außerdem unterstützten sie die auf Opfer von Menschenhandel spezialisierte Fachberatungsstelle KOBİ und der WEISSE RING etwa dabei, Termine beim Anwalt, bei der Polizei oder anderen Behörden zu bekommen. Zehn Monate blieb Peters im Frauenhaus, aufgrund der schwierigen Wohnungssuche.

Mittlerweile ist der Täter zu einer mehrjährigen Haftstrafe verurteilt worden. Peters ist froh, dass er bestraft wurde, betont aber auch: „Für das, was er mir und den anderen Frauen angetan hat, ist es zu wenig“. Vor allem während der Corona-Pandemie, als die Einnahmen zurückgingen, sei er oft explodiert. Die Aussage vor Gericht war belastend, „weil ich ihm noch einmal begegnen musste. Aber ich habe mich auf die Richterin konzentriert und versucht, alles andere auszublenden.“

Am Anfang, als sie ihn kennenlernte, sei sein wahres Gesicht nicht zu erkennen gewesen. Sie hätten einen guten Draht zueinander gehabt, was er ausgenutzt habe, dann sei es von Jahr zu Jahr schlimmer geworden. „Ich musste den Kontakt zu Freunden und Familie abbrechen.“

M

Menschenhandel bleibe oft unentdeckt, auch weil kaum jemand genau hinschaue. „Wir waren regulär angemeldet, durften nichts Verdächtiges sagen, wenn wir in Kontakt mit Behörden kamen, sondern mussten angeben, alles freiwillig zu machen. Frauen aus dem Ausland wurden die Pässe abgenommen.“ Sie appelliert an Betroffene, „sich Menschen anzuvertrauen, die helfen können“.

Franziska Peters wird nach wie vor von einer Sozialarbeiterin betreut, die mit zum Gespräch in einem Landesbüro des WEISSEN RINGS gekommen ist. Sie lobt: „Frau Peters weiß, was sie will. Sie hat sich trotz eines steinigen Weges viel aufgebaut.“

Peters wirkt entspannt. Sie trägt einen Kapuzenpulli, antwortet überlegt, lächelt immer wieder, aber „was passiert ist, werde ich nicht vergessen. Ich kämpfe mich manchmal durch, auch durch meine Gefühle“, erzählt Peters. Sie geht regelmäßig zur Therapie, kocht gerne und ist mit ihrem neuen Partner unterwegs. „Ich bin ihm in der schweren Zeit begegnet. Er hat mich unterstützt. Es war nicht einfach, wieder so ein Vertrauen zu einem Menschen aufzubauen.“ Doch es sei gelungen. Für die Zukunft habe sie sich vorgenommen, „gesund zu werden und einfach frei zu sein“.

„Beim Gleitschirmfliegen ist die Angst weg“

Timo Ranzenberger

Timo Ranzenberger wurde als Jugendlicher von einem Pfarrer sexuell missbraucht. Die Folgen spürt er noch heute, aber er wehrt sich. Viele Jahre nach der Tat erstattet er Anzeige und erhebt in der Öffentlichkeit seine Stimme.

Hunderte Meter über dem Erdboden ist Timo Ranzenberger ganz bei sich. Wenn er Zeit hat, schnappt er sich den Rucksack mit seinem Gleitschirm und fährt mit dem Zug von Siegsdorf im oberbayerischen Landkreis Traunstein Richtung Berge. „In der Luft kann ich abschalten“, sagt er.

In einem Wirtshaus in Siegsdorf erzählt Ranzenberger seine Geschichte: Im Alter von 15 Jahren wurde er von einem Pfarrer in Freisen im Saarland mehrfach sexuell missbraucht. „Ich konnte damals mit niemandem darüber reden, hatte Angst, dass mir niemand glaubt“, berichtet Ranzen-

berger gefasst. In der katholischen Gegend und bei seiner strenggläubigen Pflegefamilie sei der Pfarrer eine Respektsperson gewesen. Irgendwann wandte sich Ranzenberger von der Kirche ab und zog weg.

Quälende Frage: Macht er das jetzt mit anderen Jugendlichen?

Als er 2005 im Fernsehen zufällig auf einen Gottesdienst stieß, kamen die Erinnerungen hoch. „Warum hat er das gemacht? Und: Macht er das jetzt mit anderen Jugendlichen?“, fragte sich Timo Ranzenberger. Über einen Verein lernte er andere Betroffene kennen, die ihn ermutigten, zur Polizei zu gehen. Er erstattete Anzeige. „Der Pfarrer legte sogar ein Teilgeständnis ab, doch nach damaligem Recht war die Tat verjährt“, erzählt Ranzenberger. Elf Jahre später waren weitere Anzeigen gegen den Pfarrer eingegangen, die Polizei ermittelte, und die Vorwürfe, die der Geistliche bis zuletzt zurückwies, wurden öffentlich. Für Gespräche mit Vertretern des zuständigen Bistums Trier und für Ranzenbergers Aussage vor Gericht kümmerte sich der WEISSE RING um eine Anwältin. Die Tat war verjährt, wurde im Urteil aber berücksichtigt. Vor drei Jahren verurteilte das Landgericht Saarbrücken den Pfarrer wegen sexueller Nötigung eines 14-Jährigen zu einer Bewährungsstrafe, seit 2024 ist das Urteil rechtskräftig. Das Kölner Kirchengericht entließ ihn wegen Missbrauchs von fünf Minderjährigen aus dem Klerikerstand.

R

Ranzenberger informierte sich täglich online über Nachrichten zu dem Fall, etwa ob weitere Anzeigen erschienen sind. Noch im vergangenen Jahr reichte er eine kirchenrechtliche Meldung gegen einen Bischof ein, weil er in einem Medienbericht mitbekommen hatte, dass Vorwürfe gegen den Pfarrer vertuscht worden sein könnten. Die Kirche sah kein Fehlverhalten. „Ich versuche, Abstand zu bekommen, aber ganz gelingt mir das noch nicht“, sagt er. Ranzenberger ist



heute 42 Jahre alt und abstinenter Alkoholiker. Als Jugendlicher machte Ranzenberger zum ersten Mal einen Entzug, immer wieder hatte er Rückfälle. „Ich wollte die Sorge, dass mir keiner glaubt, mit Alkohol betäuben“, sagt er. Seit zwölf Jahren ist er trocken und abstinenter. In Siegsdorf lebt er in einer therapeutischen Wohngemeinschaft, irgendwann will er allein leben.

Immer wieder erwähnt Timo Ranzenberger, wie viel ihm das Gleitschirmfliegen bedeutet. Als Kind faszinierte ihn Fallschirmspringen. Über einen Gleitschirm und wie lange sich dieser in der Luft hielt, staunte er. Nach einem Tandemflug machte Ranzenberger 2023 eine Ausbildung. Abends schneidet er Videos von seinen Flügen und stellt sie auf seine Webseite. Gerade muss der 42-Jährige ein paar Wochen pausieren, weil er sich vor Kurzem bei einem Unfall zwei Wirbel gebrochen hat. „Dann geht’s aber wieder los“, sagt er. „Beim Gleitschirmfliegen ist die Angst weg.“

Timo Ranzenberger spürt noch heute die Folgen des sexuellen Missbrauchs durch einen Pfarrer. Doch er wehrte sich gegen die Ohnmacht und zeigte den Täter an.

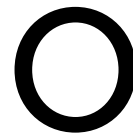
Eine längere Version der Opferperspektiven finden Sie hier:



Wie funktioniert
die hauptamtliche
Vereinsarbeit?

Das Team in Mainz

Von außen wirkt die Bundesgeschäftsstelle des WEISSEN RINGS in Mainz-Weisenau fast unscheinbar: ein rosafarbenes Gebäude, eine graue Eingangstür, daneben das blau-weiße Logo des Vereins. Hinter der Klingel jedoch kümmern sich Menschen hauptamtlich täglich darum, dass Deutschlands größte Hilfsorganisation für Kriminalitätsoffer funktioniert. Die Bundesgeschäftsstelle ist Schaltzentrale, Beratungsort, Organisationszentrum und politisches Sprachrohr zugleich. Rund 80 Mitarbeitende unterstützen hier die bundesweite Arbeit des Vereins – von Opferhilfe und Prävention über Digitales Ehrenamt bis zur Geschäftsführung.



Opferhilfe

Text:

Kays Al-Khanak,
Christiane Flemig,
Manfred Ladwig

Fotos:

Christian J. Ahlers



Das Telefon klingelt, während eine Mitarbeiterin der Sachbearbeitung gerade einen neuen Fall in die Datenbank einträgt. Es geht um eine ältere Frau, der beim Einkaufen das Portemonnaie gestohlen wurde. Das ehrenamtliche Team vor Ort hat bereits mit 150 Euro schnell geholfen, damit die Betroffene die nächsten Tage bis zur Auszahlung der Rente überstehen kann. Noch bevor der Vorgang abgeschlossen werden kann, meldet sich ein Außenstellenleiter aus Niedersachsen. Eine Frau sei gerade mit ihren Kindern ins Frauenhaus geflohen. Mittellos. Verängstigt. Die Frage am anderen Ende der Leitung: Welche Hilfsmöglichkeiten gibt es, um der Familie langfristig zu helfen?

So sieht Alltag in der Sachbearbeitung des Teams Opferhilfe beim WEISSEN RING aus. Zwischen Telefonaten, E-Mails und neuen Fällen versuchen **Cara Böhmer** und **Johanna Herz** gemeinsam mit ihren Kolleginnen und Kollegen, Ehrenamtliche zu unterstützen und damit Menschen nach Straftaten möglichst schnell zu helfen. „Man möchte die Dinge nicht liegen lassen“, sagt Juristin Johanna Herz. „Weil man weiß: Hinter jedem Vorgang steht ein Mensch, der gerade auf Hilfe wartet.“

Es gibt schnelle Hilfen beim WEISSEN RING, über deren Ausgabe das Ehrenamt vor Ort entscheidet. Dazu gehören

eine finanzielle Soforthilfe von bis zu 200 Euro und ein Hilfescheck für die rechtliche Erstberatung. Weitergehende Bedarfe wie beispielsweise Umzugskosten, Frauenhauskosten, Türsicherungen, Reparaturen, tatbedingte Schulden oder Kosten für einen Rechtsbeistand, die sich im Gespräch mit den Betroffenen ergeben, werden vom Ehrenamt im Team Opferhilfe beantragt, dort geprüft und freigegeben. „Grundsätzlich kann bei Opferhilfen in alle Richtungen gedacht werden“, sagt Böhmer. „Aufgabe unseres Teams ist es, andere Leistungsträger mitzudenken und in komplizierten Fällen Hilfe möglich zu machen.“

Monatlich landen über 1.800 neue Fälle aus ganz Deutschland auf den Tischen der Sachbearbeitung. Viele Fälle begleiten die Mitarbeitenden über Monate, weil immer wieder Bedarfe entstehen.

D

Digitales Ehrenamt

Maria Wagner-Monsees leitet beim WEISSEN RING das Digitale Ehrenamt. Rund 180 Ehrenamtliche arbeiten bundesweit für Opfer-Telefon, Onlineberatung und Digitale Außenstelle. „Unsere Ehrenamtlichen machen Nähe trotz Distanz möglich“, sagt Wagner-Monsees, die nicht zufällig zum WEISSEN RING kam. In ihrer früheren Arbeit als Diplom-Pädagogin mit systemischer Zusatzausbildung betreute sie überwiegend Frauen mit Gewalterfahrungen – und empfahl ihnen damals schon häufig den Verein. „Dort sind sie in guten Händen.“

In Mainz kümmert sich ein Team aus sechs Mitarbeitenden inklusive Leitung darum, dass beim Digitalen Ehrenamt alles reibungslos läuft. Sie organisieren die Dienstpläne, sorgen dafür, dass alle mit Equipment wie Telefonen ausgestattet sind. Sie helfen und koordinieren, wenn die Software bei Ehrenamtlichen nicht funktioniert, haben ein offenes Ohr für sie.

Jedes Jahr gibt es ein Auswahl- und Auswahlverfahren für neue Ehrenamtliche, das ebenfalls das hauptamtliche Team

„Hinter jedem Vorgang steht ein Mensch, der gerade auf Hilfe wartet.“

Johanna Herz, Opferhilfe

organisiert und gemeinsam mit Ehrenamtlichen umsetzt. „Gerade beim Opfer-Telefon, das von 7 bis 22 Uhr erreichbar ist, müssen wir gewährleisten, dass das auch funktioniert“, so Wagner-Monsees. Bei der Onlineberatung habe es Anfang des Jahres so viele Anfragen gegeben, dass die Beratung kurzfristig nicht erreichbar war und gestoppt werden musste. „So soll es natürlich nicht sein. Nach dem Auswahlverfahren konnten wir aber neue Onlineberatende ausbilden, so dass wir jetzt wieder gut aufgestellt sind.“ Einen solchen Engpass hat es bisher aber noch nie gegeben, so Wagner-Monsees.

Am Opfer-Telefon sind im vergangenen Jahr über 24.000 Gespräche geführt worden, an die Onlineberatung haben sich 2025 rund 3.000 Ratsuchende gewandt, und die Digitale Außenstelle hat seit ihrer Gründung im April bis Dezember 2025 über 1.000 Fälle betreut.



F

Fachbereich Medizin/ Psychologie

Eine Frau kann nach einer Vergewaltigung das eigene Schlafzimmer nicht mehr betreten. Ein Mann kämpft darum, dass ein Leistungsträger weitere Therapiestunden bezahlt. Viele Betroffene wenden sich in solchen und anderen Situationen hilfesuchend an den WEISSEN RING. Über die Ehrenamtlichen werden daraus konkrete Hilfebedarfe abgeleitet und geprüft, ob diese umsetzbar sind. Hier kommt **Florian Wedell** ins Spiel. „Meine Aufgabe besteht vorrangig darin, die Umsetzung von



Die Landesbüros

Der WEISSE RING ist in 18 Landesverbände eingeteilt. Bayern und Nordrhein-Westfalen werden aufgrund ihrer Größe in zwei Regionen unterteilt. In den Landesbüros des Vereins arbeiten deutschlandweit rund 40 hauptamtlich Mitarbeitende. Sie unterstützen den jeweiligen Landesvorstand und die Ehrenamtlichen vor Ort, organisieren verschiedene Veranstaltungen und halten den regelmäßigen Kontakt nach Mainz.

Hilfeleistungen wie etwa die materielle Opferhilfe unter Vorbehalt zur Finanzierung einer Therapie zu prüfen und eine fachlich fundierte Empfehlung zur Übernahme auszusprechen“, sagt der Psychologe.

Neben der Fallarbeit erarbeitet Wedell Informationsmaterialien, bringt psychologische Perspektiven in politische Stellungnahmen ein oder beteiligt sich an der Aus- und Weiterbildung der Ehrenamtlichen. Außerdem organisiert er die wiederkehrende bundesweite Fachtagung für Traumaambulanzen und vertritt den WEISSEN RING in fachspezifischen Gremien.

Wedell arbeitet nach beruflichen Stationen bei der Bundeswehr, in verschiedenen Kliniken und im Justizvollzug seit 2021 beim WEISSEN RING als Psychologe in der Bundesgeschäftsstelle. Für ihn sei die Stelle eine „Once-in-a-Lifetime-Chance“ gewesen, erzählt er. „Weil hier zwei Themen zusammenkommen, die mich schon lange beschäftigen: Kriminalität und die Frage, was mit Menschen passiert, nachdem sie Opfer geworden sind.“

Dass die Opferperspektive häufig untergehe, beobachtet er abseits seiner Arbeit auch gesellschaftlich. „Der Fokus liegt meist auf dem Täter“, sagt er. Gerade in Medien oder True-Crime-Formaten verschwänden die Geschichten der Betroffenen häufig im Hintergrund. Dabei gehe es für viele Opfer nicht nur um die Straftat selbst, sondern um die Folgen danach: Ängste, Isolation, finanzielle Probleme oder das Gefühl, die Kontrolle über das eigene Leben verloren zu haben.



K

Kriminalprävention

Auf dem Flipchart ziehen sich Pfeile zwischen Begriffen wie digitale Gewalt, Zivilcourage oder Cyberstalking.

Anne Werner und **Céline Sturm** bewegen sich mit Leichtigkeit zwischen den einzelnen Themen, ergänzen Beispiele und erzählen von Netzwerkarbeit und neuen Betrugsmaschen. Prävention bedeute vor allem: Menschen zu stärken und hand-

lungsfähig zu machen. Ein Satzungsziel. Werner und Sturm arbeiten als Referentinnen für Kriminalprävention in der Bundesgeschäftsstelle. „Das Herz der Präventionsarbeit sind die ehrenamtlichen Mitarbeitenden vor Ort, die Präventionsaktivitäten entwickeln und umsetzen“, sagt Werner. Besonders eng arbeiten sie mit den ehrenamtlichen Landespräventionsbeauftragten des WEISSEN RINGS zusammen. Damit sie dafür gut gerüstet sind, entwickeln sie Seminare, Vorträge und Materialien. „Unser Ziel ist es, einen gut bestückten Werkzeugkoffer zur Verfügung zu stellen“, sagt Sturm. Dieser habe sich über die Jahrzehnte verändert: Früher standen Diebstahl und Einbruch im Fokus. Heute beschäftigen sie sich mit vielen weiteren Themen wie digitaler Gewalt, Hasskriminalität oder Phishing. „Kriminalität entwickelt sich ständig weiter. Prävention muss diesen Wandel mitgehen“, so Werner.

Werner und Sturm halten Vorträge, geben Medien Interviews, bringen die kriminalpräventive Perspektive in politische Stellungnahmen des Vereins ein und begleiten den Fachbeirat Kriminalprävention. Auch die Zusammenarbeit mit bundesweiten Kooperationspartnern wie dem Deutschen Präventionstag gehört zum Aufgabenbereich der Referentinnen. Dort gestalten sie im Programmbeirat die Inhalte mit und bringen die Opferperspektive in die Präventionsarbeit ein. Eines ist ihnen besonders wichtig: Prävention funktioniere nie allein. Sie lebe vom interdisziplinären Austausch, von starken Netzwerken und Menschen, die ihr Wissen weitergeben. „Prävention ist immer Teamarbeit. Nur gemeinsam können wir Menschen erreichen und nachhaltig stärken“, sagt Sturm.

M

Marketing

Auf den Schreibtischen des Marketing-Teams liegen Entwürfe für Kampagnenmotive. Und **Riccarda Theis** und **Alice Scherer** diskutieren über Formulierungen. „Wir müssen Aufmerksamkeit schaffen, die Wich-

„Prävention ist immer Teamarbeit. Nur gemeinsam können wir Menschen erreichen und nachhaltig stärken.“

Céline Sturm, Kriminalprävention

tigkeit des Themas betonen, ohne unnötige Furcht zu schaffen. Die Opfer sollen gestärkt werden“, so Theis.

Theis startete vor fast zehn Jahren als Social-Media-Managerin beim Verein, heute ist sie die Fachleitung des Marketings. Scherer kam 2024 dazu. Ihre Aufgabe: den WEISSEN RING und seine Themen sichtbarer zu machen – und das in einem sich verändernden Umfeld: Denn genauso wie die Delikte ändern sich auch die Ansprüche an das Marketing stetig.

Das gehe zum einen über große Kampagnen. Im Büro hängen Plakate früherer Projekte. „Digitale Gewalt hat viele Gesichter“, steht auf einem. Daneben Hinweise zu Cybermobbing oder Deepfakes. Oder die Kampagne „Schweigen macht schutzlos“: Sie rückt das Thema häusliche Gewalt in den Mittelpunkt.

Zum anderen müsse sich das Ehrenamt vor Ort präsentieren. „Dabei unterstützen wir die Ehrenamtlichen mit Material, Ideen und Beratung. Es ist wichtig, dass der Verein auch bei lokalen Aktionen bundesweit einheitlich auftritt“, erklärt Scherer. „Wir wollen dabei auch wirtschaftliche Synergien schaffen, das ist für einen spendenfinanzierten Verein essenziell.“ Bei der mehrstufigen Kampagne zum 50-jährigen Bestehen startet bald die erste Phase, die auf die Gründungsidee des Vereins zurück-

geht. Auf Plakaten und im Netz wird sich ab August die Frage finden: „Wenn alle den Täter jagen – wer bleibt dann beim Opfer?“ Theis fügt hinzu: „Die Frage bleibt nicht unbeantwortet. Wir geben darauf selbstbewusst die Antwort: ‚Wir‘, also der WEISSE RING.“ Deshalb spielen in den darauffolgenden Kampagnenphasen die Ehrenamtlichen sowie prominente Unterstützende eine zentrale Rolle.

S

Stabsstelle der Geschäftsführung

Svenja Drews scheint sich nicht leicht aus der Ruhe bringen zu lassen. Je länger sie über ihre Arbeit spricht, desto deutlicher wird, wie viel Bewegung hinter dieser Ruhe steckt. „Es ist immer spannend“, sagt sie. „Und langweilig wird es nie.“

Drews leitet die Stabsstelle der Geschäftsführung beim WEISSEN RING. Sie ist Psychologin, seit sieben Jahren im Verein und hat dort zunächst das Beschwerdemanagement aufgebaut. Dieses ist heute Teil der Stabsstelle und wird von Mitarbeiterin Ilka Kenn betreut.

In der Beschwerdestelle sehe man, wie anspruchsvoll Opferhilfe ist, sagt sie. „Betroffene von Straftaten befinden sich häufig in einer emotionalen Ausnahmesituation. Dabei entstehen leicht Missverständnisse oder Erwartungen, die nicht erfüllt werden können.“ Wenn eine Außenstelle telefonisch nicht sofort erreichbar sei oder es zwischenmenschlich mal nicht passe, seien Beschwerden keine Seltenheit. Jährlich erreichen den Verein circa 550 Beschwerden.

Ebenfalls Teil der Stabsstelle ist die interne Kommunikation. Drews' Mitarbeiter Christian Ahlers hält Haupt- und Ehrenamt über alle wichtigen Themen im Verein informiert. „Hierfür ist Vernetzung besonders wichtig. Christian Ahlers hat seine Augen und Ohren praktisch überall“, so Drews. Jeden Monat geht der WRinside-Newsletter raus, auch der redaktionelle Teil des Jahresberichts des WEISSEN RINGS wird hier erstellt.



Engagieren, Organisieren, Gestalten

Der organisatorische Aufbau der Bundesgeschäftsstelle folgt dem Motto „Engagieren, Organisieren, Gestalten“. Jede Abteilung ist einem dieser Bereiche zugeordnet. Die sieben hier vorgestellten Bereiche sollen einen Einblick in die bundesweite Arbeit des Vereins geben. Es gibt darüber hinaus noch weitere Bereiche, wie beispielsweise die Teams Informationstechnik, Fundraising, Medien & Recherche, Buchhaltung oder Nachlassverwaltung, die für den Verein tätig sind.



G

Geschäftsleitung

An einem normalen Tag laufen bei **Verena Richterich** Dutzende Vorgänge parallel: Abstimmungen mit Fachstellen, Prozessoptimierungen, Härtefallentscheidungen und vollkommen Unvorhersehbares wie eine Großereigniskoordinierung. Richterich gehört gemeinsam mit **Eike Eberle** zur Geschäftsleitung des WEISSEN RINGS. Sie verantwortet die Bereiche Ehrenamt, worunter beispielsweise Opferhilfe und Digitales Ehrenamt fallen, Personal, IT und interne Dienste wie die Logistik.

Besonders schwierig werde es in der Opferhilfe dort, wo Satzung, Gemeinnützigkeitsrecht und konkrete menschliche Schicksale aufeinandertreffen. „Das gibt es Momente, bei denen man merkt, wie hart solche Regelungen sein können“, sagt Richterich. „Unsere Aufgabe ist es, in dem gesteckten Rahmen Lösungen zu finden, um die konkreten Tatfolgen von Kriminalitätsoffern zu lindern.“

Lösungen müssen auch gefunden werden, um die ehrenamtliche Opferhilfe auf die neuen Herausforderungen zukunftsfähig aufzustellen. Richterich beschäftigt sich dabei mit Fragen wie: Welche Hilfsmöglichkeiten benötigen Betroffene in der heuti-

gen Zeit? Wie können digitale Lösungen helfen? Dahinter stecke viel Koordination: Arbeitsgruppen, Pilotprojekte, IT-Prozesse, digitale Fallakten, Qualitätssicherung. „Der konstruktive Austausch mit den ehrenamtlichen Mitarbeitenden – sei es im konkreten Einzelfall oder übergeordneten Strategie- und Optimierungsfragen – ist der tägliche Motivator für meine Arbeit“, sagt Richterich.

Eike Eberle setzt sich in einem anderen Bereich ein: Der Jurist verantwortet die Bereiche Recht, Finanzen und Öffentliches Eintreten. Auch sein Alltag besteht aus permanenter Gleichzeitigkeit. „Man kommt morgens mit einem Plan“, sagt Eberle. „Und meistens macht man dann doch etwas völlig anderes.“ Gesetzentwürfe zum Beispiel. Sobald Ministerien Referentenentwürfe verschicken, bleiben Verbänden oft nur wenige Wochen Zeit für Stellungnahmen. Aktuell beschäftigt den WEISSEN RING das geplante digitale Gewaltschutzgesetz. Dabei geht es um sexualisierte Deepfakes, Hassrede, Auskunftsansprüche gegen Plattformen und besseren Schutz von Betroffenen digitaler Gewalt. „Das Besondere daran ist, dass es gleichzeitig Strafrecht, Zivilrecht, Prävention und Opferschutz berührt“, sagt Eberle. Um darauf reagieren zu können, müsse Expertise aus unterschiedlichen Bereichen zusammengeführt werden. „Das muss am Ende alles in eine strukturierte, pointierte Position gebracht werden.“ Dass daraus manchmal reale politische Veränderungen entstehen, erlebt Eberle als Erfolg. Besonders deutlich beim Thema elektronische Fußfessel bei schwerer häuslicher Gewalt. „Wir haben diese seit Jahren gefordert.“ Heute ist daraus ein Gesetz geworden. Eberle verantwortet auch das Fundraising, das eine wichtige Säule des Vereins ist. „Der Verein finanziert sich ausschließlich durch Spenden, Mitgliedsbeiträge, Nachlässe und Geldauflagen, er erhält keinerlei staatliche Mittel. Diese finanzielle Unabhängigkeit ist dem Verein enorm wichtig“, sagt er. Damit dies auch so bleibe, baue er auf ein starkes Fundraising. Die Geschäftsführung, die an der Spitze der Geschäftsleitung steht, ist im Moment vakant. Die Suche nach einer Nachfolge von Bianca Biwer sei aber bereits auf dem Weg.

Die Entwicklung des Magazins

Kritisch von Beginn an

Erste Ausgabe erscheint 1978

Auf der Titelseite die Forderung nach einer Reform der Opferentschädigung. Im Innenteil Berichte über die Gründung der ersten Außenstelle und über Hilfe für die Frau und die elf Kinder eines getöteten Tankwarts. So sah die erste Ausgabe des Mitgliedermagazins aus, die am 20. Februar 1978, eineinhalb Jahre nach der Gründung des WEISSEN RINGS, erschien.

Optik und inhaltliche Schwerpunkte änderten sich im Laufe der Jahre, wesentliche Ziele blieben gleich: Betroffenen eine Stimme zu geben, auf Missstände hinzuweisen und konstruktive Vorschläge in die Debatte einzubringen, vor allem zu Opferhilfe und Prävention.



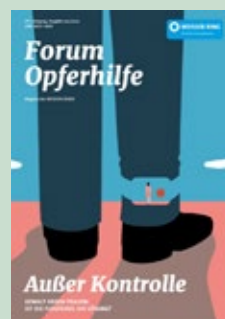
Neben den Mitgliedern erreicht das in der Satzung des Vereins verankerte Magazin unter anderem die meisten Bundes- und Landtagsabgeordneten, zudem Hochschulen, Gerichte und andere wichtige öffentliche Institutionen sowie Netzwerkpartner.

Neue Strategie

Seit 2020 setzt der WEISSE RING auf eine neue Kommunikationsstrategie. Dazu gehören tiefe, exklusive Recherchen der eigenen Redaktion, die von anderen Medien aufgegriffen werden und so noch größere Teile von Gesellschaft und Politik erreichen.

Medien greifen Beiträge auf

Im Jahr 2022 schaffte es der Report über Mängel bei der Opferentschädigung unter anderem in die Tagesschau. Auch Beiträge zum Aus des Fonds Sexueller Missbrauch, zu rechtsmotivierter Kriminalität oder zu rücksichtslosen True-Crime-Formaten wurden in den vergangenen Jahren bundesweit zitiert.



Preisgekrönt

Zu Beginn des Jahres 2025 bekam die Zeitschrift ein neues Design und einen neuen Namen: Aus „Forum Opferhilfe“ wurde WEISSER RING Magazin - um die Verbindung zum Verein und den „magazinigen“ Ansatz deutlich zu machen. Der setzt auf große Lesestücke und eine opulente, aber sensible Optik.

Ein preisgekröntes Konzept: Im Juni dieses Jahres erhielten die vier Ausgaben des Jahres 2025 die renommierte Auszeichnung des Art Directors Clubs in der Kategorie „Corporate Publishing Magazines“.

Text: Gregor Haschnik

Ein Hauch



von Start-up

Die neue GmbH setzt sich aus der Ehrenamtsakademie und dem Impact Campus zusammen: Während sich die Akademie auf die Ausbildung der Ehrenamtlichen konzentriert, soll der Impact Campus dem Verein neue Einnahmen bringen.

Text: Christiane Flemig
Foto: NÓI CREW

D

Das Projekt, das die Zukunft des WEISSEN RINGS mitgestalten soll, wird von einem weißen Ritter bewacht. Zugegeben, ein wenig Vorstellungsvermögen braucht es, um den Beschützer in dem abstrakten, bunten Gemälde erkennen zu können, das da weiß gerahmt in Ruth Neri's Büro in Mainz-Weisenau auf einem Aktenschrank steht. Aber dort, wo Neues entsteht, kann Fantasie nie schaden. „Da oben ist ein Kopf mit Helm. Hier ein Bäumchen.“ Neri deutet mit der Hand auf das Kunstwerk, das sie von einer Freundin geschenkt bekommen hat und das sie seit ihrem beruflichen Start begleitet. „Und was das ist, weiß ich auch nicht.“ Was Neri dafür aber umso genauer weiß: Bei der Aufgabe, die sie zu meistern hat, ist jede Unterstützung willkommen.

Zwei Säulen

Seit Juli 2025 ist Neri Geschäftsführerin der Perspektiv GmbH des WEISSEN RINGS. Die 58-jährige trägt halblanges braunes Haar, ist mit weißer Bluse und Sneakers sportlich-elegant gekleidet und hat ein Strahlen im Gesicht, wenn sie durch die neuen Büros in der Alexander-Diehl-Straße 2a in Weisenau führt. Das Team, das aus sieben Mitarbeitenden inklusive Geschäftsführerin besteht, ist gerade eingezogen und hat jetzt seine eigenen Räumlichkeiten. Alles fühlt sich nach Aufbruch an, als würde hier ein kleines Start-up entstehen. Und eigentlich ist genau das der Fall. Denn seit gut einem Jahr arbeitet diese kleine Gruppe daran, die Perspektiv GmbH auf Zukunftskurs zu bringen. Die GmbH, die dem Verein neue Einnahmen bringen soll, setzt sich aus zwei Säulen zusammen: Zum einen gibt es die Akademie für die Ausbildung der ehrenamtlichen Mitarbeitenden. „Hier wird sich nichts ändern“, so Neri. „Die Qualität und das Angebot

werden weiter so bestehen bleiben wie bisher.“ Zum anderen wird es bald den sogenannten Impact Campus geben, der Trainings für Unternehmen und Social Business vereint.

Dieser Name sei nicht zufällig gewählt, so Neri: „Wir haben ein Wort gesucht, das man als Namen in der Wirtschaft schnell versteht. Einen Campus stellt man sich wie eine Hochschule oder Universität vor.“ Dazu passe das, was im wirtschaftlichen Bereich geplant sei: „Auf einem Campus gibt es auch ein Café oder einen Buchladen oder einen Shop. Hier können Veranstaltungen und Kooperationen stattfinden.“ Mit neuen Angeboten möchte sie die Wirkung des WEISSEN RINGS vergrößern – den Impact sozusagen, daher der zweite Teil des Namens. Das geht nicht alles auf einmal, das Angebot soll Stück für Stück erweitert werden.

Trainings für Unternehmen

Auf der Internetseite, die in diesem Sommer online geht, werden als Erstes die Trainings für Firmen zu finden sein: zum Beispiel zu Themen wie Zivilcourage, Mobbing oder Umgang mit sexualisierter Gewalt am Arbeitsplatz. „Es wird außerdem Trainings im Bereich Resilienz geben, um gestärkt im Umgang mit Betroffenen zu sein. Da spielen opfersensible Kommunikation und Selbstfürsorge eine Rolle. Und wir richten uns auch an Unternehmen, bei denen etwas vorgefallen ist und die anlassbezogene Unterstützung brauchen. Solche Anfragen hatten wir in der Vergangenheit häufig“, sagt Neri. Zielgruppen sind Führungskräfte, Betriebsräte oder auch die gesamte Belegschaft.

Die Auswahl der Trainings baut auf der Erfahrung der vergangenen Jahre auf. Gemeinsam mit ehrenamtlichen Mitarbeitenden und Referierenden, die bereits für die Ehrenamtsakademie tätig sind, hat das Team die Kurse entwickelt, die jetzt vertrieben werden. „Unser wichtigstes Alleinstellungsmerkmal sind die Werte des Vereins, wie Solidarität und Menschlichkeit, die Perspektive und vor allem die Expertise des WEISSEN RINGS“, betont Neri. Im Moment bestehe das Trainer-Team aus sechs Personen. „Damit können wir verlässlich

starten. Wenn jetzt eine riesige Nachfrage kommt, müssen wir reagieren, aber das schaffen wir auch, weil die Konzepte fertig sind“, erklärt Neri.

Das Social Business

Nicht nur Trainings seien für Unternehmen relevant, sondern auch Kooperationen mit dem WEISSEN RING. „Da Themen wie häusliche oder sexualisierte Gewalt leider Alltag sind, bin ich sicher, dass wir Unternehmen finden, die gern mit uns zusammenarbeiten wollen, beispielsweise im Rahmen einer Kampagne.“

Eine andere Idee sind sogenannte Social Days bei Firmen. „Wir könnten in diesem Rahmen Workshops für Mitarbeitende anbieten.“ Als Beispiel nennt sie ein Projekt aus ihrer vorherigen Tätigkeit bei der DKMS LIFE, deren Zweck es war, das Selbstwertgefühl und damit die Gesundheit von Krebspatientinnen zu stärken: „Wir waren damals bei L'Oréal und haben zusammen mit deren Mitarbeitenden Armbänder für Brustkrebspatientinnen geknüpft, die wir dann weitergegeben haben. Das kam super an.“

Ausblick

Bei allem, was sie tut, hat Neri die Zahlen im Blick. Ihr Ziel sei es, dass sich das Unternehmen in drei Jahren selbst trägt und Gewinne bringt. So ist es auch vom Verein vorgegeben. Und ansonsten, sagt Ruth Neri, „freue ich mich einfach, dass die Akzeptanz für die GmbH, bei der das Ehrenamt anfangs kritisch war, weiter wächst. Denn ohne das Ehrenamt gäbe es den Verein nicht, auch nicht die Akademie und den Impact Campus. Das Ehrenamt ist aus meiner Sicht der größte Schatz des Vereins. Wir profitieren von dieser Reputation und werden die Ehrenamtlichen auch bei uns einbinden.“

Die Geschäftsführerin versteht sich als Ideen- und Impulsgeberin, das möchte sie auch bei ihrem Team und im Ehrenamt fördern. „Wenn etwas nicht gelingt, versuch ich's einfach nochmal und dann nochmal“, so Neri. „Ich darf daran teilhaben, etwas bewegen, das ist doch Glück pur.“

Jahrgang 1968,
ist seit 2025 an
der Spitze der
WEISSER RING
Perspektiv GmbH.
Zuvor war sie
Geschäftsführerin
der DKMS LIFE.

Ein
Anruf
bei ...

! ... Jörg Ziercke

Interview:
Kays Al-Khanak

Foto:
NÓI Crew



Wie sicher ist Deutschland – und wie hat sich Kriminalität verändert? Jörg Ziercke, früherer Präsident des Bundeskriminalamtes, spricht über die Gefahr durch Cyberkriminalität, unterschätzte Delikte wie Gewalt gegen Frauen sowie Lücken beim Schutz und bei der Versorgung von Opfern.

Herr Ziercke, welche Formen von Kriminalität haben sich in den vergangenen Jahrzehnten besonders stark verändert?

Die größten Veränderungen gibt es bei der Cyberkriminalität. Dazu zählen Betrug, Androhung von Gewalt, Verbreitung von Kinderpornografie, Hass und Hetze in Sozialen Medien und Angriffe auf die digitale Infrastruktur von Unternehmen. Eine Zunahme gibt es auch bei der internationalen Organisierten Kriminalität, bei Geldwäsche, Gewalt gegenüber Frauen in Partnerschaften sowie bei den betrügerischen Versprechen gegenüber älteren Menschen am Telefon.

Warum ist Cyberkriminalität so schwer zu bekämpfen?

Die Cyberkriminellen agieren global. Digitale Kriminalität ist entgrenzte Massenkriminalität. Im Gegensatz dazu sind polizeiliche oder justizielle Rechtshilfeersuchen bei Ermittlungen gegen Verdächtige im Ausland ein bürokratisches und zeitintensives Vorhaben. Ohne eine mehrmonatige Speicherung der IP-Adressen bei den Providern sind Ermittlungen im In- und Ausland in der Regel erfolglos. Wegen der geringen Anzeigebereitschaft bei Cyberangriffen gibt es ein riesiges Dunkelfeld von rechtswidrigen Cyberattacken und seit einiger Zeit eine hybride Bedrohung im Cyberraum durch fremde Staaten. Die Nutzung der Künstlichen Intelligenz verschärft die Lage zusätzlich.

Sind deutsche Sicherheitsbehörden technisch und personell auf diese Entwicklung eingestellt?

Das BKA und alle Landeskriminalämter haben sich spezialisiert und arbeiten untereinander eng zusammen. Zusätzlich führt das Bundesamt für Sicherheit in der Informationstechnik (BSI) die zentrale Zertifizierungs- und Informationsstelle von Bund und Ländern. Aktuelle Lagebilder über Cyberkriminalität und konkrete Warnmeldungen bei Cyberattacken richten sich an Bevölkerung und Unternehmen in Deutschland. Das Nationale Cyberabwehrzentrum von BKA, BSI und Bundesnachrichtendienst – auch in Verbindung mit vielen staatlichen Partnern im Ausland – soll Cyberangriffe frühzeitig erkennen

und bekämpfen. ZIVIS, die Zentralstelle für IT im Sicherheitsbereich, unterstützt bei der Entschlüsselung und Entwicklung von Werkzeugen im Rahmen der digitalen Forensik.

Viele Menschen glauben, Deutschland sei unsicherer geworden. Woher kommt dieses Gefühl?

Man muss differenzieren: Das Sicherheitsgefühl oder Sicherheitsempfinden ist in Deutschland regional und sozial ungleich verteilt. Es beeinflusst individuelles Verhalten, Lebensqualität, Konsumverhalten und kann abhängig sein vom persönlichen Gesundheitszustand, von einem niedrigen Einkommen, von Arbeitslosigkeit oder individuellen Schicksalsschlägen. Natürlich steht es auch mit der realen Kriminalität im Zusammenhang – insbesondere, wenn man selbst Opfer geworden ist.

Welche Rolle spielen dabei Soziale Medien?

Soziale Medien können das allgemeine Sicherheitsgefühl positiv oder negativ beeinflussen, etwa durch frei Haus gelieferte Nachrichten über Kriminalitätsformen aus aller Welt. Konkrete Risiken entstehen durch Desinformation, Datenmissbrauch, Cybergrooming sowie Hass und Hetze. Dadurch eskalieren Angst und Verunsicherung bei den Menschen, die Soziale Medien konsumieren.

In der Polizeilichen Kriminalstatistik hieß es zuletzt, Deutschland sei insgesamt sicherer geworden.

Die Kriminalstatistik weist nur die durch die Polizei registrierten Straftaten aus. Das sogenannte Dunkelfeld ist in der Regel ein Vielfaches der angezeigten Straftaten. Die Anzeigebereitschaft ist stark vom Vertrauen der Menschen in die Demokratie und die Polizei abhängig. Deutschland ist im Vergleich mit anderen Staaten immer noch ein sicheres Land. Medien und Politik sollten sachlich aufklären, damit die Wahrnehmung von Kriminalität und der tatsächlichen Lage nicht auseinanderdriften. Deutschland nimmt bei einem weltweiten Vergleich von 160 Staaten mit einer relativ niedrigen Kriminalitätsrate Platz 116 ein. Allerdings schneiden Staaten wie Japan, Norwegen oder Island viel besser ab.

Zur Person

Jörg Ziercke, Jahrgang 1947, war von 2004 bis zu seinem Eintritt in den Ruhestand im Jahr 2014 Präsident des Bundeskriminalamtes und damit der oberste Polizist Deutschlands. Seit 2012 engagiert er sich im WEISSEN RING, unter anderem als dessen Bundesvorsitzender zwischen 2018 und 2022, und bis zuletzt als Ehrenvorsitzender.

„Die Cyberkriminellen agieren global. Digitale Kriminalität ist entgrenzte Massenkriminalität.“

Zu den größten Herausforderungen in Deutschland zählt die Organisierte Kriminalität. Wie können Ermittlungsbehörden dem besser entgegenwirken?

Entscheidend ist einerseits die internationale Zusammenarbeit über Europol und Interpol. Andererseits müssen die rechtlichen Instrumente wie Beweislastumkehr und Vermögenseinziehung in Deutschland geschärft werden.

Welche Kriminalitätsformen werden Ihrer Ansicht nach unterschätzt?

Das trifft auf Gewalt gegen Frauen in Partnerschaften, Femizide, sexuellen Missbrauch von Kindern, Menschenhandel und Ausbeutung von Frauen sowie Schleusungskriminalität zu. Das gilt aber auch für die Wirtschaftskriminalität mit enormen Schäden.

Warum erhalten diese Themen Ihrer Ansicht nach noch immer zu wenig öffentliche Aufmerksamkeit?

Das große Dunkelfeld dieser Deliktsformen entsteht durch eine relativ geringe Anzeigebereitschaft. Nur circa fünf Prozent dieser Delikte, so wird geschätzt, werden angezeigt. Grund dafür ist die Tabuisierung der Gewalt und bei Sexualdelikten die Angst und Scham vor einer Stigmatisierung der Opfer und ihrer Familie. Sehr oft sind Familienmitglieder oder Partner die Täter. Diese starken Abhängigkeiten führen zu einer verzerrten Darstellung in der Statistik, insbesondere auch im Hinblick auf bestimmte gesellschaftliche Schichten oder die nationale Herkunft. Tatsächlich sind alle Schichten und Nationalitäten betroffen.

Wird das Auftreten von Frauen wie Gisèle Pelicot, die von sexueller Gewalt betroffen sind, daran etwas ändern?

Mutige Frauen haben ihre Scham überwunden und öffentlich mit großer Resonanz von der Scham gesprochen, die die Seite wechseln muss. Dieser Impuls muss zu einer besseren Finanzierung und Versorgung von Frauenhäusern führen. Der

Flickenteppich in Deutschland zwischen Stadt und Land muss endlich beseitigt werden. Für den Schutz und die Beratung von Opfern besteht bereits ein gesetzlicher Anspruch.

Inwieweit können strengere strafrechtliche Regelungen, etwa bei digitaler Gewalt oder durch die Einstufung von Femiziden als Mord, tatsächlich zu mehr Schutz für Frauen beitragen?

Ob schärfere Gesetze die Lage in Deutschland tatsächlich ändern können, ist sehr umstritten. Höhere Strafen können aber eine abschreckende Wirkung haben. Voraussetzung ist eine Strafanzeige. „Hinsehen statt Wegsehen“ sollte die Devise für alle heißen. Fast jeden Tag wird in Deutschland eine Frau in einer Partnerschaft getötet. Der WEISSE RING hat sich schon seit Langem für eine elektronische Fußfessel für gewalttätige Männer nach dem erfolgreichen spanischen Modell ausgesprochen. Richtliche Näherungsverbote reichen nicht aus. Gleichzeitig muss der Ausbau der Schutzangebote wie Frauenhäuser erfolgen.

Wie steht es generell um die Gewaltbereitschaft in der Gesellschaft?

Sie nimmt zu, und das ist ein ernst zu nehmendes Problem. Obwohl Gewaltverbrechen nur einen Anteil von vier Prozent an der Gesamtkriminalität haben, erschüttern sie das Sicherheitsgefühl der Menschen weitaus stärker als Diebstahl und Betrug.

Welche gesellschaftlichen Entwicklungen tragen zu dieser Situation bei?

Bei einem Blick auf soziale und psychologische Faktoren fallen die emotionale Vernachlässigung, der Leistungs- und Konkurrenzdruck sowie die Identitätskrisen bei Jugendlichen auf. Im Bereich der politischen und ideologischen Polarisierung haben wir es mit einem Anstieg der Hassdelikte und einer wachsenden Politikverdrossenheit sowie extremistischen Einstellungen und Taten zu tun.

Welche präventiven Maßnahmen halten Sie für besonders wirksam?

Es ist ein vielschichtiger und langfristiger Präventionsansatz gegen Kriminalität zum Schutz von Opfern erforderlich. Stichworte dazu sind die Stärkung von Respekt und

Zivilcourage, frühkindliche Förderung und der Ausbau der Sozial- und Integrationsarbeit. Schulische Gewaltprävention, auch mit Unterstützung der Polizei, gehört genauso dazu wie Medienkompetenz für Jugendliche. Aber auch Deeskalationstraining und bei Fehlverhalten konsequente Sanktionen.

Sie kennen aus Ihrer Arbeit beim BKA und beim WEISSEN RING sowohl die Perspektive der Ermittler als auch die der Opfer. Wie hat das Ihre Sicht auf Kriminalität verändert?

Die polizeiliche Arbeit lässt dem Ermittler nur wenig Zeit, sich nach einer Straftat um die Sorgen und Nöte eines Opfers zu kümmern. Der WEISSE RING mit seinen vielen ehrenamtlichen Helferinnen und Helfern füllt eine Lücke aus, die der Staat nicht füllen kann. Die menschliche Zuwendung ist die größte Ressource des WEISSEN RINGS. Deshalb bin ich Mitglied geworden und habe mich in meiner Zeit als Bundesvorsitzender für die Opferarbeit auch auf der politischen Ebene engagiert.

Was sind für Sie die größten Errungenschaften des WEISSEN RINGS in seiner 50-jährigen Geschichte?

Ohne Zweifel unser hervorragendes Image in der Bevölkerung und das flächendeckende Hilfesystem von fast 3.000 ehrenamtlichen Helferinnen und Helfern in circa 400 Außenstellen in ganz Deutschland. Hinzu kommt unsere große finanzielle Unabhängigkeit. Wir erhalten keine staatlichen Zuschüsse, finanzieren uns durch Spenden, Mitgliedsbeiträge, Erbschaften, Vermächtnisse und Zuweisungen von Geldbußen durch Gerichte. Ein dreistelliger Millionenbetrag ist so in den vergangenen 50 Jahren an die Opfer ausgeschüttet worden, darunter unbürokratische Soforthilfen. Neben der Opferhilfe widmet sich der WEISSE RING intensiv der Prävention von Kriminalität, betreibt Aufklärungsarbeit und unterstützt Forschungsprojekte.

Was wurde auf der politischen Ebene erreicht?

Zahlreiche Initiativen zu Gesetzesänderungen zum Wohle der Opfer in den vergangenen Jahrzehnten sind auf den WEISSEN RING zurückzuführen. Zu erwähnen sind

auch der Einsatz bei der Reform der Opferentschädigung mit dem neuen SGB XIV oder die langjährige Forderung nach einer elektronischen Fußfessel für Täter Häuslicher Gewalt, was aktuell umgesetzt wird.

Wo sehen Sie aktuell die größten Lücken beim Schutz und bei der Versorgung von Kriminalitätsopfern?

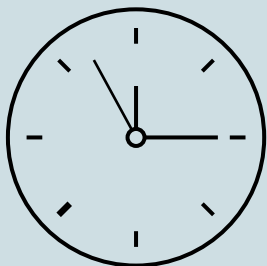
In den Ländern mangelt es immer noch an einer guten, flächendeckenden Versorgung mit Traumaambulanzen. Auch sind staatliche Beratungsstellen in Stadt und Land unterschiedlich verteilt, in Frauenhäusern fehlen Plätze. Es gibt zu lange Wartezeiten bei der Psychotherapie. Auch bei männlichen Tätern fehlen Therapieplätze. Hinzu kommen bürokratische Hürden bei Entschädigungen nach dem SGB XIV. Genauso dringlich ist es, die enormen Belastungen durch die Beweislast bei den gesundheitlichen Folgen der kriminellen Tat, die heute noch bei den Opfern liegt, ausdrücklich in einen Vertrauensvorschuss des Staates gegenüber Opfern umzuwandeln.

Herr Ziercke, glauben Sie, dass es jemals eine Gesellschaft geben kann, in der Opferhilfe nicht mehr gebraucht wird?

Rein theoretisch könnte es so sein. Aber das ist sehr unrealistisch, weil in jeder Gesellschaft Menschen leben, die Grenzen bewusst überschreiten und andere zum eigenen Vorteil schädigen wollen. Gesellschaften ohne Gewalt gibt es daher nicht. Das heißt, dass Opferarbeit immer erforderlich sein wird. Die Arbeit des WEISSEN RINGS dient auch der Gerechtigkeit und dem sozialen Frieden. Unsere Rolle bei der persönlichen Prozessbegleitung im Strafverfahren, unsere finanziellen Hilfen für Opfer und unsere menschliche und professionelle Unterstützung und Zuneigung kann der Staat in dieser Form nicht leisten. Auch die Polizei nicht.

„Gesellschaften ohne Gewalt gibt es [...] nicht. Das heißt, dass Opferarbeit immer erforderlich sein wird.“

Hilfe in Zahlen

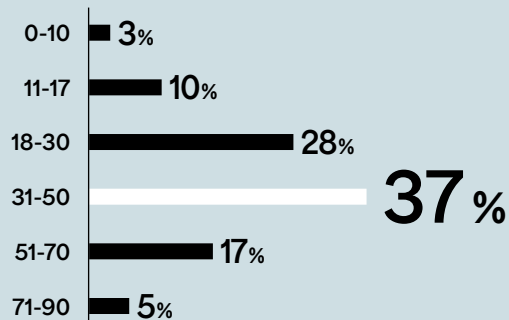


Seit Gründung in 2009

2.364.947

Minuten Beratung am Opfer-Telefon
des WEISSEN RINGS

Alter der Opfer



Die ehrenamtlichen Mitarbeitenden
sind im Durchschnitt 55,2 Jahre alt.

Ehrenamtliche Mitarbeitende

669
junge Menschen (< 35 Jahre)

2.882
in den Außenstellen

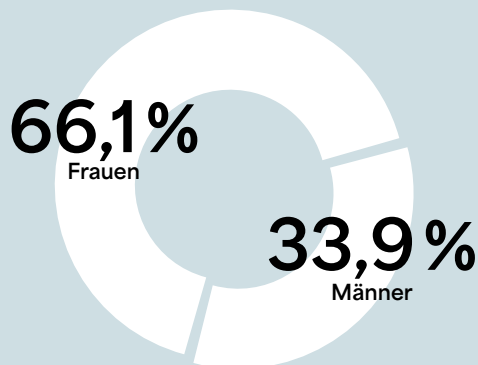
41
in der Onlineberatung

110
am Opfer-Telefon

29
Berater Digitale Außenstelle

3.085

Menschen arbeiten
beim WEISSEN RING im
Ehrenamt



Häufigste soziale und
berufliche Rollen
bei Antritt des Ehrenamts:



Studium



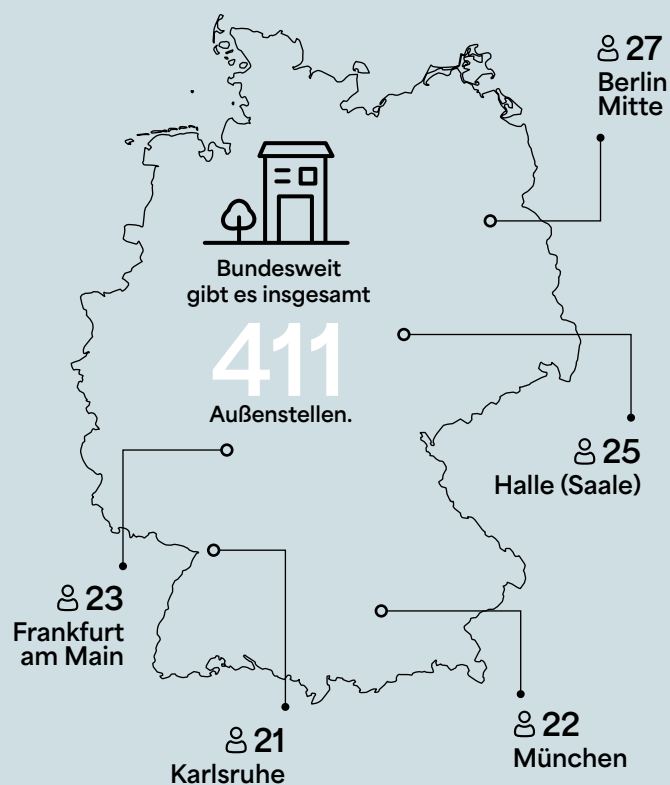
Rente



Polizei

Recherche: Maike Küffer Text: Kays Al-Khanak
Grafik: Philipp Schubel, Luka Schlage / twotype design

Größte Außenstellen



Die 3 häufigsten Delikte



Opfer und Opferhilfen

In 50 Jahren
WEISSER RING wurden

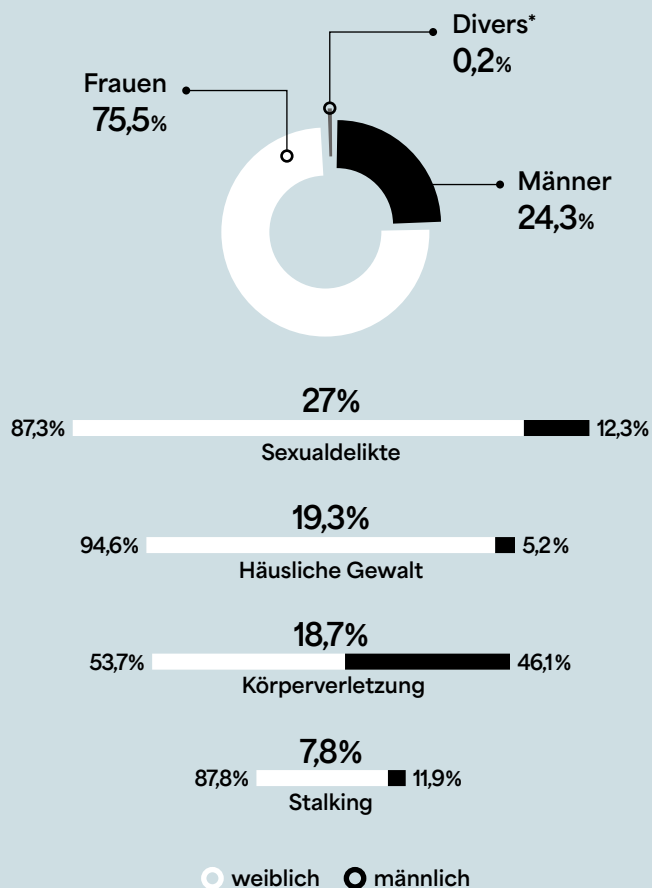
683.859

Opfer inklusive Opfer-Telefon und
Onlineberatung betreut.

169.832.996 €

wurden dabei an
Opferhilfen ausgezahlt.

Geschlecht der Opfer



* Seit Ende 2018 wird „divers“ als dritte Geschlechtsangabe in den Opferunterlagen des WEISSEN RINGS erfasst.

„Unser Rechtsstaat muss für



Foto: Felix Zahn / photothek.de

Bundesjustizministerin Stefanie Hubig spricht im Interview mit dem WEISSER RING Magazin über häusliche und digitale sexualisierte Gewalt, über Menschenhandel, Schutzmöglichkeiten wie die elektronische Fußfessel – und darüber, was sie während ihrer Zeit als Staatsanwältin und Richterin über Betroffene gelernt hat.

Interview:
Gregor Haschnik

F

Frau Dr. Hubig, Fachorganisationen bewerten die Einführung der elektronischen Fußfessel nach spanischem Modell überwiegend positiv, kritisieren aber beispielsweise, es fehle an einer Gesamtstrategie gegen häusliche Gewalt und an Mitteln, um Hochrisikofälle zu erkennen. Welche weiteren Schritte planen Sie konkret, und wann werden diese umgesetzt?

Die elektronische Fußfessel ist natürlich nur eine Maßnahme von vielen, mit denen wir den Schutz vor häuslicher Gewalt verbessern. Zum Beispiel wollen wir auch die Unterstützung der Opfer vor Gericht verbessern: Betroffene von häuslicher Gewalt sollen im Strafprozess eine psychosoziale Prozessbegleitung in Anspruch nehmen können. Für viele Betroffene ist ein Strafprozess enorm belastend. Eine professionelle Unterstützung kann helfen, Ängste abzubauen und ihnen den Weg durch das Verfahren zu erleichtern. Ein entsprechender Gesetzentwurf befindet sich schon im parlamentarischen Verfahren.

Zur Person

Dr. Stefanie Hubig (SPD) ist seit Mai 2025 Bundesministerin der Justiz und für Verbraucherschutz. Von 2016 bis 2025 war sie Bildungsministerin in Rheinland-Pfalz. Hubig arbeitete von 1996 bis 2000 als Richterin am Landgericht Ingolstadt sowie als Staatsanwältin bei der Staatsanwaltschaft Ingolstadt. Anschließend wechselte sie als Referentin ins Bundesministerium der Justiz.

Opfer noch mehr tun“

„Ich habe erlebt, dass nicht nur die Tat selbst, sondern auch ein Gerichtsverfahren für Betroffene sehr belastend sein kann.“

Was noch?

Weitere wichtige Vorhaben betreffen das Familienrecht. Künftig ist klar: Wenn es zwischen Eltern Gewalt gibt, dann kann das zur Folge haben, dass der Gewalttäter sein Sorge- und Umgangsrecht verliert. Kinder leiden nicht nur unter Gewalt, die sie selbst erleben. Auch das Miterleben von Gewalt zwischen den Eltern kann schwere Folgen haben. Im Scheidungsrecht soll künftig gelten: Wenn es zu häuslicher Gewalt kommt, dann muss das Trennungsjahr vor der Ehescheidung nicht eingehalten werden. Und wir wollen das familiengerichtliche Verfahren besser auf das Ziel des Gewaltschutzes ausrichten.

Wie ist der aktuelle Stand?

Auch hier gibt es bereits fertige Gesetzentwürfe. Wir befinden uns gerade noch in der Länder- und Verbändeanhörung. Wir arbeiten außerdem an einem Gesetzentwurf, mit dem der Mordparagraph präziser gefasst werden soll: Tötungen aus geschlechtsspezifischen Motiven sollen ganz klar als Mord zu bestrafen sein. Maßnahmen gegen häusliche Gewalt planen wir außerdem im Mietrecht: Für die Betroffenen soll es leichter sein, aus einem Mietvertrag mit dem Täter entlassen zu werden. Auch hier bereiten wir gerade einen Vorschlag vor. Klar ist: Häusliche Gewalt ist in Deutschland ein großes gesellschaftliches Problem. Jedes Jahr erleben Zehntausende Frauen in Deutschland körperliche, psychische und sexuelle Gewalt. Deshalb reicht eine einzelne Maßnahme nicht aus. Wir brauchen ein umfassendes Paket – von besserem Opferschutz über wirksame Prävention bis hin zu konsequenter Strafverfolgung. Gleichzeitig ist die gesamte Gesellschaft gefordert, hinzusehen und Gewalt nicht zu ignorieren. Mit einer Aufklärungskampagne wollen wir dafür sensibilisieren.

Der WEISSE RING fordert die Möglichkeit, die Fußfessel als strafrechtliche Sanktion anzuordnen: Das familiengerichtliche Gewaltschutzverfahren sei nur selten geeignet, die Voraussetzungen für die Fessel festzustellen. Die Befristung auf sechs Monate mit der Option, um drei Monate zu verlängern, werde der Gefahrenkonstellation in vielen Fällen nicht gerecht, so der Fachbeirat des WEISSEN RINGS. Die Praxis zeige zudem, dass die Familiengerichte bei Verstößen zwar eine erneute Gewaltschutzanordnung erlassen, aber so gut wie nie eine Anzeige gemäß § 4 Gewaltschutzgesetz bei der Staatsanwaltschaft erstatten.

Ich bin überzeugt davon, dass die Verankerung der elektronischen Fußfessel im Gewaltschutzgesetz einen echten Mehrwert bietet. An den Familiengerichten sind exzellent ausgebildete Juristinnen und Juristen tätig. Ich bin zuversichtlich, dass die Familiengerichte schnell ein Verständnis für das neue Instrument entwickeln werden. Wichtig ist außerdem: Schon nach geltendem Recht kann eine elektronische Fußfessel auch von anderen Stellen angeordnet werden. Viele Landespolizeigesetze sehen vor, dass die Polizei eine Fußfessel anordnen kann – auch zum Schutz vor häuslicher Gewalt. Und auch im Rahmen der strafrechtlichen Führungsaufsicht ist die Anordnung der elektronischen Fußfessel bereits möglich.

Nachdem die Moderatorin und Schauspielerin Collien Fernandes, die von digitaler sexualisierter Gewalt betroffen ist, an die Öffentlichkeit gegangen ist, wird intensiv darüber diskutiert. Sie haben ein Gesetz auf den Weg gebracht, das unter anderem nicht nur die Verbreitung, sondern auch die Herstellung ungewollter echter sowie gefälschter Sex-Videos unter Strafe stellt. Weshalb glauben Sie, dass das Gesetz ein wirksames Mittel ist? Kritiker sagen, der Entwurf sei zu kleinteilig. Stattdessen müsse grundsätzlich klargestellt werden, ab wann sexualisierte Darstellungen strafbar sind. Und Fernandes selbst hat kürzlich das ihrer Ansicht nach viel zu geringe Strafmaß kritisiert.

Digitale Gewalt hat erschreckende Ausmaße angenommen. Der Rechtsstaat muss darauf reagieren und klare Grenzen setzen. Wer sexualisierte Inhalte ohne Zustimmung erstellt oder verbreitet – egal ob echte Aufnahmen oder Deepfakes – muss mit strafrechtlichen Konsequenzen rechnen. Das vorgesehene Strafmaß ist aus meiner Sicht angemessen: Eine Freiheitsstrafe bis zu zwei Jahren ist sicherlich nicht zu milde, wenn man sich vergleichbare Straftatbestände ansieht. Wir dürfen außerdem nicht vergessen: Es geht dabei immer nur um die Strafe für eine einzelne Tat. Wenn jemand mehrere Taten begeht, kann die Strafe selbstverständlich höher sein.

Im Koalitionsvertrag schreiben Union und SPD unter anderem, Plattformen sollen Schnittstellen zu Strafverfolgungsbehörden bereitstellen, damit relevante Daten schnell abgerufen werden können. Wann schafft die Bundesregierung es endlich, die Anbieter spürbar in die Pflicht zu nehmen?

Wir haben hier schon einen riesigen Fortschritt erzielt. Die Strafverfolgungsbehörden können sich nun elektronische Beweismittel direkt bei ausländischen Plattformanbietern holen. Wir begrüßen, dass die Europäische Kommission die klaren Regeln für Plattformbetreiber zunehmend durchsetzt. Und auch mit dem Gesetz gegen digitale Gewalt wollen wir die Plattformen stärker in die Pflicht nehmen.

Viele Täter verstecken sich im Netz hinter Fantasienamen. Weshalb lehnen Sie die Klarnamenpflicht, wie sie etwa der frühere Bundesverfassungsgerichtspräsident Andreas Voßkuhle fordert, dennoch ab? Und was halten Sie von einer Pflicht für Plattformbetreiber, die wahre Identität der Nutzer zu prüfen, etwa per Ausweis?

Es gibt viele gute Gründe, warum sich Menschen im Netz nur anonym oder unter Pseudonym äußern wollen. Beispielsweise kann Anonymität im Netz für gewaltbetroffene Frauen wichtig sein. Gleichzeitig müssen Straftäter im Netz identifiziert werden können. Deshalb setzen wir auf wirksame Ermittlungsinstrumente durch die Speicherpflicht von IP-Adressen, statt auf eine allgemeine Klarnamenpflicht.

„Aus meiner Sicht sprechen gute Gründe dafür, den Grundsatz ‚Nur Ja heißt Ja‘ auch im deutschen Sexualstrafrecht zu verankern.“

In vielen EU-Staaten ist Sex ohne ausdrückliche Zustimmung Vergewaltigung, gemäß dem Grundsatz „Nur Ja heißt Ja“. Die Grünen fordern ein entsprechendes Gesetz auch für Deutschland. Ihr Koalitionspartner, die Union, war zuletzt dagegen, und Sie haben früher Bedenken geäußert. Weshalb?

Das ist so nicht richtig. Aus meiner Sicht sprechen gute Gründe dafür, den Grundsatz „Nur Ja heißt Ja“ auch im deutschen Sexualstrafrecht zu verankern. Im Koalitionsvertrag haben wir das zwar nicht vereinbart. Aber das muss nicht das letzte Wort sein. Mit unserem Koalitionspartner sind wir uns bereits einig, dass wir den Vorstoß der EU unterstützen, eine Nur-Ja-heißt-Ja-Regelung zumindest im Hinblick auf Jugendliche einzuführen. Wie wir die europäischen Vorgaben in nationales Recht umsetzen, werden wir nach Abschluss der Verhandlungen zur Richtlinie entscheiden. Wenn wir in andere Länder schauen, die das Prinzip Nur-Ja-heißt-Ja bereits geregelt haben, sehen wir jedenfalls, dass es funktioniert.

Cyberkriminalität wird zu einem immer größeren Problem. In unserer Titelseite des vergangenen WEISSER RING Magazins haben Fachleute kritisiert, dass Datendelikte wie Computersabotage oder Datenhehlerei großen Schaden anrichten könnten, aber als weniger schwer gelten. Bei vielen digitalen Delikten handele es sich nach wie vor um Vergehen, nicht um Verbrechen. Entsprechend eingeschränkt seien mögliche Maßnahmen. Ein erfahrener Ermittler sagte uns: „Zugespitzt formuliert: Um einen Kaugummidiebstahl aufzuklären, bekommt man auch

„Opfer von Menschenhandel werden häufig förmlich dazu gezwungen, selber Straftaten zu begehen.“

nicht die Erlaubnis, Überwachungsmaßnahmen zu starten.“ Eine weitere Hürde im Kampf gegen Verbrechen sei die Tatsache, dass die Justiz bei der Digitalisierung hinterherhink.

Cyberkriminalität entwickelt sich rasant weiter. Deshalb brauchen Polizei und Justiz effektive Ermittlungsinstrumente auch im Netz. Gleichzeitig gilt: Auch im digitalen Raum müssen Freiheitsrechte gewahrt bleiben. Nicht alles, was die Technik hergibt, ist in einem Rechtsstaat erlaubt. Wir haben in den vergangenen Wochen wichtige Weichen gestellt, um die Strafverfolgung im digitalen Raum besser aufzustellen. IP-Adressen sind oft die einzige Spur, die Täter im digitalen Raum hinterlassen. Künftig müssen Internetanbieter diese Daten drei Monate speichern. Darauf können Strafverfolgungsbehörden dann grundsätzlich bei allen internetbezogenen Straftaten zugreifen. Auch für den Einsatz von KI-Tools und den Online-Bildabgleich wollen wir gesetzliche Grundlagen schaffen. Und natürlich prüfen wir, welche weiteren Maßnahmen notwendig sind. Auch und gerade bei der Strafverfolgung im digitalen Raum müssen wir aber stets auf die Wahrung der Freiheitsrechte achten.

Die Digitalisierung spielt auch bei Menschenhandel eine wichtige Rolle, etwa bei der Anwerbung und Überwachung der Betroffenen. Eine Länderumfrage unseres Magazins hat ergeben, dass nur sehr wenige Fälle von Menschenhandel verurteilt werden. Zu den Gründen zählen schwer nachweisbare Paragrafen und eine geringe Aussagebereitschaft der Betroffenen, auch weil das Non-Punishment-Prinzip kaum zur Anwendung kommt. Was wollen Sie dagegen unternehmen?

Wir haben vor Kurzem im Kabinett eine Reform der Strafvorschriften zur Bekämpfung des Menschenhandels beschlossen. Menschenhandel ist brutale Ausbeutung. Auch Deutschland ist vielfach Tatort. Wir müssen im Kampf gegen diese menschenverachtende Form der Kriminalität noch besser werden. Ich bin zuversichtlich, dass das mit unserer Reform gelingen wird. Vor allem auch der Beweis des Menschenhandels wird mit den neuen Strafvorschriften einfacher werden. Auch das Non-Punishment-Prinzip nehmen wir sehr ernst. Opfer von Menschenhandel werden häufig förmlich dazu gezwungen, selber Straftaten zu begehen. Der Rechtsstaat darf für diese Zwänge nicht blind sein. Wir wollen in der Strafprozessordnung deshalb eine zusätzliche Möglichkeit schaffen, das Strafverfahren gegen Opfer von Menschenhandel und Ausbeutung einzustellen. Es geht hier vor allem darum, die Sichtbarkeit des Non-Punishment-Prinzips zu erhöhen. Anerkannt ist es in Deutschland bereits heute.

Immer wieder werden schwere Straftaten mit Alltagsgegenständen verübt, etwa mit Autos, wie zum Beispiel bei der jüngsten Amokfahrt in Leipzig. Haben Sie neben der Ende 2025 angekündigten Verschärfung des Strafrechts weitere Pläne in diesem Bereich? Wenn ja, welche?

Die Regelungen sind bereits im April in Kraft getreten. Wir haben ausdrücklich geregelt, dass auch die Vorbereitung von Anschlägen mit Alltagsgegenständen wie Autos oder Messern eine Straftat ist. Wir schauen uns genau an, ob es weiteren Regelungsbedarf gibt. Natürlich ist das Strafrecht kein Allheilmittel – wichtig ist, dass es gar nicht erst zu solchen Taten kommt, zum Beispiel durch entsprechende Sicherheitskonzepte.

Zuletzt waren eine Million Strafverfahren offen – ein Negativrekord. Der Deutsche Richterbund führt dies auf einen eklatanten Personalmangel zurück. Ihren Gesetzentwurf gegen digitale sexualisierte Gewalt begrüßte der DRB – betonte aber, die Umsetzung würde durch die Personalprobleme gefährdet. Was antworten Sie darauf, und wie wollen Sie Abhilfe schaffen?

In einem Rechtsstaat darf es Gerechtigkeit und Strafverfolgung nicht nach Kassenlage geben. Der Rechtsstaat muss für alle spürbar funktionieren – jeden Tag. Dazu braucht es effektive Strafvorschriften. Und es braucht natürlich auch eine gut ausgestattete Justiz – die effizient arbeiten kann. Wir wollen deshalb mit den Ländern einen neuen Pakt für den Rechtsstaat schließen. Damit wollen wir die Personalausstattung der Justiz stärken – und gleichzeitig die Digitalisierung voranbringen und die gerichtlichen Verfahren effizienter machen. Als Bund wollen wir dafür in dieser Legislaturperiode fast eine halbe Milliarde Euro bereitstellen. Die Gespräche mit den Ländern verlaufen konstruktiv. Ich bin zuversichtlich, dass wir noch im Sommer zu einer Einigung kommen. Der Bund kann die Richterinnen und Staatsanwälte nicht selbst bezahlen oder einstellen. Aber gemeinsam mit den Ländern können wir viel bewegen. Uns alle eint das Ziel eines starken und widerstandsfähigen Rechtsstaats.

Sehen Sie selbst noch weitere gesetzliche und andere Lücken beim Schutz und bei der Unterstützung von Opfern?

„Opferschutz muss in der Justiz einen hohen Stellenwert haben – sowohl in der Ausbildung als auch in der täglichen Praxis von Gerichten und Staatsanwaltschaften.“

Wenn ja, welche? Und wie sollten diese geschlossen werden?

Ein Beispiel: In familiengerichtlichen Verfahren kann es derzeit passieren, dass der gewalttätige Ex-Partner den neuen Aufenthaltsort seiner Ex-Partnerin erfährt – einfach deshalb, weil das Verfahren am aktuellen Aufenthaltsort des Kindes geführt werden muss. Das will ich ändern. Betroffene von Gewalt sollen nicht befürchten müssen, dass ihr Wohnort im familiengerichtlichen Verfahren bekannt wird, wenn sie dies nicht müssen. Ein zweites Beispiel: Im Strafverfahren können Täter mitunter

Die Arbeit des WEISSEN RINGS trage dazu bei, dass die Betroffenenperspektive in der Rechtspolitik Gehör finde, sagt Hubig.



„Als Richterin und Staatsanwältin habe ich gesehen, wie Gewalt wirkt. Gewalt hinterlässt tiefe Spuren, unter denen Menschen oft ein Leben lang leiden.“

die Adressen von Betroffenen und Zeugen in Erfahrung bringen, wenn sie Akteneinsicht nehmen. Auch das birgt Gefahren – zum Beispiel für ungewollte, retraumatisierende Kontaktaufnahmen. Auch hier will ich bessere Vorkehrungen zum Schutz von Opferinteressen treffen.

Union und SPD haben in ihrem Koalitionsvertrag angekündigt, zu prüfen, inwieweit bei bestimmten Delikten bei Akteneinsichtsgesuchen auf die Angabe von Wohn- oder Aufenthaltsanschrift verzichtet werden kann. Auch die audiovisuelle Vernehmung wollten Sie erleichtern. Wann gibt es hier spürbare Ergebnisse?

Mit genau diesen Fragen beschäftigt sich gerade die Expertenkommission zur Reform des Strafprozessrechts. Konkrete Ergebnisse sollen Ende des Jahres vorgelegt werden. Im Anschluss wollen wir dann entsprechende Gesetzgebungsvorhaben auf den Weg bringen.

Sie haben in Ihrer knapp einjährigen Amtszeit schon mehrere Gesetzesinitiativen gegen Gewalt auf den Weg gebracht. Was treibt Sie persönlich dabei an?

Als Richterin und Staatsanwältin habe ich gesehen, wie Gewalt wirkt. Das hat mich geprägt. Gewalt hinterlässt tiefe Spuren, unter denen Menschen oft ein Leben lang leiden. In den letzten Jahrzehnten ist schon vieles besser geworden bei der Unterstützung von Gewaltbetroffenen. Aber ich bin überzeugt: Unser Rechtsstaat muss auf diesem Feld noch mehr tun. Das treibt mich an. Ich habe viele Verfahren wegen häuslicher Gewalt und sexuellem

Missbrauch verhandelt. Ich habe erlebt, dass nicht nur die Tat selbst, sondern auch ein Gerichtsverfahren für Betroffene sehr belastend sein kann. Deshalb müssen wir Strafverfahren so gestalten, dass Betroffene bestmöglich unterstützt und geschützt werden – zum Beispiel durch eine professionelle psychosoziale Prozessbegleitung. Die kann einen entscheidenden Unterschied machen, weil sie Ängste reduziert und Betroffene während des gesamten Verfahrens stärkt.

Fachleute wie der Gewinner des Wissenschaftspreises Opferschutz, Dr. Marius Riebel, bemängeln, Verletztenrechte und Disziplinen wie Viktimologie spielten in der juristischen Ausbildung bisher kaum eine Rolle. Kommen die Betroffenen im Strafrecht zu kurz? Haben Sie vor, die Aus- und Fortbildung weiterzuentwickeln? Wenn ja, inwiefern?

Die juristische Ausbildung entscheidet darüber, wie die Gerichte, Staatsanwaltschaften und Rechtsanwältinnen und -anwälte von morgen arbeiten. Deswegen ist es gut, sich immer wieder kritisch mit den Inhalten auseinanderzusetzen. Das machen auch meine Kolleginnen und Kollegen der Länder. Opferschutz muss in der Justiz einen hohen Stellenwert haben – sowohl in der Ausbildung als auch in der täglichen Praxis von Gerichten und Staatsanwaltschaften. Es gibt heute bereits gute Fortbildungsangebote für Richterinnen und Richter, die gut angenommen werden. Unser Ziel ist es, diese noch weiter auszubauen. Wir arbeiten außerdem daran, die Strafprozessordnung zu überarbeiten und haben dazu eine Expertengruppe eingesetzt. Die nimmt den Opferschutz besonders in den Fokus.

Sind Sie schon mal selbst Opfer einer Straftat geworden? Wenn ja: Welche Erfahrungen haben Sie als Betroffene gemacht, auch mit der Justiz?

Ich habe die Strafjustiz bislang – zum Glück – vor allem als Richterin, Staatsanwältin, als Politikerin und Beamtin kennen gelernt und nicht aus der Opferperspektive. Gerade die Perspektive der Betroffenen ist aber natürlich extrem wichtig – um Strafjustiz zu verbessern und Defizite zu erkennen.

02_2026

Aus dem Verein,
für den Verein.



Ehrensache

Ehrensache

Der WEISSE RING:
Das sind die Menschen,
die sich für unseren Verein
einsetzen. In dieser Ausgabe
der „Ehrensache“ berichten
wir über Personen, die den
Verein in den vergangenen
Jahrzehnten maßgeblich
mitgeprägt haben und über
diejenigen, die ihn noch
maßgeblich formen und
gestalten werden.

Inhalt

- Im Dienst der Opfer **65**
- Die empathische Kämpferin **68**
- „Ich bin eine
Gerechtigkeitsfanatikerin“ **70**
- „Der gemeinsame
Nenner bleibt“ **72**
- Der leise Ermutiger **74**
- Die Landesvorsitzenden **77**
- Die Bundesdelegierten **78**





Wolfgang Sielaff war zehn Jahre lang der Landesvorsitzende des WEISSEN RINGS in Hamburg. Im vergangenen Jahr erhielt er das Bundesverdienstkreuz am Bande für sein Engagement für Opferchutz und Opferrechte.

Hamburg

Im Dienst der Opfer

Das Leben von Wolfgang Sielaff steht ganz im Zeichen der Kriminalitätsbekämpfung und des Einsatzes für Opfer. Immer wieder betont er: „Wenn ein Verbrechen in die Familie hineinschlägt, dann gerät das ganze Leben aus den Fugen, und dann wird auch nichts mehr so sein, wie es einmal war.“

Der Mann, der den Hamburger Charter der Hells Angels, der mächtigsten Rockergang der Welt, das Fürchten lehrte und über Jahre die Arbeit des WEISSEN RINGS mitprägte, ärgert sich über den Hamburger Verkehr. Eigentlich wäre er gerne früher ins Landesbüro gekommen, um vor dem Interview noch etwas mit seiner ehemaligen Mitarbeiterin Ulla Schmeling zu schnacken. Jetzt wurde alles ein bisschen später. Ein paar schnelle Fotos, und dann kann das Gespräch mit einem der legendärsten Polizisten der bundesdeutschen Geschichte beginnen.

Doch wo anfangen? Sielaffs Leben könnte mehrere Bände füllen: Er war Leiter des Hamburger Rauschgiftdezernats und Leiter der ersten Polizeieinheit zur Bekämpfung Organisierter Kriminalität in Deutschland. Er führte Deutschlands erstes Zeugen-schutzprogramm in Hamburg ein, leitete das Hamburger LKA und stieg zum stellvertretenden Polizeipräsidenten auf. Nach seiner Pensionierung wurde Sielaff zum Hamburger Landesvorsitzenden des WEISSEN RINGS gewählt und blieb zehn Jahre im Amt. Danach löste er den wichtigsten Fall seines Lebens, das Verschwinden seiner Schwester Birgit Meier. Mittlerweile ist Sielaff 84 Jahre alt, im vergangenen Jahr erhielt er das Bundesverdienstkreuz am Bande für sein Engagement

für den Schutz und die Rechte von Opfern. Wer verstehen will, wann diese Begeisterung für Polizeidienst und Verbrechensklärung begonnen hat, muss in Sielaffs Kindheit beginnen: „Ich habe die Sherlock-Holmes-Romane von Sir Arthur Conan Doyle verschlungen. Mich faszinierte, dass Holmes die Fälle mit Intellekt, logischem und hypothetischem Denken löste.“ Als Schüler schrieb er eine Jahresarbeit mit dem Titel „Von der Arbeit der Kriminalpolizei“, die mit Auszeichnung bewertet wurde. Es ist also wenig verwunderlich, wohin ihn sein weiterer Lebensweg führen würde.

In den 1960er-Jahren begann seine Karriere bei der Schutzpolizei auf St. Pauli. „Da guckt man in alle möglichen Lebensbereiche hinein und lernt Menschen kennen“, erinnert sich Sielaff. Doch das eigentliche Ziel blieb die Kriminalpolizei, in die er Ende der 60er-Jahre wechselte. 1978 kam er als Chef des Rauschgiftdezernats erstmals mit der Organisierten Kriminalität in Berührung, 1982 baute er Deutschlands erste OK-Dienststelle auf und wurde deren Leiter. Irgendwann in dieser Zeit lernte er auch den WEISSEN RING kennen. Der Grund? „Die Hells Angels“, sagt Sielaff.

Hells Angels und Opferschutz

Im Schanzenviertel hätten die Rocker angefangen, Gastwirte zu erpressen. „Die fuhren mit ihren Harleys in die Lokale rein, das müssen Sie sich mal vorstellen! Die sind richtige Schneisen durch die Tanzenden gefahren. Alle hatten panische Angst vor den Kerlen“, sagt er. Die gezielte Einschüchterung durch die Rocker machte es der Polizei schwer, sie zu bekämpfen. „Das Problem war, wir wussten alles und konnten nichts beweisen. Und zwar deshalb, weil uns der Personalbeweis fehlte. Die Opfer haben immer zu mir gesagt: Ich sage nicht aus, Sie können mich nicht schützen! Meine Antwort: Natürlich können wir Sie schützen.“ Sielaff machte ernst. „Wir haben die Hells Angels ständig unter Beobachtung gehabt, sodass wir immer wussten, wo sie sind und was sie tun.“ Er ließ Polizisten in fünf Streifenwagen in der Nähe auf Abruf bereitstehen, positionierte verdeckte Aufklärer in Kneipen. Betraten die Rocker ein Lokal, alarmierten diese die Bereitstellungskräfte. Es dauerte nur

Text:
Christiane Flemig
Fotos:
Jewgeni Roppel

„Ich glaube,
dass wir die
Tragödie
letztendlich
ganz gut
verarbeitet
haben.
Aber ein
Schatten
wird für
immer bleiben.“

Wolfgang Sielaff

zwei bis drei Minuten, und die Polizei war mit Blaulicht und Martinshorn vor Ort. „Das hat die Schweigemauer aufgebrochen.“

Wie wichtig der Schutz der Betroffenen ist, lernte Sielaff vor allem im Austausch mit den amerikanischen Kollegen. „Das FBI sagte immer zu mir: Wenn du erfolgreich das Organisierte Verbrechen bekämpfen willst, dann musst du ihnen das Geld wegnehmen und die Zeugen heil vor Gericht bringen.“ Sielaff und sein Team hatten Erfolg: In einer international koordinierten Aktion wurden 14 Hells Angels zeitgleich in Deutschland, der Schweiz und den USA festgenommen. Gleichzeitig rief Sielaff Deutschlands erste Zeugenschutzdienststelle ins Leben, auch mithilfe des WEISSEN RINGS, der bei der Betreuung der Zeugen und deren Angehörigen unterstützte. „Diese erfolgreiche Zusammenarbeit hat dazu geführt, dass ich 1983 Mitglied im Verein geworden bin.“

Seine ganz persönliche Geschichte

Was es konkret bedeutet, Opfer zu werden, mussten Sielaff und seine Familie am eigenen Leib erfahren. 1989 verschwand seine Schwester Birgit Meier, die im Landkreis Lüneburg lebte. Die Polizei ging von einem Vermisstenfall aus. Doch Sielaff ahnte, dass mehr dahintersteckte. „Es gab keine Indizien dafür, dass sie einfach weggeht“, sagt er. „Darauf habe ich die Ermittlungsbehörden wiederholt hingewiesen.“ Es dauerte vier Jahre, bis die Staatsanwaltschaft 1993 endlich ein Ermittlungsverfahren gegen unbekannt wegen Verdachts einer Straftat einleitete.

Es war nämlich ein Straftäter in den Fokus geraten, Kurt-Werner Wichmann, der unter anderem wegen Entführung und versuchter Tötung einer Schülerin vorbestraft war. 1993 erließ die Staatsanwaltschaft für dessen Haus und Grundstück einen Durchsuchungsbefehl. Es sollte nach einer Leiche und Waffen gesucht werden. Als Wichmann davon hörte, floh er. Sieben Wochen später verursachte er in Baden-Württemberg einen Verkehrsunfall. Die alarmierte Polizei fand in seinem Auto eine Maschinenpistole und Munition. Wichmann wurde wegen illegalen Waffenbesitzes verhaftet und kam in Unter-

suchungshaft. Zehn Tage später nahm er sich dort das Leben. Die Staatsanwaltschaft stellte das Verfahren und damit die Ermittlungen gegen Wichmann ein, weil „gegen Tote nicht ermittelt werden dürfe“.

2002 ging Sielaff in den Ruhestand. Da das Verschwinden seiner Schwester ihm und seiner Familie keine Ruhe ließ und weil er nach wie vor von einem Verbrechen ausging, bildete er ein befreundetes Team aus hochqualifizierten Expertinnen und Experten. Dabei waren Kriminalpsychologin Claudia Brockmann, Strafverteidiger Gerhard Strate, der Leitende Oberstaatsanwalt Hamburgs Martin Köhnke und Hamburgs LKA-Leiter Reinhard Chedor.

Ihre Ermittlungen führten 2015 dazu, dass bei der Polizei in Lüneburg die Sonderkommission „EG Iterum“ eingerichtet wurde, um den Fall erneut zu untersuchen. Ein Durchbruch gelang jedoch nicht. Am Ende war es Sielaffs Team, das Erfolg hatte: Sie fanden im September 2017 die sterblichen Überreste von Birgit Meier, vergraben in der Kfz-Grube einer Garage auf Wichmanns ehemaligem Wohngrundstück.

Nach den Ermittlungen der Lüneburger Polizei dürfte Wichmann auch für die sogenannten „Görde-Morde“ verantwortlich gewesen sein: Kurz vor Birgit Meiers Verschwinden waren im Staatsforst Görde kurz nacheinander zwei Paare getötet worden.

„Wenn ich über Opfer spreche, weiß ich, wovon ich rede“

Die Erfahrung, die eigene Schwester durch ein Gewaltverbrechen zu verlieren, prägt Sielaff bis heute. „Wenn ich über Opferarbeit spreche und überhaupt über Opfer, dann weiß ich, wovon ich rede. Weil ich das selbst in der Familie erlebt habe und erlebe. Meine Mutter ist vor Kummer darüber nach zweimaligem Suizidversuch gestorben. Sie hat immer gehofft, die Tür geht auf und Birgit kommt rein.“ Sie starb, ohne zu erfahren, was mit ihrer Tochter passiert war. „Leider Gottes hat sie das nicht mehr erlebt. Das hätte ich ihr so sehr gewünscht.“ Für die Familie sei die Aufklärung das Entscheidende gewesen. „Wir wissen jetzt, wie es passiert ist und wer der



Täter ist.“ Es gebe immer noch Momente, wie den Geburtstag der Schwester, da werde es ein bisschen stiller. „Ich glaube, dass wir die Tragödie letztendlich ganz gut verarbeitet haben. Aber ein Schatten wird für immer bleiben.“

Nach Ende seines aktiven Dienstes entschied sich Sielaff für ein Ehrenamt beim WEISSEN RING und leitete von 2004 bis 2014 erfolgreich den Hamburger Landesverband. Auch die Gründung der bis heute bestehenden WEISSER RING Stiftung geht auf ihn zurück.

In seinen Vorträgen betont er immer wieder, wie viele Menschen eine einzige Tat betreffen kann. In einer Rede bringt er es 2010 auf den Punkt: „Unser Blick auf die Kriminalitätsoffer ist eindimensional. Allgemein, aber auch polizeilich, justiziell und medial richtet er sich auf das individuelle Tatopfer. Diese einseitige Betrachtung wird der Opferproblematik nicht gerecht. Sie blendet eine wichtige Gruppe ebenfalls Betroffener aus, nämlich die der mittelbaren Tatopfer, also Eltern, Großeltern, Kinder.“

Leitet sich aus dieser Lebenserfahrung etwas ab, das Wolfgang Sielaff dem WEISSEN RING mitgeben möchte? „Nein. Der Verein hat mir mehr gegeben als ich ihm“, sagt er bescheiden. Doch, eines fällt ihm dann doch noch als Schlusswort ein: „Macht weiter so. Ihr macht eine tolle, hochengagierte und verdienstvolle Arbeit. Das muss mal gelobt werden!“

↑
Nach seiner Pensionierung löste Wolfgang Sielaff den Fall seiner Schwester Birgit Meier, zusammen mit seinem privaten Team aus hochkarätigen Expertinnen und Experten.



Rendsburg

Die empathische Kämpferin

Wir sind tieftraurig, dass Manuela Söller-Winkler am 24. Juni während eines Klinikaufenthalts verstorben ist. Für dieses Porträt gab sie uns im Mai ein Interview. Nach Rücksprache mit ihrem Ehemann Achim Winkler, der bis zuletzt an ihrer Seite war, haben wir entschieden, den Text, den sie gelesen hatte, zu veröffentlichen. Um Manuela Söller-Winkler und ihre Verdienste zu würdigen und ihre wichtigen Botschaften weiterzugeben.

An einem Frühlingsabend in Mainz hatte Manuela Söller-Winkler schon einen ganzen Tag mit Vorstellungsgesprächen hinter sich: In der Bundesgeschäftsstelle des WEISSEN RINGS ging es um die Nachfolge von Geschäftsführerin Bianca Biwer, die zum Festspielhaus Baden-Baden wechselt. Söller-Winkler, eine Strategin mit Menschenkenntnis, traf in der Findungskommission eine Vorauswahl für den Bundesvorstand. Die 64-Jährige war Landesvorsitzende in Schleswig-Holstein und Mitglied des Geschäftsführenden Bundesvorstandes, wo wichtige Vereinsbeschlüsse gefasst werden. Sie saß an einem Tisch im Konferenzraum Rhein. Auf der Stellwand hinter ihr waren viele Menschen abgebildet, die einen Ring formen,

Text:
Gregor Haschnik
Foto:
Christian J. Ahlers

um den Slogan „Jeder kann Opfer werden. Wir sind an Ihrer Seite“. Söller-Winkler trug eine pinkfarbene Bluse und eine Kurzhaarfrisur. Und strahlte, trotz der langen Termine. Zu den Gesprächen „darf ich mich nicht äußern“, sagte sie freundlich, aber bestimmt. Es war das einzige Mal, dass sie wortkarg blieb.

Kürzlich war Manuela Söller-Winkler als Landeschefin wiedergewählt worden. Als der damalige Vize-Bundvorsitzende Jörg Ziercke die Juristin 2018 bat, das Amt zu übernehmen, war der Landesverband in einer schwierigen Situation: Ein Ehrenamtlicher soll hilfesuchende Frauen sexuell belästigt haben. Der Verein zog Konsequenzen, führte unter anderem eine Beschwerdestelle und das „Sechs-Augen-Prinzip“ bei Erstgesprächen ein. Doch die Krise war noch zu spüren, das Ansehen erschüttert, der Vorstand weg.

„Das schreckte mich nicht ab. Herausforderungen liebe ich“, erinnerte sich Manuela Söller-Winkler. Im Hinblick auf den Neuanfang „leuchtete mir ein, dass sie nach einer Frau suchten, die vertrauenswürdig und hier verankert ist“. Das traf auf Söller-Winkler zu, die bis 2017 Staatssekretärin im Ministerium für Inneres und Bundesangelegenheiten des Landes Schleswig-Holstein war.

Sie habe der Gesellschaft „im klassischen Sinne etwas zurückgeben“ wollen und sich gedacht: „Das ist es doch.“ Beruflich hatte sie viel mit Sicherheitsthemen zu tun, sich fortan auf den Opferschutz konzentrieren zu können „passte sehr gut“, zumal sie die Arbeit bereits geschätzt habe: „Wir fangen Menschen auf, begleiten sie, lotsen sie zu spezialisierten Hilfsangeboten.“ Die neue Landesvorsitzende änderte einiges: „Von Beginn an habe ich gesagt, dass ich eine enge Kommunikation mit meinen Außenstellenleitungen möchte. Um zu wissen, wie sie ihre Arbeit wahrnehmen. Es ist wichtig, dass wir den gleichen Wertekanon haben.“ Sie ging „in die Fläche“, bot sich aktiv als Gesprächspartnerin an. Manche waren skeptisch, fragten: Muss das sein? Will sie uns kontrollieren? Söller-Winkler erklärte, es sei ihr um einen intensiven Austausch gegangen, auch bei Problemen, um diese früh erkennen zu können. Sie trug zu einem Kulturwandel bei: „Mittlerweile kommen die Leute offen auf mich zu, üben auch Kritik.“ So wie bei einem aktuellen Thema: In einem Pilotprojekt in ausgewähl-

ten Bundesländern testet der WEISSE RING, ob es sinnvoll ist, den Scheck für eine anwaltliche Erstberatung durch ein anderes Verfahren zu ersetzen: Opfer werden dabei von einem hauptamtlichen Juristen oder einer Juristin des Vereins, die auf Opferrechte spezialisiert sind, beraten – statt wie bisher von externen Anwälten in der Umgebung. Nach der Testphase wird entschieden, ob das Modell ausgebaut wird.

Ein Teil der Ehrenamtlichen ist dagegen. Söller-Winkler warb für eine differenzierte Sichtweise: „Es handelt sich nicht nur um eine Sparmaßnahme. Der Aufbau einer eigenen Beratung kann ein Qualitätssprung sein. Gerade auf dem Land ist es schwierig, genügend gute Opferanwälte zu finden.“

Keine Angst vor unbequemen Themen

Eines von Söller-Winklers Prinzipien: „Debatte kann anstrengend sein, lohnt sich aber.“ Um überzeugen zu können, braucht es neben Einfühlungsvermögen inhaltliche Tiefe – das wusste Söller-Winkler aus ihrer beruflichen Laufbahn. Während ihrer Zeit im Innenministerium waren viele schwierige Themen an der Tagesordnung. Etwa, als um 2015 viele Geflüchtete kamen: „Wir sind in die Kommunen gefahren, wo eine Unterkunft gebaut wurde, und warben um Akzeptanz.“ Teilweise war dabei Polizeischutz notwendig. In kurzer Zeit entstanden mehr als zehn zusätzliche Unterkünfte, um den Menschen ein Dach über dem Kopf zu geben. Auch für Söller-Winkler war es eine sehr schwierige, anstrengende, „aber gute Zeit“, weil sie helfen konnte.

Beim WEISSEN RING nahm Manuela Söller-Winkler bald auch am Forum der Landesvorsitzenden teil: „Hier habe ich damals realisiert, welch ausgeprägte Männerwelt das war.“ Irritiert habe sie, dass es oft Zustimmung oder Schweigen gegeben habe. „Mittlerweile haben wir eine viel bessere Diskussionskultur“, betonte Söller-Winkler. „Das liegt nicht nur, aber auch daran, dass wir gemischter und weiblicher geworden sind.“

Die gebürtige Bonnerin hatte keine Angst, „unbequeme“ Themen anzusprechen: „Mir fällt es schwer, den Mund zu halten, wenn mir etwas nicht gefällt oder ich es gar für falsch halte. Ich finde es wichtig, Dinge beim Namen

Ein riesiger Verlust

Der WEISSE RING trauert um Manuela Söller-Winkler. Wir waren sehr froh, als sie nach ihrer schweren Erkrankung zurückkehrte. Mit viel Energie, Klugheit, Humor und großen rhetorischen Fähigkeiten hat sie wieder viele Themen vorangetrieben, immer verbindlich und menschlich.

Umso trauriger sind wir über ihren Tod. Sie wird uns unfassbar fehlen, als wichtiges Mitglied des Geschäftsführenden Bundesvorstands, verdiente Landesvorsitzende und wertvolle Ansprechpartnerin für die Akademie, als Vorsitzende des Fachbeirats Aus- und Weiterbildung. Manuela Söller-Winkler hat in allen Bereichen maßgebliche, bleibende Akzente gesetzt. Aber auch als Mensch, bei dem man sich schnell wohlfühlt hat, hinterlässt sie eine riesige Lücke. Unsere herzliche Anteilnahme gilt ihrer Familie.

zu nennen.“ So kritisierte sie vor Jahren, dass der Wirtschaftsprüfer länger nicht gewechselt worden war. Söller-Winkler hinterfragte auch sich selbst: „Manchmal überlege ich im Nachhinein, ob ich diplomatisch genug oder doch zu tough war und jemanden ‚überrollt‘ habe.“ In Schleswig-Holstein arbeiteten Söller-Winklers Stellvertreter Harald Rothe und Pressesprecher Joachim Brandt eng mit ihr zusammen. Sie beschreiben die Landesvorsitzende als kommunikativ und zupackend. Eine Frau, die „wusste, was sie wollte, und gleichzeitig empathisch war“. Für die frühere Bundesgeschäftsführerin Bianca Biwer war Manuela Söller-Winkler eine „echte Führungsperson“ mit Fachkompetenz, die zuhörte und Verantwortung übernahm, auch in Krisen. Sie „hatte ein großes Herz, den Blick für das große Ganze und Haltung“. So habe sie geholfen, den Unvereinbarkeitsbeschluss, der den Verein vor Extremisten und Rassisten schützen soll, zu formulieren.

Söller-Winkler war auch Vorsitzende des Fachbeirats für Aus- und Fortbildung: „Wir bieten sehr gute Seminare an“, lobte sie und appellierte: „Leute und Mitstreiter, bleibt dran und ruht euch nicht auf Seminaren aus, die ihr vor Jahren gemacht habt. Wir schulden es den Opfern, ihnen nach den aktuellen Erkenntnissen und Möglichkeiten zu helfen.“ Das Thema Cyberkriminalität zum Beispiel werde immer wichtiger: „Wir müssen uns darin fortbilden. Die Rahmenbedingungen für Polizei und Justiz sind schwierig, die Dunkelziffer hoch.“

Söller-Winkler forderte eine „noch stärkere Innovationsbereitschaft“ im Verein. Die Digitale Außenstelle sei „aus dem Mangel geboren, weil wir weniger Ehrenamtliche als früher haben. Sie bietet aber auch Chancen, etwa beim Erreichen jüngerer Betroffener“.

Ausdrücke wie „dranbleiben“ und „hinterfragen“ verwendete Söller-Winkler oft: „Vieles von dem, was wir in den vergangenen 50 Jahren gemacht haben, ist großartig, aber wir müssen uns hinterfragen und einiges verändern, um auch noch in 50 Jahren stark zu sein.“

Söller-Winkler war eine Kämpferin. Während ihrer Krebserkrankung habe ihr eines geholfen: „Die vielen mutmachenden Nachrichten von Menschen aus dem Verein haben mich in der besonders schweren Zeit getragen. Und später habe ich mich unheimlich gefreut, mich wieder engagieren zu können.“



Gaißach

„Ich bin eine Gerechtigkeitsfanatikerin“

Helgard van Hüllen engagiert sich seit 33 Jahren beim WEISSEN RING – konkret für Opfer in der Außenstelle Bad Tölz-Wolfratshausen und allgemein für einen besseren Opferschutz auf Bundes- und Europa-Ebene.

Als Helgard van Hüllen in den 60er-Jahren Jura studierte, war ganz klar der Täter im Mittelpunkt. „Nur ein Strafrechtsprofessor gab zu bedenken, dass Richter sich fragen sollten, wer wohl schutzwürdiger ist: der Täter oder das Opfer, vielleicht auch mögliche weitere?“, erinnert sich van Hüllen. Diese Frage ließ sie

↑
Helgard van Hüllen übernimmt noch die Außenstellenleitung in Bad Tölz-Wolfratshausen. Im Landes- und Bundesvorstand ist sie heute nicht mehr aktiv.

ihr Leben lang nicht los. Rund 60 Jahre später sitzt Helgard van Hüllen in ihrem Haus in Gaißach im oberbayerischen Landkreis Bad Tölz-Wolfratshausen. Seit 1993 ist sie ehrenamtliche Mitarbeiterin beim WEISSEN RING, seit 2001 leitet sie die Außenstelle. Inzwischen ist sie 83 Jahre alt. Ein Beckenbruch im Januar macht ihr noch zu schaffen. Wenn sie vom Sofa aufsteht, bleibt sie kurz stehen, bis die Schmerzen nachlassen, bevor sie losgeht. „Wird schon wieder“, sagt sie und zuckt mit den Schultern.

Sich engagieren statt schimpfen

Van Hüllen ist schon immer eine Macherin. Sie wurde in Berlin geboren und wuchs zunächst auf dem Bauernhof in Schleswig-Holstein auf. Nach dem Zweiten Weltkrieg zog die Familie nach Leverkusen und schließlich nach Krefeld. Als eine von wenigen Frauen studierte sie damals Jura, erst in Freiburg, dann in Berlin; in Münster promovierte sie schließlich im Arbeitsrecht. „Ich wollte keine Rechtsanwältin werden, weil ich nicht einseitige Interessen vertreten wollte“, sagt sie. „Ich bin eine Gerechtigkeitsfanatikerin. Wahrscheinlich habe ich das von meinem Vater mitgekriegt.“ Schon während ihres Studiums wollte sich van Hüllen, damals noch in Krefeld, politisch engagieren – „statt immer nur auf die Politik zu schimpfen“, sagt sie und grinst. Sie schrieb die Kreisverbände von CDU, SPD und FDP an und stellte allen dieselben Fragen: Was geht vor, die Gemeinschaft oder das Individuum? Und wenn die Gemeinschaft vorgeht, wie definieren Sie das Allgemeinwohl? „Eine Partei schickte einen Aufnahmeantrag, die andere ihr Programm, nur die Konrad-Adenauer-Stiftung hat anständig geantwortet.“ Die Antwort der parteinahen Stiftung hat sich für die örtliche CDU mehr als gelohnt: Für sie saß van Hüllen später im Stadtrat sowie im Schul- und Kulturausschuss in Krefeld. Ende der 70er zog sie mit ihrem Mann ins bayerische Gaißach, weil er in der Nähe eine Stelle angenommen hatte. Hier setzte sie ihr politisches Engagement fort: Zehn Jahre lang war sie für die CSU Kreisvorsitzende der Frauen-Union im Kreisverband Bad Tölz-Wolfratshausen.

In Gaißach suchte sie 1993 ein Ehrenamt und stieß dabei auf einen Artikel über die Opferarbeit des WEISSEN RINGS. Sie erinnerte sich an die Worte ihres Strafrechtsprofessors und meldete sich bei der Außenstelle Bad Tölz-Wolfratshausen. Schnell wurde sie als Mitarbeiterin ausgebildet.

Manchmal half sie Opfern auf unkonventionelle Weise

Lieber als über sich spricht van Hüllen über die Opfer, denen sie manchmal auf unkonventionelle Art geholfen hat. Eine Verkäuferin, die im Geschäft überfallen worden war, konnte danach nicht mehr in den Beruf zurück und brauchte für die Umschulung einen Computer. Van Hüllen fragte im Bekanntenkreis herum, wer zu Hause ein Gerät stehen hat, das nicht mehr benötigt wird. Zwei ältere Damen wussten nicht, wie sie ihr Grundstück in Ordnung halten sollten, nachdem der Ehemann der einen Opfer einer Gewalttat geworden war, also beantragte sie Geld für einen elektrischen Rasenmäher. „Manchmal entsteht der Eindruck, dass Opfer in erster Linie Geld sehen wollen, doch das Wichtigste ist, dass man ihnen zuhört und dass sie als Opfer ernstgenommen und anerkannt werden“, sagt van Hüllen. „Danach kommt der Zugang zu Informationen, dann erst das Geld.“

Von der Außenstelle in Oberbayern bis auf die Europa-Ebene

Van Hüllens Talent und Einsatz wurden schnell bemerkt. 1998 wurde sie in den Bundesvorstand des WEISSEN RINGS gewählt, mehr als 20 Jahre war sie stellvertretende Bundesvorsitzende. Viele Jahre engagierte sie sich auch auf europäischer Ebene, baute Netzwerke für Opferarbeit und Kriminalprävention auf und aus und setzte sich für Projekte wie das Opfer-Telefon und einen Arbeitskreis gegen sexualisierte Gewalt ein. Bis 2020 war sie Vizepräsidentin des Dachverbands der europäischen Opferhilfeorganisationen, Victim Support Europe (VSE). In dieser Funktion setzte sie unter anderem die

„Manchmal entsteht der Eindruck, dass Opfer in erster Linie Geld sehen wollen, doch das Wichtigste ist, dass man ihnen zuhört.“ Helgard van Hüllen

Richtlinie 2012/29/EU des Europäischen Parlaments und des Rates mit durch, die festlegt, dass Opferhilfe und auch deren Leitung ehrenamtlich organisiert sein darf. „Da bin ich bis heute stolz darauf“, sagt sie. „Für die Opfer macht es einen großen Unterschied, dass jemand für sie da ist, der nicht beruflich dazu verpflichtet ist, sondern helfen will, der nicht in der Amtssprache von Polizisten, Juristen, Ärzten oder Verwaltungsleuten spricht, sondern ‚wie du und ich‘.“

Anerkennung für ihre Arbeit - und die ihrer Teams

Seit ihrem Ruhestand 2007 baute sie ihr Engagement weiter aus und setzt sich auch für andere Vorhaben ein, zum Beispiel einen Verein für soziale Projekte in Südmarokko. Im vergangenen Jahr nahm sie an einem Firmenlauf teil. Freude macht ihr außerdem der Gemüsegarten neben dem Haus, in dem sie alleine lebt, seit ihr Mann verstorben ist. Im Laufe der Jahre wurde van Hüllen mehrfach für ihren Einsatz ausgezeichnet. 2010 erhielt sie den Deutschen Bürgerpreis, 2013 das Bundesverdienstkreuz am Bande, 2019 die Bayerische Verfassungsmedaille in Silber und im vergangenen Dezember die Isar-Loisach-Medaille. In ihrem Haus in Gaißach führt sie nun zu einem Bild, das noch an der Wand im Flur lehnt: eine Collage aus Fotos von VSE-Mitgliedern, die den Schriftzug ergeben: „You will always be part of our family“, dazu Grüße und Wünsche. „Das muss ich natürlich aufhängen!“ Was bedeuten ihr die Auszeichnungen? „Früher hätte ich gesagt nichts“, sagt sie, „aber sie gelten ja immer dem Team, und wenn jemand merkt, was wir alle leisten, freue ich mich über die Anerkennung.“ Die Auszeichnungen zeigten, wie viel sich in der Opferhilfe getan hat, sagt van Hüllen. „Aber es ist immer noch viel zu tun.“

Text und Foto:
Kathrin Hollmer

Münster

„Der gemeinsame Nenner bleibt“

Benedikt Wemmer ist seit 2013 beim WEISSEN RING, in den vergangenen vier Jahren auch als Sprecher der Jungen Mitarbeitenden im Bundesvorstand. Jetzt ist er 36 und blickt im Jubiläumsjahr zuversichtlich auf die Herausforderungen der Zukunft.

Während des Interview-Spaziergangs in Münster geht es am Haus des Mannes vorbei, der 2018 einen Kleinbus auf die voll besetzte Terrasse einer Gaststätte in der Innenstadt lenkte, vier Menschen tötete und Dutzende schwer verletzte. Benedikt Wemmer hat damals in der Außenstelle Münster viele Opfer betreut.

Wie haben Sie 2018 von der Amokfahrt erfahren?

Ich war an diesem Samstag zu Hause, als die Tickermeldung kam. Mir war schnell bewusst, dass das ein Fall war, bei dem man alles stehen und liegen lässt. Wir hatten uns beim WEISSEN RING nach dem Anschlag auf dem Berliner Breitscheidplatz 2016 Gedanken gemacht, wie wir mit solchen Großereignissen umgehen. Ich habe damals direkt den Landesvorsitzenden kontaktiert und gesagt: Ich glaube, wir haben so einen Fall. In der Außenstelle Münster lief es dann sehr gut dafür, dass wir noch nicht solche professionalisierten Strukturen für Großlagen hatten wie heute. Wir haben damals Schwerverletzte, Angehörige und traumatisierte Augenzeugen betreut. Der WEISSE RING hat 25.000 Euro an Soforthilfen ausgezahlt – unter anderem für Reisekosten, um

↑
Benedikt Wemmer ist seit 2013 beim WEISSEN RING, er kümmert sich vor allem um Prävention und Öffentlichkeitsarbeit.



Angehörige in Münsteraner Krankenhäusern zu besuchen, oder um Notlagen durch Verdienstausschlag abzumildern.

Was ist Ihnen besonders in Erinnerung geblieben?

Die Menschen sind mir alle in Erinnerung geblieben, weil es eine Besonderheit war. Was mich nachhaltig beeindruckt hat, war ein betroffenes Paar, das in Münster Urlaub gemacht hat. Die Frau war schwer verletzt, der Mann leicht. Die beiden waren schon lange ein Paar und haben in Münster im Krankenhaus spontan geheiratet – nur mit Ersthelfern und allen, die ihnen diese schlimme Zeit erleichtert haben. Sie wollten nicht jedes Mal zusammenzucken, wenn sie den Münster-

„Ich bin offen und werde mich weiter im Verein einbringen. Mir geht es aber nicht um Posten, sondern darum, etwas zu bewirken.“ **Benedikt Wemmer**

Tatort sehen. Stattdessen haben sie die Stadt mit etwas sehr Positivem verknüpft. Das war ein sehr schöner und gleichzeitig beeindruckender Moment. Davon ein Teil zu sein, war etwas ganz Besonderes.

Über die Freiwilligenagentur war Wemmer 2013 auf den WEISSEN RING gestoßen. Nachdem er in den ersten Jahren Opferfälle begleitete, ist er heute vor allem in der Prävention und Öffentlichkeitsarbeit tätig. Das Ehrenamt ist für den verheirateten Vater zweier Töchter ein guter Ausgleich zum Berater-Job. Der Jurist arbeitet für eine Kanzlei, die auf Zoll- und Außenhandelsrecht spezialisiert ist.

Sie haben sich bei den Jungen Mitarbeitenden engagiert, sind als Sprecher in den Bundesvorstand gewählt worden. Jetzt sind Sie 36 und demnach kein junger Mitarbeiter mehr. Wie geht es weiter?

Es ist seit zwei Jahrzehnten gelebte Praxis, dass die Jungen Mitarbeitenden einen Sprecher im Bundesvorstand haben. Das habe ich in den vergangenen vier Jahren gemacht und es hat mir großen Spaß bereitet. Jetzt mache ich gerne Platz, damit jemand Neues die Interessen der Jungen Mitarbeitenden vertreten und neue Impulse setzen kann. Ich bin mit 36 in einer anderen Lebenswirklichkeit angekommen, habe Familie und stehe im Berufsleben. Ich bin offen und werde mich weiter im Verein einbringen. Mir geht es aber nicht um Posten, sondern darum, etwas zu bewirken.

Was macht für Sie den WEISSEN RING aus?

Es ist schon verrückt, was für ein bunter Haufen wir sind. Bei Veranstaltungen des WEISSEN RINGS fragt man sich schon, mit welchem anderen Thema man diesen Perso-

nenkreis zusammenbringen könnte. Es sind sehr unterschiedliche Menschen, aber da ist dieser gemeinsame Nenner: das Gefühl, dass es da eine Ungerechtigkeit gibt und Betroffene nicht ausreichend unterstützt werden. Und gleichzeitig hat man für sich erkannt, etwas für die Opfer tun zu wollen. Das verbindet.

Das Vereinsleben ist im Umbruch, viele Vereine haben Nachwuchssorgen.

Wie ist der WEISSE RING da aus Ihrer Sicht aufgestellt?

Im Vergleich zu anderen stehen wir relativ gut da. Rund ein Viertel aller Ehrenamtlichen sind junge Mitarbeitende, also unter 35. Das ist, glaube ich, für eine NGO, die nicht Freiwillige Feuerwehr oder THW heißt, ziemlich einzigartig. Das kommt aber nicht von ungefähr: Wir fördern seit zwei Jahrzehnten das Thema junge Mitarbeitende strukturell. Es gibt jährliche Netzwerktreffen; die Landesverbände ernennen Jugendbeauftragte. Und der Verein unterstützt immer wieder Aktionen und Kampagnen der Jungen Mitarbeitenden zu Themen wie „Sicherer Heimweg“ oder „K.-o.-Tropfen“. Das ist der Grund für viele Werdegänge im Verein, auch meinen eigenen, dass junge Leute hier nicht an eine gläserne Decke stoßen. Ich glaube, diese Arbeit trägt Früchte und ist für mich immer auch ein Lichtblick in Sachen Zukunftsfähigkeit.

In diesem Jahr feiert der Verein sein 50-jähriges Bestehen. Man spürt, dass die Zeichen auf Umbruch stehen. Wie blicken Sie auf die Zukunft?

Ich sehe das positiv. Es ist jetzt genau die richtige Zeit, Dinge anzupacken. Wir werden uns in den kommenden Jahren in gewisser Weise neu erfinden, neue Ansätze finden und vielleicht auch ein paar finanzielle und organisatorische Dinge hinterfragen müssen. Aber wir sollten uns im ehrenamtlichen Kontext von der allgemeinen schlechten gesellschaftlichen Stimmung nicht runterziehen lassen. Wir haben immer unseren gemeinsamen Nenner, der bleibt. Den hat es am Anfang gebraucht und den braucht es jetzt. Ich bin mir sicher, dass der WEISSE RING auch in 50 Jahren noch an der Seite der Opfer stehen wird.

Text und Foto:
Christoph
Carretero Klemm

Berlin

Der leise Ermutiger

Er hat die Sozialpolitik in Deutschland als Staatssekretär aus dem Hintergrund mitgestaltet – und übernimmt nun Verantwortung für die Opferhilfe: Rolf Schmachtenberg ist der neue Landesvorsitzende des WEISSEN RINGS in Berlin. Der 67-Jährige bringt politische Erfahrung sowie fachliche Tiefe mit und hat ein Ziel: Opfer von Verbrechen stärken und sie sichtbar machen.

Ende April, ein Samstag, 8.57 Uhr. Noch drei Minuten, dann beginnt die Berliner Landestagung des WEISSEN RINGS. Der Saal in dem Tagungshotel ist modern-funktional eingerichtet: Betonoptik, dunkelblau-grüne Wände, großflächige Kunstwerke. Vorne in der ersten Reihe sitzt Rolf Schmachtenberg. Dunkelblauer Anzug, weißes Hemd, rote Krawatte. Vor ihm ein rotes Notizbüchlein, das er immer wieder aufschlagen wird, um mitzuschreiben: konzentriert, präzise, akribisch.

Schmachtenberg ragt heraus. Schon allein körperlich: 1,97 Meter misst er. Doch an diesem Tag sticht er nicht nur wegen seiner Größe hervor: 52 von 52 Stimmen – so ein eindeutiges Ergebnis erzielt er bei seiner Wahl zum Berliner Landesvorsitzenden. Ein Ergebnis, das den 67 Jahre alten Schmachtenberg „freudig überrascht“ hat, wie er sagt. Das Votum sieht er aber auch als Verpflichtung: „Ich muss, wir, der Vorstand, müssen nun auch liefern.“

An dem sonnigen Frühlingstag liegt Abschied in der Luft: Bianca Biwer, die scheidende Bundesgeschäftsführerin des WEISSEN RINGS, sagt den Berliner Ehren- und Hauptamtlichen mit warmen Worten

Adieu. Auch Schmachtenbergs Vorgängerin, Manuela Krah-Röhnisch, lässt die vergangenen vier Jahre als Landesvorsitzende Revue passieren. Es fließen Tränen. Dass aus Wehmut kein tiefes, schwarzes Loch wird, liegt auch an Schmachtenberg. Zum einen verteilt er schnell und fast beiläufig Taschentuchpackungen mit dem Logo des Opferhilfevereins. Zum anderen hat der Berliner Verband mit seinem neuen Vorsitzenden einen Mann mit reichlich Erfahrung für eine Führungsposition gewinnen können.

Schmachtenberg wird 1959 in Aachen geboren. Daher seine Vorliebe für Karl den Großen, sagt er mit einem Augenzwinkern. Doch die nordrhein-westfälische Stadt ist ihm irgendwann zu klein. Er geht zum Mathematikstudium nach Heidelberg und Paris; 1989 promoviert er in Mannheim als Volkswirt. Sein Engagement in der Friedensbewegung prägt ihn politisch und führt ihn nach Berlin. Die Mauer ist gefallen, vieles im Umbruch. Schmachtenberg wird Anfang 1990 Referent der DDR-SPD. Kurze Zeit später tritt er in Pankow den Sozialdemokraten bei – der Beginn einer Laufbahn, die ihn tief in die Sozialpolitik führt, die er dann über Jahrzehnte mitgestalten wird.

Er wird Referent für Arbeit und Soziales in dem dafür zuständigen Ministerium der DDR unter der beliebten und über Parteigrenzen hinweg geachteten SPD-Politikerin Regine Hildebrandt. Ihr folgt er noch im selben Jahr bis Ende 2001 ins brandenburgische Arbeitsministerium. Im Januar 2002 wechselt Schmachtenberg ins Bundesministerium für Arbeit und Sozialordnung. Dort ist er zuerst als Unterabteilungsleiter und später als Abteilungsleiter im Bereich Arbeitsmarktpolitik aktiv, bis er zur Kriegsopferversorgung versetzt wird. Zuletzt ist er von 2018 bis zu seinem Eintritt in den Ruhestand im Jahr 2025 als Staatssekretär zusätzlich vor allem für die Politik für Menschen mit Behinderungen sowie die gesetzliche und betriebliche Rente zuständig.

Geduld und ein Plan B

Als Staatssekretär lernt Schmachtenberg 2010 das Opferentschädigungsgesetz ken-

Text:
Kays Al-Khanak

Foto:
Bundesregierung /
Steffen Kugler

nen. „Mir wurde schnell klar, dass es zwar sehr umfangreiche Versorgungsleistungen vorsieht, aber nichts an schnellen Hilfen, wie sie Opfer von Gewalttaten benötigen.“ Er habe deshalb einen Fachdialog mit seinen Kolleginnen und Kollegen im Bundesarbeitsministerium und externen Fachleuten initiiert, wie das Recht neu aufgestellt werden könnte. Daraus resultiert 14 Jahre später das SGB XIV. Zwischen 2014 und 2018 wird der Gesetzentwurf erarbeitet. Im Anschluss sorgt Schmachtenberg dafür, dass er alle drei gesetzgeberischen Hürden nimmt: Bundeskabinett, Bundestag und vor allem Bundesrat. „Dabei muss man auf der Wegstrecke Kompromisse in alle Richtungen eingehen“, betont er. „Wichtig für den Erfolg war, dass nach intensiven Abstimmungen der WEISSE RING das Vorhaben klar unterstützte. Das war von hohem Wert, um die Bundesländer zur Zustimmung zu bewegen.“

In Prozessen wie diesen empfindet Schmachtenberg Kritik nicht als Angriff, sondern als „hilfreich, solange sie nicht verletzend und zynisch ist“. Gerade in der Politik für Menschen mit Behinderungen habe er gelernt, wie wichtig unterschiedliche Perspektiven seien. „Das ist oft arbeitsintensiv und anstrengend“, sagt er. „Aber die Mühe lohnt sich, wenn man zu besseren Ergebnissen kommen will.“ Politische Prozesse beschreibt Schmachtenberg als ein System aus Hindernissen und Ausweichrouten: Wer beispielsweise ein zustimmungspflichtiges Gesetz durch den Bundesrat bringen wolle, müsse mögliche Widerstände früh erkennen und mitdenken. Es sei gut, immer einen Plan B zu haben, sagt er. Manchmal aber helfe selbst das nicht. Dann brauche es Geduld. Im Extremfall könne es besser sein, ein Vorhaben nicht weiterzuverfolgen und erst einmal abzuwarten.

Warum im Jahr 2010 der Schritt in den WEISSEN RING? Schmachtenberg antwortet pragmatisch: „Bei meinem Wechsel von der Arbeits- in die Sozialpolitik fand ich es gut zu wissen, wie die Beratungsarbeit des WEISSEN RINGS funktioniert.“ 2020 macht er die Qualifizierung zum ehrenamtlichen Opferberater. Vier Opferberatungen habe er übernommen, erzählt Schmachtenberg, eigentlich keine dramatischen Fälle, wie er betont. Und doch bleiben sie ihm im Gedächtnis.

↓
Rolf Schmachtenberg ist der neue Landesvorsitzende des WEISSEN RINGS in Berlin. Bei der Wahl hat er mit 52 von 52 Stimmen ein eindeutiges Ergebnis erzielt.

„Ich empfand die Arbeit als beeindruckend und sehr fordernd. Man sitzt mit den Opfern zusammen, ist mit ihren Lebensgeschichten konfrontiert, mit dem, was sie erleben mussten, und soll dann einen hilfreichen Beitrag beisteuern.“ Eine anspruchsvolle Aufgabe, die sich zeitlich kaum mit seiner Tätigkeit als Staatssekretär vereinbaren lässt. „Deshalb habe ich einen riesigen Respekt vor denen, die diese ehrenamtliche Arbeit leisten.“

Respekt vor ehrenamtlicher Arbeit

Vielleicht erklärt dies auch das Zögern Schmachtenbergs, den Landesvorsitz von Manuela Krah-Röhnisch zu übernehmen. Ende 2020 wird er das erste Mal gefragt. Mit Verweis auf seine berufliche Tätigkeit als



Staatssekretär lehnt er zunächst ab. „Doch seitdem war die Idee in mir eingepflanzt.“ Nach seinem Ruhestand sei es die Hartnäckigkeit von Krahel-Röhnisch gewesen, die ihn überzeugt hätte, die neue Rolle anzunehmen. Vorbereitet hat er sich darauf lange. Er sei bereits seit einiger Zeit „mitgelaufen“, wie Krahel-Röhnisch erzählt.

Den WEISSEN RING hält Schmachtenberg für den zentralen Akteur, um die Rechte von Opfern zu stärken. „Opfer von Gewalt zu werden, ist furchtbar: Ohnmacht und Scham lähmen, Hilfe fehlt oft oder ist nicht erreichbar.“ Deshalb brauche es den WEISSEN RING, der diese Hilfe anbiete – „ehrenamtlich-fachlich, uneigennützig und unabhängig“. Der Verein sei die Institution, die sich ausschließlich für die Belange der Opfer einsetze. „Und dies will ich mit meinen Kräften unterstützen.“

Ziel müsse es sein, „dass wir es schaffen, mehr Opfer zu ermutigen, Unterstützung anzunehmen und zu sprechen“. Schmachtenberg ist überzeugt: Dies könnte Täter von ihrem Tun abhalten. „Denn das Schweigen der Opfer ist der beste Schutz der Täter“, betont er. Fänden die Opfer hingegen ihre Stimme, werde das Dunkelfeld ein wenig heller. „Wir sind gut in Prävention und Opferberatung, können also einen Beitrag leisten für eine friedvollere Gesellschaft.“

Mit kleinen, kaum sichtbaren Gesten

Schmachtenberg weiß, dass auch innerhalb der Opferhilfeorganisation Veränderungen nötig sind. Zwar feiert der Verein in diesem Jahr sein 50-jähriges Bestehen. Doch der „Schwung der Aufbaujahre ist verflogen“, sagt er. Der Verein brauche „mehr Mitglieder, mehr Geld, mehr ehrenamtliche Opferberaterinnen und -berater“. Schmachtenberg betont: „Mein Ziel ist es, dass der WEISSE RING als zentraler Akteur für die Opfer von Kriminalität noch stärker wahrgenommen wird.“

Zurück im Tagungssaal. Schmachtenberg zeigt mit kleinen, kaum sichtbaren Gesten, wie er den Landesverband führen will. Als eine Referentin den versammelten Mitgliedern des WEISSEN RINGS eine Einstiegsfrage stellt, antwortet Schmachtenberg zuerst und bricht so das Eis. Seine Vorstellungsrede

„Mein Ziel ist es, dass der WEISSE RING als zentraler Akteur für die Opfer von Kriminalität stärker wahrgenommen wird.“ Rolf Schmachtenberg

beginnt mit einem Scherz: „Sitzen alle gut? Jetzt kommt eine lange Rede.“

Doch sie bleibt kurz und klar, mit einer ehrlichen Standortbestimmung und offen kommunizierten Zielen. Sie ist auch persönlich, nahbar: Wohnhaft in Moabit, verheiratet, „drei oder fünf erwachsene Kinder. Je nach Zählweise“. Sein Ehemann hat zwei Kinder mit in die Ehe gebracht, Schmachtenberg einen Sohn. Und dieser hat wiederum zwei Halbgeschwister. Eine nicht alltägliche Familie, Schmachtenberg erzählt davon fast beiläufig. Mit dem jüngeren seiner Söhne war Schmachtenberg kürzlich einen Monat in Indien unterwegs, der Heimat seines Ehemanns. Deshalb, sagt Schmachtenberg, „essen wir in der Regel zu Hause auch indisch“.

Im Ruhestand weiter politisch

Im Ruhestand bleibt Schmachtenberg politisch. Mit einem Augenzwinkern nennt er sich einen „freien Radikalen“, weil er sich vor allem beim Thema Alterssicherung weiter einbringt. Nicht als Strippenzieher hinter den Kulissen, sondern als Mahner und Mutmacher. Er schreibt Essays, in denen er zum Beispiel vor den Stimmen warnt, die das aktuelle Rentensystem am Ende sehen, und macht Gegenvorschläge. Er hat eine Beratungsfirma beim Finanzamt angemeldet, über die er Vorträge im Bereich der Sozialpolitik hält. Ein Nachklapp zu seinem Berufsleben sei das. Doch mit seiner Wahl zum Berliner Landesvorsitzenden des WEISSEN RINGS schlägt er nun ein neues Kapitel auf: „Jetzt habe ich ein neues Mandat und eine neue Aufgabe.“ Klar ist: Die ersten Seiten seines roten Notizbuches sind gefüllt. Viele weitere werden folgen. Für die Opfer von Kriminalität und Gewalt.

Die Landesvorsitzenden

Im Jahr 2026 standen Wahlen in allen Landesverbänden an. Hier sind alle frisch gewählten Vertreterinnen und Vertreter der Länder sowieso ihre Stellvertretungen aufgelistet.

Baden-Württemberg

Landesvorsitzender	Hans Matheis
Geburtsjahr	1959
im Amt seit	18.04.2026
Stellvertreterin im Amt seit	Monika Toussaint 19.02.2022
Stellvertreter im Amt seit	Ralf Michelfelder 18.04.2026

Bayern-Nord

Landesvorsitzender	Wolfgang Schwarz
Geburtsjahr	1963
im Amt seit	25.04.2026
Stellvertreterin im Amt seit	Birgit Schoen 25.04.2026
Stellvertreter im Amt seit	Hermann Gammer 25.04.2026

Bayern-Süd

Landesvorsitzende	Birgit Heller
Geburtsjahr	1961
im Amt seit	18.04.2026
Stellvertreterin im Amt seit	Martina Burger 18.04.2026

Berlin

Landesvorsitzender	Dr. Rolf Schmachtenberg
Geburtsjahr	1959
im Amt seit	25.04.2026
Stellvertreterin im Amt seit	Christine Burck 11.06.2022
Stellvertreter im Amt seit	Norbert Baehr 25.04.2026

Brandenburg

Landesvorsitzende	Barbara Richstein
Geburtsjahr	1965
im Amt seit	07.05.2022
Stellvertreter im Amt seit	Lothar Pohle 19.10.2002
Stellvertreter im Amt seit	Uwe Baumgartl 07.05.2022

Bremen

Landesvorsitzender	Hans-Jürgen Zacharias
Geburtsjahr	1953
im Amt seit	02.09.2022
Stellvertreterin im Amt seit	Gabriela Piontkowski 12.07.2023
Stellvertreter im Amt seit	Jürgen Osmers 12.03.2026

Hamburg

Landesvorsitzende	Monika Schorn
Geburtsjahr	1953
im Amt seit	23.04.2022
Stellvertreterin im Amt seit	Kristina Erichsen-Kruse 18.01.2005
Stellvertreterin im Amt seit	Adelina Michalk 20.04.2024

Hessen

Landesvorsitzende	Annegret Mirbach
Geburtsjahr	1962
im Amt seit	19.04.2026
Stellvertreterin im Amt seit	Dr. Lea Gärtner 22.05.2022
Stellvertreter im Amt seit	Detlev Daum 20.04.2024

Mecklenburg-Vorpommern

Landesvorsitzende	Martina Tegtmeier
Geburtsjahr	1958
im Amt seit	13.03.2026
Stellvertreter im Amt seit	Manfred Dachner 11.11.2002
Stellvertreterin im Amt seit	Angela Straßburg 13.03.2026

Niedersachsen

Landesvorsitzender	Steffen Hörning
Geburtsjahr	1960
im Amt seit	04.06.2022
Stellvertreter im Amt seit	Karl-Heinz Langner 04.06.2022
Stellvertreterin im Amt seit	Lena Weilbacher 04.05.2024

NRW Rheinland

Landesvorsitzender	Friedrich Ohst
Geburtsjahr	1955
im Amt seit	21.03.2026
Stellvertreterin im Amt seit	Marina Bonenkamp 21.03.2026
Stellvertreter im Amt seit	Michael Potschka 21.03.2026

NRW Westfalen-Lippe

Landesvorsitzender	Klaus Neidhardt
Geburtsjahr	1952
im Amt seit	10.04.2022
Stellvertreterin im Amt seit	Ruth Stöpper 11.11.2002
Stellvertreter im Amt seit	Benedikt Wemmer 14.04.2024

Rheinland-Pfalz

Landesvorsitzende	Sabine Bätzing-Lichtenthäler, MdL
Geburtsjahr	1975
im Amt seit	15.05.2022
Stellvertreterin im Amt seit	Gabi Jahnen 15.05.2022
Stellvertreter im Amt seit	Gerhard Mainzer 15.05.2022

Saarland

Landesvorsitzender	Roland Theis
Geburtsjahr	1980
im Amt seit	04.02.2023
Stellvertreter im Amt seit	Peter Becker 14.03.2026

Sachsen

Landesvorsitzende	Mandy Hennig
Geburtsjahr	1989
im Amt seit	25.04.2026
Stellvertreter im Amt seit	Bernd Deutschmann 25.04.2026
Stellvertreter im Amt seit	Winnie Behnisch 25.04.2026

Sachsen-Anhalt

Landesvorsitzende	Kerstin Godenrath, MdL
Geburtsjahr	1979
im Amt seit	07.05.2022
Stellvertreter im Amt seit	Torsten Fricke 07.05.2022

Schleswig-Holstein

Landesvorsitzende	Manuela Söller-Winkler †
Geburtsjahr	1961
im Amt seit	11.08.2018
Stellvertreter im Amt seit	Harald Rothe 11.08.2018

Thüringen

Landesvorsitzende	Marion Walsmann, MdEP
Geburtsjahr	1963
im Amt seit	06.07.2014
Stellvertreterin im Amt seit	Petra Notroff 20.03.2026
Stellvertreter im Amt seit	Uwe Strewe 20.03.2026

Die Bundesdelegierten

Am 27. September 2026 findet die 19. Bundesdelegiertenversammlung des WEISSEN RINGS im Hotel Hilton in Mainz statt. Das höchste Vereinsgremium setzt sich zusammen aus den direkt gewählten Mitgliedern und den aktuellen Mitgliedern des Bundesvorstands.

Baden-Württemberg

Manfred Beuchert	74821	Mosbach
Sonja Beurer	74343	Sachsenheim
Bruno Bösch	79312	Emmendingen
Monika Chef	74653	Künzelsau
Heike Dachs	72336	Balingen
Wolfgang Eble	97941	Tauberbischofsheim
Peter Egetemaier	79112	Freiburg
Janett Fichtner	89522	Heidenheim
Kaya Fohmann	71287	Weissach
Josef Hiller	88287	Grünkraut
Armin Jäger	88400	Biberach
Tanja Kugler	74078	Heilbronn
Jochen Link	78467	Konstanz
Ralf Michelfelder	71522	Backnang
Dr. Klaus Oed	78467	Konstanz
Monika Toussaint	79346	Endingen
Patricia Wickert	68782	Brühl

Bayern-Nord

Rainer Buss	63739	Aschaffenburg
Karl-Heinz Fleckenstein	91320	Ebermannstadt
Hermann Gammer	93185	Michelsneukirchen
Doris Klingseisen	93473	Arnschwang
Anton Krach	91166	Georgensgmünd
Gudrun Krach	91166	Georgensgmünd
Liane Puls	93483	Pöding
Sabine Saß	91227	Leinburg
Birgit Schoen	90518	Altdorf b. Nürnberg
Ute Wölfelschneider	63820	Elsfeld
Elke Yassin-Radowsky	91350	Gremsdorf
Shatha Yassin-Salomo	90453	Nürnberg
Angela Zimmer	96369	Weißbrunn

Bayern-Süd

Dominika Andryszczak-Bury	85435	Erding
Sebastian Attenberger	85301	Schweitenkirchen
Martina Burger	82467	Garmisch-Partenkirchen
Christa Gottschalk-Lochschmidt	85551	Kirchheim
Silvia Niedermeier	85368	Moosburg
Adolf Prändl	84152	Mengkofen
Werner Reiser	89349	Burtenbach
Günter Schwarz	83071	Stephanskirchen
Dr. Dagmar Seghuter	85368	Moosburg
Gerlinde Seipp	88131	Lindau
Susanne Seßler	85232	Bergkirchen
Stefanie Sewald	84579	Unterneukirchen
Jana Straub	94113	Tiefenbach
Friederike Trinkle	94327	Bogen
Dr. Helgard van Hüllen	83674	Gaißach

Berlin

Norbert Baehr	14197	Berlin
Christine Burck	14165	Berlin
Victoria Heimerl	12205	Berlin
Michael Janasik	14513	Teltow
Michaela Schirrmann	10777	Berlin
Henry Woege	12621	Berlin
Klaus-Peter Zejewski	16548	Glienicke

Brandenburg

Robert Schulz	15806	Zossen
Michael Stricker	16547	Birkenwerder
Marina Woite	4895	Falkenberg
Carla Ziegner-Zschiedrich	03238	Schacksdorf

Bremen

Beate Dünwald	27721	Ritterhude
Jürgen Osmers	28215	Bremen

Hamburg

Inna Avdeeva	22301	Hamburg
Christine Brill	21031	Hamburg
Kristina Erichsen-Kruse	22926	Ahrensburg
Adelina Michalk	22765	Hamburg
Stefan Schubert	22525	Hamburg

Hessen

Detlev Daum	64285	Darmstadt
Dr. Lea Gärtner	63071	Offenbach
Andre Geier	65549	Limburg
Heinz Habermann	63549	Ronneburg
Petra Kern	34497	Korbach
Juliane Metzger	35260	Stadtallendorf
Ilona Moosdorf	35390	Gießen
Manuela Opfermann	34477	Twistetal
Hans-Jürgen Schäfer	35037	Marburg
Tina Vaahsen	61276	Weilrod
Michael Vaahsen	61276	Weilrod
Waltraud Wohlfeil-Schäfer	35037	Marburg

Mecklenburg-Vorpommern

Doreen Breuer	18439	Stralsund
Klaus Straßburg	17309	Jatznick

Niedersachsen

Stephanie Axmann	31241	Ilse
Paul Bloem	26826	Weener
Werner Friedrich	37603	Holzminde
Werner Käding	49356	Diepholz
Jutta Käding	49356	Diepholz
Nicolas Knuth	38259	Salzgitter
Günter Koschig	38685	Langelshausen
Karl-Heinz Langner	21255	Tostedt
Cornelius Eckerhard Ledig	27711	Osterholz-Scharmbeck
Cornelia Niehus	37520	Osterode
Peter Pfuhlmann	37085	Göttingen
Dagmar Priele-Traupe	37574	Einbeck
Isabel Rinne	31787	Hameln
Janice Stucki	37073	Göttingen
Lena Weillbacher	37124	Rosdorf
Ferdinand Zuppke	26129	Oldenburg

NRW Rheinland

Frank Bons	42553	Velbert
Stephanie Butenschön	51491	Overath
Sarah Dorothea Coslar	41065	Mönchengladbach
Ingrid Dinges	52372	Kreuzau
Klaudia Duhr	42109	Wuppertal
Angelika Engstfeld	51688	Wipperfurth
Yasmin Fuhl	53881	Euskirchen
Karl-Heinz Kosock	40593	Düsseldorf
Michael Potschka	42799	Leichlingen
Barbara Reichler	51702	Bergneustadt
Hubert Schmitz	41464	Neuss
Maria Schnelle	41844	Wegberg
Berkay Türkgeldi	47443	Moers
Joachim Verhoeven	47533	Kleve
Tanja Ziemert	51645	Gummersbach

NRW Westfalen-Lippe

Christian Althoff	32108	Bad Salzuflen
Kathrin Baumhus-Hombrink	59302	Oelde
Brigitte Grüning	44627	Herne
Katharina Hildebrandt	44328	Dortmund
Katja Huber	46238	Bottrop
Fritz Krieger	44227	Dortmund
Marius Nordmann	32694	Dörentrup
Margarete Sommer	44267	Dortmund

Ruth Stöpper	33098	Paderborn
Reinhard Streibel	58239	Schwerte
Martin Stricker	48653	Coesfeld
Andrea von Wolff-Metternich	37671	Höxter

Rheinland-Pfalz

Werner Blatt	56412	Ruppach-Goldhausen
Joachim Bossek	67346	Speyer
Christine Henn	55471	Keidelheim
Gabi Jahnen	56825	Urschmitt
Hans-Peter Pesch	54516	Wittlich
Heinz Pollini	76774	Leimersheim
Daniela Probst	54579	Üxheim
Dirk Schindowski	56414	Steinefrenz
Christian Stautz	67582	Mettenheim
Dr. Claudia Wiedemann	55270	Klein-Winternheim

Saarland

Daniela Duval	66663	Merzig
Gerhard Ruloff	66265	Heusweiler
Mike Miroslaw Speicher	66557	Illingen

Sachsen

Winnie Behnisch	01662	Meißen
Sophie Jones	04808	Wurzen
Virginie Meinel	09669	Frankenberg

Sachsen-Anhalt

Cornelia Enke	06846	Dessau-Roßlau
Romina Hensel	06886	Lutherstadt Wittenberg

Schleswig-Holstein

Heike Behrmann	22880	Wedel
Jochen Berndt	23628	Krummesse
Erik Grünberg	23560	Lübeck
Stefan Klein	25889	Uelvesbüll
Alice Lenz	24340	Eckernförde
Kirsten Löbzien	24768	Rendsburg
Iris Lüder	24536	Neumünster
Karl-Heinz Rath	24367	Osterby
Harald Rothe	25724	Neufeld
Reinhold Thiede	22885	Barsbüttel

Thüringen

Petra Notroff	36433	Bad Salzungen
Thomas Rotzal	99974	Mühlhausen



19. Bundesdelegiertenversammlung am 27.09.2026 im Hilton Mainz

Vorläufige Tagesordnung

- TOP 1 Eröffnung der Bundesdelegiertenversammlung
- TOP 2 Feststellung der Anzahl anwesender Stimmberechtigter
- TOP 3 Bestimmung der Versammlungsleitung
- TOP 4 Beschlussfassung über die Tagesordnung
- TOP 5 Besetzung der Ausschüsse
- TOP 6 Berichte
- TOP 7 Beschlüsse über die Rechnungsjahre 2024 - 2025
- TOP 8 Wahlen des Bundesvorstands und der Rechnungsprüfer
- TOP 9 Anträge

Der gewaltsame Tod ihres Enkels in einer psychiatrischen Klinik belastet Nelli S. schwer. Sie kämpft darum, dass die Behörden die psychischen Folgen der Tat anerkennen.



Soziale Entschädigung

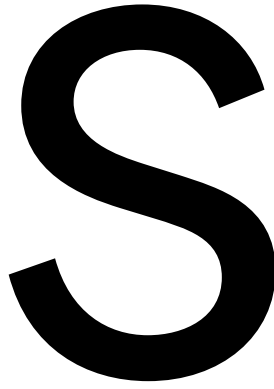
Der Kampf geht weiter

Mit dem SGB XIV sollte die Soziale Entschädigung für Gewaltopfer moderner, schneller und gerechter werden. Es gibt einige gesetzliche Fortschritte, doch in der Praxis zeigen sich nach wie vor hohe Ablehnungsquoten, lange Verfahren und viele offene Fragen.

Text: Christoph Carretero Klemp, Gregor Haschnik, Kays Al-Khanak
Fotos: Katharina Werle, Lisa Hörterer

Das SGB XIV

Das Vierzehnte Buch Sozialgesetzbuch (SGB XIV) regelt die Ansprüche von Menschen, die durch körperliche oder psychische Gewalttaten, vorsätzliche Vergiftungen, eine erhebliche Vernachlässigung von Kindern, Folgen der Weltkriege oder infolge von Schutzimpfungen gesundheitliche Schäden erlitten haben. Das SGB XIV löste das seit 1976 geltende Opferentschädigungsgesetz (OEG) ab, das auf dem Bundesversorgungsgesetz für Kriegsgeschädigte basierte. Die meisten Paragraphen traten am 1. Januar 2024 in Kraft. Ziel war es, die Bedürfnisse von Gewalt- und Terroropfern besser zu berücksichtigen. Zu den wesentlichen Änderungen zählen erhöhte monatliche Opferrenten, die Berücksichtigung psychischer Gewalt wie Stalking sowie die sogenannten Schnellen Hilfen für Betroffene: ein Fallmanagement in den zuständigen Versorgungsämtern sowie zeitnahe Termine in Traumaambulanz. Grundsätzlich können Opfer Dienstleistungen, Sachleistungen und Geldzahlungen erhalten. Bei bleibenden Schäden können, je nach Schweregrad, aktuell monatlich bis zu 2.169 Euro gezahlt werden; bei Schwerstbeschädigten liegt der Betrag bei 2.603 Euro.



Sven W. notierte: „Ich erinnere mich daran, dass ich von unserem Vater regelmäßige Gewalt in Form von Schlägen auf den Hinterkopf, Schlägen ins Gesicht, Tritten, gewaltsamem Anfassen gewohnt war.“ Er zeichnete auf, wo er gestanden habe, als der von Frau und Kindern getrennte Vater vor der Schule aufgetaucht sei. Sven hatte nach eigenen Angaben Angst, dass sein Vater die Drohung wahr machen würde, die er oft ausgesprochen haben soll, „wenn wir jemandem von den Taten erzählten, dass er mich von der Schule zu sich holen und wieder auf den Dachboden sperren würde“.

Sven W. gehört zu den rund 19.650 Menschen, die 2024 in Deutschland Soziale Entschädigung beantragten. Sein Fall steht exemplarisch für Betroffene, die um ihr Recht auf Anerkennung kämpfen müssen. Die Gewalt erlebte Sven W. Anfang der 2000er-Jahre, unter den Folgen leidet er noch heute.

Der 27-Jährige spricht offenbar seit Jahren nicht mehr, sondern schreibt lediglich. Er lebt bei seiner Mutter Birgit und kommuniziert selbst mit ihr nur per WhatsApp. Die Wohnung verlässt er selten. Die Familie möchte sich nicht öffentlich äußern, hat aber zugestimmt, dass das WEISSER RING Magazin die Akten sichtet und anonymisiert berichtet.

Die Dokumente zeigen einen jungen Mann, der nach einer von psychischer und physischer Gewalt durch den Vater geprägten Kindheit immer wieder versucht hat, im Leben Fuß zu fassen. „Wir haben es mit einem stark gesundheitlich geschädigten jungen Mann zu tun. Er hat nicht auf der faulen Haut gelegen und auf öffentliche Leistungen gewartet“, sagt Reinhard Streibel, Außenstellenleiter des WEISSEN RINGS in Unna, der die Familie unterstützt. Sven W. ist wegen seiner

psychischen Probleme schwerbehindert und nicht arbeitsfähig, wie aus einem Gutachten hervorgeht. Wegen seiner Sozialphobie läuft jeglicher Kontakt über die Mutter.

Ein Wohlfahrtsverband riet ihr im Frühjahr 2024, einen Antrag auf Opferentschädigung zu stellen. Das Gesetz war ihr zuvor nicht bekannt. Am 3. Juni 2024 reichte Sven W. den Antrag beim Landschaftsverband Westfalen-Lippe (LWL) in Münster ein. Birgit W. sammelte Belege von Gerichten, von Ärzten, Anwälten und einer Beratungsstelle. Sie telefonierte und suchte in Archiven nach Berichten. Manches sei verloren gewesen, weil die Aufbewahrungsfristen abgelaufen waren.

Der LWL beauftragte eine externe Gutachterin, um die Tat, die Schädigung und deren Zusammenhang zu untersuchen. Im November 2025 schrieb die Sachverständige, dass bei Sven W. ein Schädigungsgrad von 70 gegeben sei. Er hätte demnach Anspruch auf finanzielle Entschädigung.

Die Geschichte könnte hier enden, es scheint ein klarer Fall zu sein. Doch der LWL ließ ein neues Gutachten erstellen. Das Ergebnis: Schädigungsgrad 0.

Kapitel I Von Soldaten zu Opfern

Deutschland 1920. Die noch junge Demokratie der Weimarer Republik geht nach dem Ersten Weltkrieg durch eine von Krisen geprägte Zeit: gewaltsame politische Umsturzversuche, die Umsetzung des Versailler Vertrags, soziale Unruhen. In dieser Zeit, im Mai 1920, beschließt das Parlament das Reichsversorgungsgesetz. Es sei dazu gedacht gewesen, Kriegsbeschädigte zum Beispiel bei den Heilkosten oder der Rente zu unterstützen, um die Folgen des Ersten Weltkriegs sozialpolitisch zu bewältigen, sagt Horst Bruns. Bruns hat sich intensiv mit der Opferentschädigung befasst, zunächst in der Praxis als Abteilungsleiter in der Versorgungsverwaltung Nordrhein-Westfalens und mittlerweile in der Theorie als Dozent für Sozialrecht an der Hochschule für Polizei und öffentliche Verwaltung NRW.

Im Reichsversorgungsgesetz stand laut Bruns „schon vieles drin, was später ins Bundesversorgungsgesetz aufgenommen

wurde und auch heute noch im SGB XIV zu finden ist“. So sei zum Beispiel der Grundgedanke des Reichsversorgungsgesetzes erhalten geblieben: Jemand erleidet einen Schaden, und der Staat entschädigt, wenn gesundheitliche und wirtschaftliche Folgen für die Betroffenen eingetreten sind.

M

Mit dem 1950 verabschiedeten Bundesversorgungsgesetz (BVG) wird das Reichsversorgungsgesetz weiterentwickelt. Der Fokus liegt weiter auf Kriegsoptionen sowie deren Angehörigen und Hinterbliebenen. Das BVG ist geprägt davon, dass viele Abgeordnete im Bundestag selbst vom Krieg betroffen waren, und ebenfalls auf abgeschlossene Schadensereignisse ausgerichtet: „Da ist etwas geschehen, ein Soldat hat zum Beispiel sein Bein verloren, und dann wird geschaut, wie es für den Betroffenen weitergeht“, erklärt Bruns.

Je älter die Bundesrepublik wird, desto mehr rücken die Folgen von bewaffneten staatlichen Konflikten in den Hintergrund. In dieser Zeit, Mitte der 1970er-Jahre, nimmt der Staat erstmals die Opfer von Gewalt in den Blick: mit dem Opferentschädigungsgesetz (OEG).

In der ersten Lesung für das OEG im Oktober 1974 sagt der damalige Justizminister Hans-Jochen Vogel (SPD), mit den neuen gesetzlichen Vorschriften betreue die sozialliberale Bundesregierung „gesetzgeberisches Neuland“. Kern des Problems sei die Erkenntnis, „dass alle Anstrengungen zur Verbrechensverhütung und zur Verbrechensbekämpfung die Begehung von Straftaten niemals gänzlich verhindern können“. Die Gesellschaft könne den Opfern von Straftaten gegenüber nicht gleichgültig bleiben. Die Folgen könnten „von dem Opfer oder seinen Hinterbliebenen auch nicht in allen Fällen aus eigener Kraft gemeistert werden“. Deshalb brauche es „soziale Gerechtigkeit, Hilfsbereitschaft und Humanität“.

1976 wird das OEG eingeführt. Erstmals werden damit Opfer von Gewalttaten systematisch entschädigt, indem die Strukturen des BVG auf zivile Gewaltopfer

„Manchmal fange ich ganz plötzlich an zu weinen“

In den ersten Tagen „habe ich nur geweint, konnte nicht schlafen“, sagt Nelli S. Fünf Jahre ist das her. „Es geht nicht vorbei. Ich glaube, es wird nie vorbeigehen. Vor allem in der Nacht kommen die Bilder hoch und Trauer, Wut, Schuldgefühle. Manchmal fange ich auch ganz plötzlich an zu weinen.“

Im Frühjahr 2021 wurde ihr 22-jähriger Enkel David S. erwürgt, in der psychiatrischen Klinik in Haina, in die er zu seinem Schutz eingewiesen worden war. Das WEISSER RING Magazin hat 2025 über mangelnde Vorichtsmaßnahmen der Klinik, die Kritik zurückweist, und Versäumnisse bei der Aufklärung berichtet. Kurz nach der Tötung von David, der lange bei seiner Oma lebte, starb sein Bruder Daniel an Krebs. Nelli S. besucht die beiden fast täglich auf dem Friedhof und pflegt liebevoll die Gräber. Sie hatte ein enges Verhältnis zu ihren Enkeln, fuhr mit ihnen in den Urlaub.

Nelli S. ist schwer depressiv und in Behandlung, doch das Versorgungsamt hat ihren Antrag auf Opferentschädigung Ende 2024 abgelehnt. Ein Gutachten bestätigt die Depressionen. Allerdings, so das Amt, hätten diese bereits vor dem Tod ihres Enkels vorgelegen und sich in belastenden Situationen gezeigt. Der Verweis auf frühere gesundheitliche Probleme ist eine gängige Argumentation von Ämtern, der Nelli S. entschieden widerspricht. Die 70-Jährige hat Schicksalsschläge hinter sich: So verlor sie ihren Mann mit Anfang 30. Bevor David getötet wurde, sei es ihr aber nie so schlecht gegangen, auch wenn sie sich 2019 psychologische Hilfe geholt habe, aufgrund der Erkrankung ihres Enkels: „Ich war immer eine starke Frau, eine fröhliche Frau, wirkte jung und wurde im Urlaub für die Mutter von David und Daniel gehalten. Das ist vorbei. Letztens sagte eine Freundin zu mir, ich hätte schon seit Jahren nicht mehr richtig gelacht.“

Der Antrag ihrer Tochter Galina S., die in Niedersachsen lebt, wurde bewilligt. Was für Nelli S. den Umgang mit ihr noch unbegreiflicher macht: „Es ist offensichtlich, wie schlecht es mir geht. Ich habe mein ganzes Leben lang gearbeitet. Aber die Unterstützung, die ich brauche, bekomme ich nicht.“ Teilweise sei sie sehr unsensibel behandelt worden: Eine Gutachterin habe zu ihr gesagt, sie sei noch jung, solle einen Mann finden und ihr Leben genießen. „Wie kann man so etwas zu einer Frau sagen, die ihren Enkel durch so ein Verbrechen verloren hat?“ Auch einige Fragen hätten ihr zugesetzt, etwa, ob sie nach der Todesnachricht in Ohnmacht gefallen sei. „Wäre das die ‚richtige‘ Reaktion gewesen? Jeder reagiert anders.“

Der gewaltsame Tod ihres Enkels hat Nelli S. nicht nur psychisch, sondern auch finanziell zugesetzt, etwa durch Bestattungs- und Anwaltskosten. „Ich habe so gut wie keine Ersparnisse mehr, und alles ist teuer. Ich schäme mich, dass ich meinen Enkeln kaum noch etwas geben kann.“

Nelli S. hat beim Sozialgericht Marburg Klage eingereicht. Er rege an, diese zurückzunehmen, schreibt der Vorsitzende Richter in einem Brief, weil er „keine natürliche Einheit zwischen der Gewalttat und der psychischen Erkrankung“ sehe. Die Anwältin von Nelli S. wäre bereit, vor das Landessozialgericht zu ziehen. Sie sieht ihre Mandantin im Recht. S. zweifelt: „Ich habe Angst vor Schulden und vor der zusätzlichen Belastung. Jeder Brief in dem Zusammenhang lässt alles wieder hochkommen.“

1976

Opferentschädigungsgesetz

Im Mai 1976 tritt das Opferentschädigungsgesetz in Kraft. Der deutsche Staat nimmt damit zum ersten Mal Opfer von Gewalttaten in den Blick.

2016

Breitscheidplatz-Anschlag

Nach dem islamistischen Terroranschlag auf dem Berliner Breitscheidplatz erhält die Debatte um die Reform des Gewaltopferrechts eine neue Dynamik.

übertragen werden. Doch insbesondere Opfer psychischer Gewalt, von Stalking, Menschenhandel oder langjährigen Missbrauchserfahrungen können nur eingeschränkt Leistungen geltend machen. Opferverbände kritisieren, dass die Verwaltungsverfahren zu lange dauern und Anforderungen beim Nachweis von Tat und Schädigungsfolgen hoch sind. So fordert der WEISSE RING, psychische Gewalt stärker zu berücksichtigen, sowie schnellere Verfahren, die die Opfer im Blick haben.

D

Die Debatte über eine Reform des OEG beginnt nach der Jahrtausendwende. So appelliert der Bundesrat im Jahr 2007 an die Bundesregierung, gemeinsam mit den Ländern „ein Konzept für ein zukunftsfähiges und den Anforderungen an ein Gewaltopferrecht gerecht werdendes Entschädigungsrecht“ zu entwickeln. Die Debatte erhält nach dem islamistischen Terroranschlag auf dem Berliner Breitscheidplatz im Dezember 2016 eine neue Dynamik. Die Erfahrungen von Betroffenen und Angehörigen machen deutlich, dass das bestehende System als zu komplex und schwerfällig wahrgenommen wird. Die damalige Bundesregierung (CDU/CSU und SPD) greift diese Kritik auf und legt 2019 den Entwurf eines neuen Sozialen Entschädigungsrechts vor. Der damalige Bundessozialminister Hubertus Heil (SPD) sagt in der ersten Lesung des Gesetzentwurfs im Oktober 2019, das damalige Entschädigungsrecht sei noch stark auf die Folgen der Weltkriege ausgerichtet. Es brauche aber ein der heutigen Lebenswirklichkeit angepasstes Hilfesystem für Opfer von Gewalt.

Mit dem Beschluss des SGB XIV im November 2019 und seinem Inkrafttreten zum 1. Januar 2024 wird das Soziale Entschädigungsrecht neu geordnet. Das Gesetz bündelt die bisherigen Regelungen in einem eigenständigen Sozialgesetzbuch und erweitert den Kreis der Anspruchsberechtigten wie Opfer bestimmter Formen psychischer Gewalt. Außerdem werden die Schnellen Hilfen eingeführt: Traumaambulanzen und ein Fallmanagement,

das Betroffene dabei begleiten soll, ihre Ansprüche geltend zu machen.

Kapitel II

Viele Anträge werden abgelehnt

Wie aber wirkt die Reform? Wie fällt die erste Bilanz aus, zweieinhalb Jahre nach Start des SGB XIV?

Seit Inkrafttreten am 1. Januar 2024 lehnten Behörden in Deutschland im Schnitt mehr als die Hälfte der Anträge auf Soziale Entschädigung ab und bewilligten weniger als ein Viertel. Der Blick in die Bundesländer offenbart große Unterschiede. Das hat eine Umfrage des WEISSER RING Magazins bei allen Sozialbehörden der Länder sowie bei der Bundesstelle für Soziale Entschädigung (BfSE) ergeben. Die Zahlen beziehen sich auf alle Anträge, also neben Gewaltopfern auch Impfgeschädigte und andere Gruppen.

Nur Thüringen und Brandenburg nannten Zahlen zu Gewaltopfern: In Thüringen wiesen die Behörden 2024 insgesamt 52,2 Prozent der Anträge von Gewaltopfern ab und bewilligten 31,7 Prozent. 2025 sank die Ablehnungsquote auf 43,3 Prozent, während nur 22 Prozent der Anträge durchgingen. 34,8 Prozent der Fälle wurden „aus sonstigen Gründen“ abgeschlossen, etwa wegen Umzug, Tod des Antragstellers oder fehlender Mitwirkung. Zum Vergleich: Vor der Reform im Jahr 2023 lag die Ablehnungsquote in Thüringen bei 42,6 Prozent, die Bewilligungsquote bei 31,6 Prozent, 25,8 Prozent fielen in die Kategorie „sonstige Gründe“. Laut BfSE stieg die Zahl der leistungsberechtigten Gewaltopfer in Thüringen von Dezember 2024 bis Dezember 2025 um 13,4 Prozent – von 477 auf 541. Die Antragszahlen in Thüringen erfassen auch die Personen, die nur Leistungen der Traumaambulanz nutzten.

I

In Brandenburg hingegen zählen diese nicht dazu. Dort sank die Ablehnungsquote 2024 bei Gewaltbetroffenen auf 33,1 Prozent (2023: 53,6 Prozent), die

„Anstatt Betroffene wie mich zu unterstützen, hat der deutsche Staat mir mehr Hürden in den Weg gelegt.“

Christina Feist

Christina Feist hat vor fast sieben Jahren das rechtsterroristische Attentat auf die Synagoge in Halle (Saale) überlebt. Seitdem kämpfe sie um ihr Recht auf Heilung, sagt sie.





„Ich kämpfe nicht, weil ich will, sondern weil ich muss“

Christina Feist hat im Jahr 2019 das rechtsterroristische Attentat in Halle (Saale) überlebt. Hier berichtet sie von ihren Erfahrungen mit der Opferentschädigung.

Als Überlebende des Attentats von Halle kämpfe ich seit knapp sieben Jahren für mein Recht auf Heilung. Es ist ein Kampf gegen Behörden, allen voran das Landesamt für Gesundheit und Soziales (LaGeSo), gegen einen gesellschaftspolitischen Diskurs, der von rechtem Terror Betroffene kleinhalten will und unser Trauma verharmlost, und gegen die gängige Praxis der Opferentschädigung in Deutschland, die die langfristigen Folgen eines solchen Traumas für Betroffene verkennt. Seit Jahren stiehlt mir dieser Kampf Arbeitszeit, Wochenenden und Freizeit. Wie viele Betroffene rechter Gewalt in Deutschland kämpfe ich nicht, weil ich will, sondern weil ich muss. Weil es sonst niemand tut.

Nach dem Anschlag konnte ich eine pauschale Härteleistung beim Bundesamt für Justiz beantragen. Diese Einmalzahlung ist eine freiwillige Entschädigungsleistung des Staates. Bemessungsgrundlage: unklar. Der Höchstbetrag liegt bei 20.000 Euro und wird nur bei einer nachgewiesenen dauerhaften Arbeitsunfähigkeit ausbezahlt. Wer in diese Kategorie fällt, wurde körperlich und psychisch so schwer geschädigt, dass auch 20.000 Euro nicht mehr als ein Tropfen auf den heißen Stein sind. Auch alle anderen werden mit Pauschalleistungen abgespeist, die in keinem Verhältnis zur Tat und deren langfristigen Konsequenzen stehen.

Die Folgen eines solchen Traumas, die dynamische Natur einer Posttraumatischen Belastungsstörung (PTBS), die Betroffene ein Leben lang begleitet, scheint weder dem Gesetzgeber noch dem LaGeSo oder seinem Ärztlichen

Dienst bekannt zu sein. Auch die vom LaGeSo manchmal zugesprochene Rente wird nicht lebenslang vergeben, sondern nur für einen festgesetzten, meist viel zu kurzen Zeitraum. In meinem Fall waren es 17 Monate, und der Betrag war so gering, dass die Zahlung mehr Hohn als echte Hilfe war.

Infolge des Attentats hat sich der Abschluss meiner Promotion um drei Jahre verzögert - wegen Arbeitsunfähigkeit. Zusätzlich habe ich seit dem 9. Oktober 2019, konservativ gerechnet, über 30.000 Euro in Gesprächstherapie investiert, damit ich nicht an meinem Trauma sterbe. Und damit ich weiter für mein Recht auf Heilung kämpfen kann. Das LaGeSo hat nur einen Bruchteil davon rückerstattet, und das mit gehöriger Verspätung. Eine zusätzliche EMDR-Therapie für meine Panikattacken hat der ärztliche Dienst des LaGeSo als „nicht sinnvoll“ eingestuft und die Rückerstattung abgelehnt - entgegen der Empfehlung meiner Therapeutin. Dabei ist erwiesen, dass EMDR (Eye Movement Desensitization and Reprocessing) eine der effektivsten Therapien bei PTBS ist.



Als Überlebende muss ich mir von schlecht ausgebildeten Behördenmitarbeitern erklären lassen, welche Therapie ich brauche, wie viel ich davon machen darf, wann und wie lange. Ich stehe in einem Abhängigkeitsverhältnis zum Staat und seinen Behörden, das von unklaren, unzureichenden Grundlagen und der Übermacht von Sachbearbeitenden beim LaGeSo,

beim Justizministerium und anderen staatlichen Stellen geprägt ist. Dabei ist ein entscheidender Faktor in der Behandlung von PTBS das selbstbestimmte Handeln. Trotzdem spielt Betroffenenaufonomie in der Opferentschädigung keine Rolle. Unsere Heilung ist aus finanziellen Gründen oft fremdbestimmt. Wir sind dem Staat ausgeliefert.

Die langen Wartezeiten und re-traumatisierenden Abläufe am LaGeSo haben mich wiederholt ins Burn-out gejagt, in finanzielle Existenznot getrieben und meinen Heilungsweg erschwert. Ich wusste oft nicht, wovon ich meine Miete oder die nächste Mahlzeit bezahlen soll. Immer wieder bin ich weinend zusammengebrochen - einmal am Telefon mit dem damaligen Opferbeauftragten. Trotzdem bin ich immer wieder aufgestanden. Weil ich muss. Liegen bleiben kann ich mir finanziell nicht leisten. 2025 hatte ich nach Jahren der Anstrengung und Verzweiflung schließlich Suizidgedanken.

Anstatt Verantwortung zu übernehmen und Betroffene wie mich unkompliziert und effizient zu unterstützen, hat der deutsche Staat mir mehr Hürden in den Weg gelegt, mich schikaniert, alleingelassen und meiner mentalen, körperlichen und finanziellen Gesundheit geschadet. Die finanziellen Konsequenzen dieses Staatsversagens zahle ich immer noch ab.

Was ich daraus gelernt habe? Deutschland interessiert sich nicht für seine Opfer. Auf diesen Staat ist kein Verlass.



Bewilligungsquote stieg auf 33,4 Prozent (2023: 31,7 Prozent). Auffälligster Befund für 2024 ist der deutliche Anstieg auf 33,4 Prozent bei den Rücknahmen und sonstigen Erledigungen (2023: 14,8 Prozent). 2025 wurden 40,8 Prozent der Anträge abgelehnt – deutlich mehr als im Vorjahr. Bewilligt wurden 31,4 Prozent. 27,7 Prozent der Fälle wurden „aus sonstigen Gründen“ abgeschlossen oder von den Antragstellenden zurückgenommen. Die Zahl der leistungsberechtigten Gewaltopfer stieg zwischen Dezember 2024 und Dezember 2025 um 5,1 Prozent – von 626 auf 658.

Das WEISSER RING Magazin hat bei allen 16 Bundesländern und der Bundesstelle gezielt nach Daten zu Gewaltopfern gefragt. Die Antwort überraschte: Solche Daten würden nicht erhoben, hieß es. Obwohl das Gesetz die Sozialbehörden verpflichtet, detaillierte Daten zu sammeln, war das nötige IT-System zum Start 2024 nicht einsatzbereit. Der Gesetzgeber reduzierte kurz vor Inkrafttreten des SGB XIV die Anzahl der für die Statistik zu erhebenden Daten bis 2027.

Außer Thüringen und Brandenburg meldeten die Bundesländer nur Gesamtzahlen zu Anträgen aus allen Bereichen des Sozialen Entschädigungsrechts. 2025 bearbeiteten die Behörden bundesweit 11.286 Anträge, von denen sie 6.221 ablehnten und 2.779 bewilligten. 683 Anträge zogen Betroffene zurück, 1.603 Fälle wurden „aus sonstigen Gründen“ abgeschlossen. Die Ablehnungsquote lag 2025 bei 55,1 Prozent, die Bewilligungsquote bei 24,6 Prozent. Für 2024 lagen wegen der IT-Probleme nur Daten für das zweite Halbjahr vor. Von 4.605 bearbeiteten Anträgen wurden 2.458 abgelehnt (53,4 Prozent).

Hessen verzeichnet die höchste Ablehnungsquote

Unklar bleibt, wer hinter den Anträgen steckt. Gewaltopfer bilden laut Behörden die größte Gruppe, doch auch die Corona-Pandemie wirkt nach. Rheinland-Pfalz (Ablehnungsquote 2024: 67,1 Prozent / 2025: 66,3 Prozent) führt die vielen abgelehnten Anträge auch auf die Bearbeitung von Impfschäden zurück. Ohne diese blieb für 2024 eine Ablehnungsquote von 45,4

Prozent. 2025 lag diese bei 56,2 Prozent. Zu weiteren Gründen weist das Landesamt für Soziales, Jugend und Versorgung darauf hin, dass „Psychische Gewalt“ nicht als Tatbestand einer Gewalttat anerkannt werden könne, wenn der Antrag zwar nach 2024, dem Inkrafttreten des Gesetzes, gestellt wurde, die angeschuldigte Tat selbst aber ausschließlich vor diesem Zeitpunkt stattgefunden hat.

A

Auch Nordrhein-Westfalen wies die Anträge auf Impfschäden separat aus, lehnte ohne sie 2024 mehr als 47 Prozent und 2025 über 51 Prozent der Anträge ab. Das dortige Sozialministerium nennt als Hauptgrund für die hohe Ablehnungsquote die Schwierigkeit, den Zusammenhang zwischen Gewalttat, Gesundheitsstörung und Schädigungsfolgen nachzuweisen. Besonders problematisch seien Anträge zu Taten, die Jahre oder Jahrzehnte zurückliegen, da oft Beweise oder Zeugen fehlen.

Hessen verzeichnete 2024 mit 71 Prozent die höchste Ablehnungsquote. Das zuständige Regierungspräsidium Gießen betont, dass jede Prüfung individuell erfolge. Auch Berlin (59,7 Prozent) und Bayern (57,1 Prozent) lagen über dem Durchschnitt. Das Berliner Landesamt für Gesundheit und Soziales (LaGeSo) teilte mit, es würden auch Anträge gestellt, bei denen die rechtlichen Voraussetzungen nach der Prüfung nicht erfüllt seien oder die gesetzlich erforderlichen Nachweise nicht erbracht werden könnten.

Bei den Bewilligungen führten das Saarland (54,1 Prozent), Sachsen-Anhalt (45,8 Prozent) und Mecklenburg-Vorpommern (42,5 Prozent). In Sachsen-Anhalt gab es 2025 sehr viele Anträge aufgrund des Anschlags auf den Magdeburger Weihnachtsmarkt im Dezember 2024. Sachsen fiel mit nur 3,3 Prozent im Jahr 2025 auf. Der Kommunale Sozialverband Sachsen erklärte, dass die Zahlen nur Anträge nach dem SGB XIV ab 2024 umfassen. In den meisten Bundesländern werden auch die erledigten Anträge gezählt, die vor dem 1. Januar 2024 gestellt wurden.

19.654

Anträge auf Soziale Entschädigung sind im Jahr 2024 bundesweit gestellt worden.

18.659

Anträge auf Soziale Entschädigung sind im Jahr 2025 bundesweit gestellt worden.

„Erst konnten sie
uns nicht schützen.
Und jetzt warte ich
schon so lange auf
die Entschädigung.“

Adelheid Dinkel

Adelheid Dinkels Partner wurde vor etwas mehr als zwei Jahren getötet. Wegen der Tat leidet sie laut Diagnose ihrer Psychotherapeutin an einer Posttraumatischen Belastungsstörung. Bis heute gibt es von Amts wegen keine Entscheidung über ihre Entschädigung nach dem SGB XIV.

Gegen die Entscheidungen gingen 2024 bundesweit 3.215 Widersprüche ein. Die Verfahren gingen nur selten zugunsten der Betroffenen aus: Die Behörden arbeiteten 7.260 Widerspruchsverfahren ab, davon waren 5.026 erfolglos (69,2 Prozent). Das geht aus dem jährlichen Tätigkeitsbericht der Widerspruchsstellen hervor, den das Bundesministerium für Arbeit und Soziales veröffentlicht.

D

Die Zahl der Anträge stieg 2024 durch die Ausweitung der Leistungsberechtigten im SGB XIV um fast 30 Prozent, sank jedoch 2025 wieder um knapp 5 Prozent – von rund 19.650 auf 18.650. Damit erreichte sie ungefähr das Niveau der reinen Gewaltopfer-Anträge nach dem OEG im Jahr 2019 (18.451). André Reichenbächer von der Gewerkschaft der Sozialverwaltung (GdV) beobachtet nach Rückmeldungen seiner Kolleginnen und Kollegen, dass das Antragsniveau bei Gewaltopfern im Vergleich zum alten Recht nahezu gleichgeblieben ist. Er vermutet, dass viele Betroffene das Gesetz nicht kennen.

Viele Fragen, die das WEISSER RING Magazin den Behörden gestellt hat, bleiben offen: Wie viele Menschen nutzten nur die Traumaambulanz oder das Fallmanagement? Wie viele Anträge betrafen psychische Gewalt, wie viele davon wurden bewilligt oder abgelehnt? Diese Daten werden bislang nicht erfasst.

Der Traumaexperte Professor Jörg Fegert warnte schon vor Inkrafttreten des Gesetzes vor diesem statistischen Blindflug. Das SGB XIV sei mit dem Versprechen des Bundes an die Betroffenen verbunden gewesen, dass „alles besser wird“, sagt der Ärztliche Direktor der Klinik für Kinder- und Jugendpsychiatrie, Psychosomatik und Psychotherapie am Universitätsklinikum Ulm. „Wir Experten haben da unsere Zweifel angemeldet, und der Bund hat uns zugesichert: Wir begleiten das Gesetz, indem wir Zahlen und Daten erheben, um nachzujustieren, wenn es nötig ist.“ Das sei unterblieben. „Ich finde das skandalös“, kritisiert Fegert.

Das Bundessozialministerium räumt ein, dass für die Evaluation des Gesetzes weniger Daten vorliegen als geplant. Ob weitere Daten sinnvoll wären, könne man erst nach der ersten Evaluation entscheiden. Im Januar 2028 soll der Bundestag einen Bericht zur Wirksamkeit des SGB XIV erhalten – so sieht es das Gesetz vor. Nach Informationen des WEISSER RING Magazins tauschen sich Bund und Länder derzeit aus, inwieweit die Statistikpflichten zum 1. Januar 2027 angepasst werden sollen.

Ob die IT-Systeme bis dahin einsatzbereit sind, bleibt ungewiss. Die Länder zeigen sich auf Anfrage „bereit“, „bemüht“ oder geben „keine Prognose“ ab. Der IT-Dienstleister reagierte nicht auf eine schriftliche Anfrage.

Kapitel III Akten und Entscheidungen

In Nordrhein-Westfalen sind die Landschaftsverbände Westfalen-Lippe (LWL) und Rheinland (LVR) für die Umsetzung des SGB XIV zuständig: Im Besprechungszimmer 6.01 im sechsten Stock eines roten Backsteinbaus des LWL in Münster sitzen Amtsleiter Stephan Kiss sowie Dalene Waterkamp und Teamleiterin Alexandra Rümpel vom Fallmanagement. Sie geben Einblicke in die Arbeit der Behörde, versuchen aus ihrer Sicht zu erklären, warum Verfahren in NRW im Schnitt eineinhalb Jahre dauern und warum Ämter mehr als die Hälfte der Anträge ablehnen.

Stephan Kiss leitet das LWL-Amt für Soziales Entschädigungsrecht seit einem Jahr. Er wählt seine Worte mit Bedacht, wie ein Verwaltungsmann, der weiß, dass jedes zu groß oder zu klein klingen kann. „Die Betroffenen kommen mit sehr unterschiedlichen Bedürfnissen und Anforderungen zu uns. Manche suchen Ansprechpartner, manche wollen auch während des Verfahrens in Ruhe gelassen und nur über den Ausgang informiert werden“, sagt Kiss. „Ich möchte, dass wir als empathischer Unterstützer für Menschen in ganz schwierigen Situationen da sind. Und das möglichst unbürokratisch. Unser Fallmanagement bietet Betroffenen wichtige Unterstützung.“

Das Soziale Entschädigungsrecht spricht von Kausalität, Mitwirkung, Anspruchsvo-

Transparenzhinweis

Der WEISSE RING war ein wichtiger fachpolitischer Akteur und Verstärker der Opferperspektive während des Reformprozesses vom OEG zum SGB XIV. Den ersten Referentenentwurf aus dem Bundesministerium für Arbeit und Soziales (BMAS) lehnte der WR 2018 ab, weil dieser aus seiner Sicht bewährte Grundsätze des Opferentschädigungsrechts und wichtige Leistungsaufgaben. Seine Stellungnahme wurde im offiziellen Verbandsverfahren berücksichtigt und vom BMAS veröffentlicht. Der Ausschuss für Arbeit und Soziales lud den WEISSEN RING zur öffentlichen Anhörung am 4. November 2019 ein. Der WR legte eine ausführliche Stellungnahme vor, begrüßte Teile der Reform und forderte Nachbesserungen, etwa bei Verfahren, Begutachtung, Auslandsfällen und vorläufigen Leistungen. Zugleich warb er bei Bundestag und Bundesrat öffentlich für den überarbeiteten Entwurf.

§1, Abs.1

SGB XIV

„Die Soziale Entschädigung unterstützt Menschen, die durch ein schädigendes Ereignis, für das die staatliche Gemeinschaft eine besondere Verantwortung trägt, eine gesundheitliche Schädigung erlitten haben, bei der Bewältigung der dadurch entstandenen Folgen.“

raussetzung. Die Menschen, für die es gemacht ist, sagen: Ich schlafe nicht mehr. Ich kann nicht mehr arbeiten. Ich habe Angst und weiß nicht weiter. Das Fallmanagement übersetzt zwischen beiden Welten, soll zuhören, vermitteln und verhindern, dass Menschen nach einer Gewalttat auch noch am Staat scheitern. Damit es keine Überschneidungen mit der Sachbearbeitung gibt, ist das Fallmanagement beim LWL einem anderen Referat angegliedert und trifft keine Entscheidungen über Anträge.

F

Fallmanagerin Dalene Waterkamp betreut Dortmund, Herne und den Kreis Unna. „Wir erleben häufig, dass Menschen uns erzählen, dass sie in ihrer Kindheit Gewalt erfahren haben, ihnen jedoch das Soziale Entschädigungsrecht jetzt erst bekannt geworden ist“, sagt sie. „Die für die Fallermittlung erforderlichen Schilderungen sind oft sehr sensibel und schwierig für Betroffene.“ Dann koordiniert sie das Verfahren, ist Ansprechpartnerin und leitet Unterlagen an die Sachbearbeitenden weiter.

Die Fallmanager in Westfalen-Lippe treffen sich mit Betroffenen auf Wunsch auch in Beratungsstellen, öffnen mit ihnen die Behörden-Briefe und beantworten Fragen sofort. „Wir hatten auch Verfahren, die wegen fehlender Mitwirkung erledigt wurden, weil die Betroffenen Angst hatten, unsere Post zu öffnen“, erinnert sich Waterkamp. Das Fallmanagement könne helfen, das Verfahren zu strukturieren und zwischen Antragsteller und Sachbearbeitung zu vermitteln. „Bei Verständnisfragen gehen wir die Schreiben mit den Antragstellenden am Telefon durch, übersetzen den Inhalt in eine verständlichere Sprache.“ Das multiprofessionelle Team aus Sozialarbeitern und Verwaltungsmitarbeitern bildet sich regelmäßig fort, etwa zu traumasensibler Beratung und gewaltfreier Kommunikation. Es gibt bundesweite Treffen. „Wir sprechen dort über den Umgang mit Herausforderungen in der täglichen Arbeit“, sagt Alexandra Rümpel.

Das WEISSER RING Magazin hat deutschlandweit seine Landesbüros und

Außenstellen sowie alle zuständigen Sozialbehörden zur Umsetzung des SGB XIV befragt. Das gesetzlich verankerte Fallmanagement gilt demnach als Verbesserung – für Betroffene und Behörden. Es habe sich „als sinnvolles Instrument bewährt“, schreibt auch die Sozialbehörde Hamburg. Das Landesamt für Gesundheit und Soziales in Mecklenburg-Vorpommern berichtet von „positiven Erfahrungen“. Doch die Umfrage zeigt auch: Das Fallmanagement ist personell sehr unterschiedlich aufgestellt. In Baden-Württemberg arbeiten 26, in Bayern 4 Fallmanager. Das Landesbüro des WEISSEN RINGS in Bremen hebt die beiden Fallmanagerinnen in Bremen und Bremerhaven hervor, die „empathisch und engagiert“ seien und zu einer „direkteren, sensibleren Kommunikation des Versorgungsamtes“ beitragen. In NRW arbeiten 21 Fallmanagerinnen und Fallmanager, acht davon beim LWL. Die Außenstelle Unna bewertet deren Arbeit als positiv.

Kritik an Bearbeitungszeiten

Während das Fallmanagement in der Umfrage gelobt wird, stoßen die Verfahrensdauern auf Kritik: Vom WEISSEN RING in Bremen heißt es, die Anträge würden nach wie vor lange bearbeitet. Die Außenstelle Unna berichtet auch von langwierigen Verfahren beim LWL. Stephan Kiss sagt dazu: „Das Soziale Entschädigungsrecht ist sehr komplex: Liegt eine Gesundheitsschädigung vor? Liegt diese kausal bei der Tat? Was war vorher schon da? Die Antworten auf diese Fragen, die oft medizinisches Spezialwissen erfordern, kosten Zeit.“ Wie viel Zeit die Verfahren durchschnittlich dauern, wollte das WEISSER RING Magazin ebenfalls wissen. Das Sozialministerium NRW beantwortete die Frage als einzige Behörde konkret: 18 Monate. Weiter schreibt es: „Mit den langen Bearbeitungszeiten sind weder das Land noch die Vollzugsbehörden zufrieden.“ Man arbeite daran, schneller zu werden. Dazu gehöre auch eine Werbekampagne für mehr Gutachterinnen und Gutachter. Denn an ihnen herrscht akuter Mangel, was die Verfahren in die Länge zieht.

Für Betroffene sind diese Wartezeiten sehr belastend. Das Fallmanagement versucht sie abzufedern. „Wir haben auch die

Möglichkeit, Zwischenmitteilungen zum Stand des Antragsverfahrens zu geben“, erklärt Waterkamp. „Die Antragstellenden bekommen nicht mit, wenn wir auf Papierakten von der Staatsanwaltschaft oder Gutachten warten müssen.“

D

„Der Anspruch des SGB XIV ist grundsätzlich richtig. Die Beweiserleichterung bei der Kausalitätsprüfung soll dazu beitragen, Verfahren zu beschleunigen“, sagt Stephan Kiss. Die Frage, warum trotzdem so viele Anträge abgelehnt werden, bleibt an diesem Tag unbeantwortet. Dafür müsse man sich jeden Einzelfall ansehen. „Man kann die Fälle nur selten miteinander vergleichen“, sagt Waterkamp. Manchmal werde das Entschädigungsrecht auch missverstanden. „Es wird nicht die Tat an sich entschädigt, sondern die gesundheitliche Schädigung.“ Es gebe Fälle, in denen zwei Geschwister das Gleiche erleben, aber nur einer der beiden eine Entschädigung bekomme. „Das ist im ersten Moment unverständlich, aber es geht bei der Sozialen Entschädigung immer um die Gesundheit, deshalb werden Therapiekosten gezahlt und Traumaambulanzen, die eine Chronifizierung verhindern sollen.“

Kapitel IV

Mehr Mut und Rückendeckung

Said Etris Hashemi hat den rassistischen Terroranschlag von Hanau am 19. Februar 2020 knapp überlebt. Er hat eigene Erfahrungen mit dem Entschädigungsverfahren gemacht und tauscht sich in einem Solidarnetzwerk mit anderen Betroffenen aus. Hashemi, dessen Antrag bewilligt wurde, setzt sich für mehr Opferrechte ein, auch bei der finanziellen Unterstützung, und steht hierzu in Kontakt mit der Politik. Er kritisiert, das Verfahren sei nach wie vor „belastend, bürokratisch“ und gehe über Jahre: „Die Ungewissheit ist quälend.“

Zudem sei die „hohe Beweislast“ aufseiten der Betroffenen problematisch: „Man rennt von Arzt zu Arzt, fühlt sich

„Als Opfer bleibt man oft auf der Strecke“

„Am schlimmsten ist es, wenn mich die Einsamkeit überkommt, abends und nachts. Wenn ich nach dem Sport alleine bin und das Haus so leer ist“, erzählt Adelheid Dinkel. „Dann höre ich die mehr als zwanzig Schläge, mit denen Volker getötet wurde. Und frage nach dem Warum, auch wenn ich weiß, dass ich nie eine Antwort bekomme.“ Dinkel fand ihren 58-jährigen Partner in der Nähe ihres Hauses in Häfnerhaslach, am 24. Februar 2024. Den Anblick werde sie nie vergessen. Die Diagnose ihrer Psychotherapeutin fällt klar aus: Dinkel leide unter „einer schweren Posttraumatischen Belastungsstörung“ und einer „schweren depressiven Symptomatik“, die mit Schlafstörungen, hohen Stressreaktionen, Verlust an Freude und „extremen Angstzuständen“ einhergehe. „Wenn mir ein Mann entgegenkommt, der mich ein bisschen an den Täter erinnert, etwa, weil er einen langen Bart hat, muss ich die Straßenseite wechseln“, sagt Dinkel.

Mit dem SGB XIV sollten Opfer schneller und unbürokratischer entschädigt werden. Doch die 72-Jährige wartet weiter, obwohl sie ihren Antrag bereits im April 2024 stellte und Rückfragen zeitnah beantwortete. Ende Januar dieses Jahres erhielt sie vom Fachbereich Versorgungsangelegenheiten des Landkreises einen Bescheid darüber, dass ein Teil der Bestattungs- und Überführungskosten übernommen wird, insgesamt 8.300 Euro. Der Rest des Verfahrens läuft immer noch. Zuletzt kündigte das Amt an, dass sie demnächst psychiatrisch begutachtet werden soll, in Winnenden. Ein weiter Weg für die 72-Jährige.

Entfernung war schon vorher ein Thema. Nach der Tat gab es keine Traumaambulanz in ihrer Nähe. Deshalb suchte sie selbst eine Therapeutin, bei der sie glücklicherweise relativ früh einen Termin bekam. Tanja Leonhard, Leiterin der Außenstelle Ludwigsburg des WEISSEN RINGS, die Adelheid Dinkel unterstützt, betont, dass die Mitarbeitenden in der Behörde nett und gesprächsbereit seien und Verständnis für Dinkels belastende Situation äußerten. Unter dem Strich bleibe aber die lange Bearbeitungszeit.

Vor dem tödlichen Angriff war der Täter, der nebenan in einer Unterkunft lebte, immer wieder auffällig geworden. Er hatte offenbar einen Mitbewohner mit einem Messer attackiert, wiederholt Leute bedroht und viel Alkohol getrunken. Zudem war er an Schizophrenie erkrankt, wurde aber nicht richtig behandelt. Dinkel kritisiert: „Der Tod meines Mannes hätte verhindert werden können, wenn es vorher echte Konsequenzen gegeben hätte, der Täter zum Beispiel eingewiesen worden wäre.“

Adelheid Dinkel ist enttäuscht vom Staat: „Erst konnten sie uns nicht schützen, obwohl wir vor dem Mann gewarnt haben. Dann übernimmt niemand Verantwortung. Und jetzt warte ich schon so lange auf die Entschädigung, mehr als zwei Jahre. Der Täter bekommt sofort einen Pflichtverteidiger und eine Therapie, als Opfer bleibt man oft auf der Strecke.“

Halt geben ihr ihre Familie und viele Menschen im Ort: „Auch deshalb will ich hier nicht wegziehen.“ Außerdem habe sie in dem Haus mit ihrem Mann zusammengelebt. Es gibt dort viele Erinnerungsstücke, im Flur steht ein Foto von Volker. „Ich kann das nicht aufgeben. Ich spreche nach wie vor mit ihm.“

103

Fallmanager arbeiteten 2025 bundesweit; regional allerdings ungleich verteilt: In Baden-Württemberg 26, in NRW 21, in Bayern nur 4.



25.949

Gewaltopfer erhielten 2025 bundesweit Soziale Entschädigung. (Stichtag: 31.12.) Dazu gehören auch Angehörige, Hinterbliebene und Nahestehende.

gezwungen, Termine wahrzunehmen, auch wenn man gerade keine Kraft hat, und muss damit rechnen, dass der Antrag – wie in vielen Fällen – abgelehnt wird oder nur ein niedriger Grad der Schädigungsfolgen gesehen wird“, so Hashemi. „Wenn die Öffentlichkeit hinschaut, wie im Fall von Hanau, ist die Chance auf Anerkennung größer, andere Opfer haben es oft noch schwerer.“

Späte Anerkennung des Leids

Viele würden das Gesetz nicht kennen, andere wegen der Belastung keinen Antrag stellen oder das Verfahren abbrechen: „Ich bin froh, dass ich eine gute Beratung hatte, ohne hätte ich es wohl nicht geschafft.“

Sehr viel hänge vom abschließenden psychologischen Gutachten ab: „Betroffene müssen sich vor einer Person, die sie noch nie gesehen haben, emotional ‚entblößen‘. Manche können sich nicht richtig öffnen, andere schaffen es, werden dadurch aber retraumatisiert.“

Der Bestsellerautor („Der Tag, an dem ich sterben sollte“) spricht sich dafür aus,

den „bürokratischen Aufwand und die Beweislast zu reduzieren“ – und den Abstand zwischen den Wiederbegutachtungen zu vergrößern. „Man muss bedenken, dass jedes Mal Wunden, die zumindest zum Teil verheilt sind, wieder geöffnet werden.“ Bei einer Reihe von Hanauer Opfern stehen bald die Nachuntersuchungen an.

Bianca Biwer hat als damalige Bundesgeschäftsführerin des WEISSEN RINGS die Reformdebatte über die Soziale Entschädigung viele Jahre begleitet. Der ursprüngliche Ansatz der Politik sei gewesen, das Regelwerk zu vereinfachen – zum Beispiel mit pauschalen Leistungen. „Der WEISSE RING plädierte dafür, nicht die Vielfalt an Regulierungsmöglichkeiten aus dem OEG zu streichen“, sagt Biwer. Der Verein habe auf „differenzierte Lösungen“ gesetzt: bewährte Regeln beibehalten, psychische Gewaltfolgen anerkennen, Lotsen für Betroffene etablieren. Dass viele dieser Forderungen später ins Gesetz aufgenommen wurden, wertet Biwer als außergewöhnlichen Erfolg. Das SGB XIV sei heute ein „sehr differenziertes Gesetz und beinahe einmalig in Europa“.

Auch Horst Bruns sieht im SGB XIV einen Fortschritt. Positiv bewertet er, dass psychische Gewalt im neuen Gesetz anerkannt wird. Fälle von Stalking, selbst in extremem Ausmaß, hätten im OEG keine Chancen gehabt, anerkannt zu werden – außer die Betroffenen erlitten zusätzlich körperliche Gewalt. Wichtig sind für ihn die Schnellen Hilfen. Oft entscheide es sich in den ersten Wochen und Monaten nach einer Gewalttat, ob Menschen dauerhaft sozial, psychisch oder beruflich beeinträchtigt werden – oder ob es gelingt, sie schnell wieder ins „normale“ Leben zurückzubringen. Darin sieht Bruns „die große Chance des Gesetzes“: Traumaambulanzen, Fallmanagement und vorläufige Leistungen seien zentral, damit Hilfe nicht erst nach jahrelangen Verfahren greife.

Jan Hildebrandt arbeitet für den Verband der Beratungsstellen für Betroffene rechter, rassistischer und antisemitischer Gewalt (VBRG). Aus Sicht des Verbands sei das OEG als zu unübersichtlich bewertet worden. „Deswegen haben wir es befürwortet, dass diese ganzen Einzelgesetze zum SGB XIV zusammengefasst wurden.“ Auch die Erhöhung der monatlichen Entschädi-

gungszahlungen im SGB XIV sei ein „wirklicher Mehrwert“ gegenüber dem OEG.

Dennoch gibt es auch Kritik an der Sozialen Entschädigung. So bilanziert Bianca Biwer: „Das Gesetz ist gut, die Umsetzung nicht.“ So gebe es Defizite bei Information, Verwaltung und Behördenpraxis. Viele Betroffene wüssten nichts von ihren Ansprüchen. „Die Beteiligten sind drin im Thema, die Betroffenen nicht.“

D

Doch auch den Behörden erschwere die Komplexität des Gesetzes die Bearbeitung, sagt André Reichenbächer von der Gewerkschaft der Versorgungsverwaltung. Eine weitere Beweiserleichterung könnte aus seiner Sicht helfen, die hohe Zahl der Ablehnungen zu senken und die Sozialverwaltungen zu entlasten. Das sei auch im Sinne der Betroffenen.

Für Bianca Biwer ist außerdem die uneinheitliche Umsetzung in den Ländern ein Problem. In manchen Bundesländern seien die zuständigen Behörden zugänglicher, in anderen

entstehe der Eindruck, sie prüften auf Ablehnung. Die Verwaltungsverfahren seien für viele Betroffene eine enorme Belastung. Werde ein Antrag abgelehnt, scheuten sie häufig weitere juristische Schritte. Opfervertreter kritisieren zudem, dass die meisten Versorgungsämter dieselben Sachverständigen beauftragten. Daraus entstehe eine Abhängigkeit aufseiten der Gutachter, die sich zulasten der Opfer in den Ergebnissen niederschlagen könne. Deshalb hält es auch der Traumaexperte Professor Jörg Fegert vom Uniklinikum Ulm für geboten, die Gutachter in den Blick zu nehmen: „In welchen und wie vielen Fällen werden externe Gutachten eingeholt? Wie oft folgt die Behörde externen Gutachten oder entscheidet anders? Die unterschiedlichen Bewertungen sind sehr belastend für Betroffene.“

Biwer betont, das Gesetz eröffne den Sachbearbeitenden in den Versorgungsämtern Ermessensspielräume bei der Entscheidung, ob und welche Leistungen ein Antragsteller erhalten kann.

55%

aller erledigten Anträge auf Soziale Entschädigung wurden 2025 abgelehnt.

25%

aller erledigten Anträge auf Soziale Entschädigung wurden 2025 bewilligt.

50 JAHRE WEISSER RING

Der WEISSE RING feiert im September seinen Geburtstag und Sie können dabei sein: Buchen Sie bis zum 21. Oktober 2026 einen Platz im nächsten Magazin und unterstützen Sie damit direkt die Arbeit des WEISSEN RINGS.

Ihre Anzeige ist mehr als Sichtbarkeit: Sie ist ein Zeichen der Solidarität und auch ein Beitrag für Menschen, die Gewalt erlebt haben.



**Jetzt buchen
oder weitersagen:
anzeige@
weisser-ring.de**

 **WEISSER RING**
Impact Campus

Said Etris Hashemi hat den rassistischen Terroranschlag von Hanau am 19. Februar 2020 knapp überlebt. Der Bestsellerautor setzt sich für mehr Opferrechte ein und hat selbst Erfahrungen mit dem Opferentschädigungsrecht gemacht.

„Man muss bedenken, dass jedes Mal Wunden, die zumindest zum Teil verheilt sind, wieder geöffnet werden.“

Said Etris Hashemi

Umso wichtiger sei der politische Wille, „den Geist des Gesetzes“ tatsächlich umzusetzen. „Der Staat kann Bürgerinnen und Bürger nicht schützen, also entschädigt er sie“, sagt Biwer. Dieses Verständnis müsse geschult und bis auf die unterste Verwaltungsebene vermittelt werden. Sie betont: „Wir brauchen wieder eine Lobby für das Gesetz.“

Auch Horst Bruns wünscht sich im Umgang mit dem SGB XIV „mehr Mut“ aufseiten der Behörden. Das sei nur mit mehr Rückhalt durch die Landesministerien möglich, die die Fachaufsicht ausüben. Frühzeitige Unterstützung, insbesondere bei Rehabilitation, beruflicher und sozialer Teilhabe sowie Psychotherapie sei entscheidend, um Betroffenen zu helfen. Behörden müssten das Risiko in Kauf nehmen, vorzeitig Unterstützung zu leisten, selbst wenn Anträge später nicht immer zu einer Anerkennung führen, „weil die frühe, umfassende Rehabilitation erfolgreich war“.

E

Eine „Ablehnungsmentalität“ in den Behörden sieht Bruns nicht. Die Mitarbeitenden agierten oft mit „großer persönlicher Überzeugung“ und seien durch die tägliche Auseinandersetzung mit belastenden Schicksalen stark gefordert. Unterschiede gebe es bei der Bewertung einzelner Sachverhalte. Bruns hebt hervor, wie wichtig positive Rückmeldungen und der Rückhalt durch Führungskräfte innerhalb der Verwaltung seien – auch angesichts möglicher Rechnungsprüfungen und der Sorge, öffentliche Mittel falsch eingesetzt zu haben. Wenn klar sei, dass frühe Hilfen politisch wirklich gewollt sind, gebe das den Mitarbeitenden mehr Sicherheit.

Beweise sind oft schwer zu erbringen

Ein weiteres Problem sieht Bruns in der Frage der Glaubhaftmachung. Gerade bei lang zurückliegenden Gewalttaten, sexualisierter Gewalt oder psychischen Traumafolgen seien Beweise oft schwer

zu erbringen. Es belaste die Betroffenen, ihre Erfahrungen immer wieder schildern zu müssen. Schon vor dem SGB XIV gab es den Vorwurf, dass viele traumatisierte Menschen die langwierigen Verwaltungs- und Gerichtsverfahren kaum durchhalten könnten und auf einen Antrag verzichten. Hier sieht Bruns einen zentralen Widerspruch im SGB XIV: Einerseits sollen Gewaltopfer schneller und zielgerichteter Leistungen erhalten, andererseits ist der Zugang vor allem zu Geldleistungen mit hohen Voraussetzungen verbunden.

M

Melanie Wurst ist Beraterin bei TAS-BAH (traumasensibles, aufsuchendes und sozialraumnahes Beratungsteam und -angebot für Attentatsbetroffene in Hanau). Sie sagt, die Reform habe für gesetzliche Fortschritte gesorgt und Hoffnungen geweckt. In der Praxis seien die Erfahrungen durchgewachsen: „Für Menschen, die ‚nur‘ eine Grundrente beziehen, ist das SGB XIV viel besser, weil die Sätze deutlich höher liegen.“ Wer finanziell anders entschädigt werde, habe durch die neue Regelung kaum Vorteile. Die Einführung eines Fallmanagements in den Versorgungsämtern sei in der Theorie sehr gut, in Hessen sei es jedoch nicht umfänglich und zeitnah „abrufbar“, was vermutlich auch mit begrenzten personellen Kapazitäten zusammenhänge. Im Rheinland, wo das Fallmanagement schon länger etabliert ist, funktioniere es besser.

Der Hamburger Rechtsanwalt Henning Gottschling vertritt Betroffene in Entschädigungsverfahren. Auch er lobt die deutlich erhöhten Sätze bei der Grundrente. Gut sei auch die gesetzliche Möglichkeit, vorzeitige Leistungen zu beziehen, bevor der Anspruch festgestellt ist, etwa, wenn eine Bewilligung wahrscheinlich ist. In der Praxis muss dieses Recht jedoch teilweise gerichtlich durchgesetzt werden (siehe Fallbeispiel Seite 96).

Zudem betont er, dass es für anerkannte Betroffene – die ein Wahlrecht zwischen dem OEG und dem SGB XIV haben – in bestimmten Konstellationen besser sei,

Gewaltopfer nach Säureangriff im Stich gelassen

Das Sozialgesetzbuch XIV verspricht Gewaltopfern schnelle Unterstützung. Doch eine schwerstverletzte, traumatisierte und mittellose Frau musste monatelang darauf warten. Das WEISSER RING Magazin hat ihren Fall anhand von Gerichtsdokumenten nachgezeichnet.

Die damals 28-Jährige lebte mit ihrem Ehemann (55) teils im Ausland, teils in Deutschland. Laut einem Urteil des Landgerichts Kiel misshandelte er sie wiederholt. Sie trennte sich, zog nach Kiel und arbeitete in einem Bordell. Am 19. Juni 2024 gegen 22.50 Uhr nahm die Gewalt dort ungeahnte Züge an. Der Ex-Partner überschüttete die Frau mit Schwefelsäure. Sie erlitt schwerste Verätzungen, beinahe wäre sie erblindet. Der Täter wurde am 3. Dezember 2024 zu acht Jahren Haft und zur Zahlung von Schmerzensgeld verurteilt.

Für die Frau begann ein belastender Heilungsprozess. Wegen ihrer starken Schmerzen sei sie vorübergehend in ein künstliches Koma versetzt und fünfmal operiert worden. Sie habe zudem unter Ängsten, Panikattacken und erheblichen Schlafstörungen gelitten und wegen ihres durch die massiven Verätzungen veränderten Aussehens die Öffentlichkeit gescheut.

Am 29. Juli 2024 beantragte sie in Schleswig-Holstein vorläufige Leistungen zum Lebensunterhalt nach dem SGB XIV. Das geht aus einem Beschluss des Sozialgerichts Hannover hervor, den der bundesweite Koordinierungskreis gegen den Menschenhandel (KOK e.V.) in seiner Rechtsprechungsdatenbank veröffentlicht hat. Ein Bericht des Universitätsklinikums Kiel hielt fest, dass dauerhafte Schäden erst nach etwa sechs Monaten beurteilbar seien.

Nach einem Umzug im November 2024 übernahm das niedersächsische Landesamt. Es wollte vor einer Entscheidung einen Befund zu den psychischen Folgen einholen. Trotz der Schwere der Tat, möglicher Dauerschäden und belegter Mittellosigkeit zahlte auch diese Behörde nicht. Das Amt teilte ihr mit, bei den Leistungen nach Paragraph 93 SGB XIV handele es sich um eine „neue“ Leistung. Bislang habe man noch über keinen solchen Fall entschieden. Sie solle Grundsicherung oder Bürgergeld beantragen. Paragraph 93 gewährt Geschädigten Leistungen zum Lebensunterhalt, wenn sie wegen der Folgen einer Gewalttat nicht ausreichend für sich sorgen können. Die Betroffene lebte von Spenden, ihr Mitbewohner zahlte die Miete, ihre Krankenkassenbeiträge konnte sie nicht begleichen.

Die mittellose Frau stellte am 25. Februar 2025 einen Eilantrag und reichte Klage wegen Untätigkeit ein. Erst danach kam Bewegung in den Fall: Die Behörde bewilligte im März eine Traumaambulanz und Krankenbehandlung, aber weiterhin keinen Lebensunterhalt. Am 31. März 2025, acht Monate und zwei Tage nach ihrem ersten Antrag, verpflichtete das Sozialgericht Hannover das Land zur vorläufigen Zahlung für zwölf Monate. Es stellte klar: Das Ermessen des Landesamts war auf null reduziert, da die Frau mittellos war und die Leistung Vorrang hatte. Weder die Neuheit der Regelung noch fehlende Verwaltungserfahrung rechtfertigten die Verzögerung. Auch offene Ermittlungen seien kein Grund, Hilfe aufzuschieben; dafür gebe es den Vorbehaltsbescheid. Der Beschluss ist rechtskräftig.

Leistungen nach dem alten Recht zu erhalten. Etwa, wenn sie neben der Grundrente auch Anspruch auf Ehegattenzuschlag und eine Ausgleichrente haben, die es mittlerweile nicht mehr gibt, dafür aber eine Erhöhung auf die alten Leistungen. Die Verfahren seien nach wie vor lang. Ein Grund dafür sei, dass die Ämter nur schwer Sachverständige fänden, auch weil die Vergütung nicht hoch genug sei.

Jan Hildebrandt vom VBRG glaubt ebenfalls, dass eine Ursache für die Probleme Defizite bei der Umsetzung seien. Die Verfahren dauerten zum Teil mehrere Jahre, sagt er. Für Betroffene seien vor allem die langen Wartezeiten bei finanziellen Leistungen belastend.

Kritisch bewertet Hildebrandt die Umsetzung des Fallmanagements. Während in Nordrhein-Westfalen ein funktionierendes System entstanden sei, höre er aus anderen Bundesländern zum Beispiel, dass Fallmanagerinnen und Fallmanager nicht ausreichend geschult seien. Gleichzeitig warnt der Berater davor, sie als unabhängig einzuschätzen: „Es ist keine neutrale Instanz, sondern auch eine Institution des Versorgungsamtes.“

Für Hildebrandt kann das SGB XIV „ein Gamechanger für Betroffene sein“. Dafür brauche es aber bessere Schulungen, mehr Personal, schneller arbeitende Versorgungsämter und besser ausgestattete Traumaambulanzen. Ziel müssten Verfahren unter sechs Monaten sein.

S

Sven W. wurde von einer zweiten Gutachterin bei gleicher Aktenlage ein Schädigungsgrad von 0 statt 70 zuerkannt. Sie betonte in ihrer Stellungnahme, dass es sich nicht um „tägliche Schläge“ gehandelt habe. In den Verfahrensakten finden sich neben medizinischen und anwaltlichen Dokumenten auch handschriftliche Protokoll-Einträge von Birgit W., die festhielt, wie ihr Ex-Mann Sven und seine Geschwister immer wieder verprügelt haben soll, wenn sie nicht schlafen konnten. Wie sich die Finger des Vaters nach den Schlägen auf der Haut der Jungen abgezeichnet

hätten. Wie er sie angeschrien, beschimpft und erniedrigt habe. Wie er zu dem damals vierjährigen Sven gesagt habe: „Provoziere mich nicht länger, sonst verkloppe ich dich richtig.“ Und wie Sven nach der Trennung am Küchentisch gesagt habe: „Mama, ich bin froh, dass der Papa weg ist, nun kann er mir nicht mehr wehtun.“

D

Der Medizinische Dienst des LWL habe Sven W. und seiner Mutter geraten, sich das Gutachten nicht ohne fachlichen Beistand anzusehen. WR-Außenstellenleiter Reinhard Streibel beschwerte sich beim LWL.

Im Mai 2026 gab es für Sven W. in seinem Kampf um Anerkennung eine überraschende Wende: Der LWL sei nun doch

dem ersten Gutachten gefolgt und habe mit Bescheid vom 28. Mai den Schädigungsgrad von 70 anerkannt, berichtet Streibel.

Nach Angaben des LWL war aus Datenschutzgründen keine konkrete Stellungnahme zu dem Fall möglich. Allgemein erklärte die Behörde, dass Beurteilungen von „aus Kapazitätsgründen“ beauftragten externen Fachleuten „zu Qualitätssicherungszwecken anschließend einer internen Plausibilitätsprüfung“ unterliegen. Dabei könne es zu abweichenden Einschätzungen kommen. „Kommt es hierzu, obliegt die abschließende Entscheidung, welcher fachlichen Einschätzung aus welchen Gründen zu folgen ist, dann der Sachbearbeitung.“

Die monatliche Entschädigung von 1.302 Euro sei für Sven W. nicht die Hauptsache, sagt Streibel, sondern die Anerkennung seines nicht selbst verschuldeten Leids. Und dass er tatsächlich ein Opfer schwerer Straftaten im Sinne des Gesetzes sei.

50

Autoland
gratuliert zu
50 Jahren
WEISSER RING.

Seit 50 Jahren an der Seite der Opfer.

15.000 Autos • 30 Marken • www.autoland.de

37x in Deutschland • Bad Hersfeld • Bautzen • 2x in Berlin • Brehna • Chemnitz • Coburg • Cottbus
2x in Dresden • Eisenhüttenstadt • Eisleben • Erfurt • Freiberg • Gera • Gotha • Göttingen • Greifswald
Halle • Hamburg • Hannover • Hönnow • Kassel • Köthen • Leipzig • Magdeburg • Meißen • Naumburg
Neubrandenburg • Rostock • Schwerin • Senftenberg • Stralsund • Suhl • Wietmarschen • Wismar • Zwickau

AUTOLAND

Deutschlands größter Autodiscounter

Medientipps



Bayerischer Rundfunk 2

„Tatort Geschichte - True Crime meets History“

Hören

Podcast

„Tatort Geschichte - True Crime meets History“

Keine zwei Jahre nach ihrer Hochzeit ordnet Ludwig II., Beiname „der Strenge“, an, seine Ehefrau Maria von Brabant in Donauwörth zu töten. Wegen eines angeblichen Ehebruchs. Eine Verwechslung soll ihr zum Verhängnis geworden sein: Als Ludwig in der Rheinpfalz Krieg führt, schickt seine Frau ihm einen Brief, um ihn zur Heimkehr zu bewegen. Einem befreundeten Ritter schreibt sie ebenfalls. Ein Bote verwechselt die Briefe, und aufgrund einer falsch gedeuteten Formulierung wittert Ludwig Untreue. Quellen deuten jedoch darauf hin, dass der Vorwurf nicht berechtigt war. Ein Prozess findet nicht statt.

Im Bayern-2-Podcast „Tatort Geschichte“ widmen sich Niklas Fischer und Hannes Liebrandt, Historiker an der Ludwig-Maximilians-Universität (LMU) München, diesem Fall. „Der tödliche Verdacht: Maria von Brabant – Opfer eines Femizids?“ lautet der Titel.

Es ist bezeichnend, dass die um 1226 geborene Maria von Brabant erst durch ihren Tod in Quellen Erwähnung findet, obwohl sie als Tochter von Herzog Heinrich II. und Urenkelin von Kaiser Friedrich Barbarossa zu einer der bedeutendsten Dynastien gehört, den Staufern.

Bereits als Kind, 1236, wird sie laut Fischer und Liebrandt „Teil einer politischen Abmachung“ und mit Ludwig II., Herzog von Bayern, zwangsverheiratet. Ehen sollten damals dazu beitragen, Bündnisse zu schließen und Konflikte zu lösen. Möglicherweise hatte auch Maria von Brabants Tod machtpolitische Gründe. Fischer und Liebrandt ordnen den Fall historisch wie gesellschaftlich ein, sichten Chroniken und Urkunden und interpretieren diese mit Gesprächspartnerinnen wie Prof. Julia Burkhardt, die an der LMU mit einem interdisziplinären Team Femizide im Mittelalter und der Frühen Neuzeit untersucht.

In der vorangegangenen Folge, „Godeleva: In die Nacht gelockt, im Dunkeln getötet“, ist der Tatort, Flandern, ein anderer. Doch auch in dieser von Hierarchien geprägten Gesellschaft ist die Ehe „politisch aufgeladen“, so der Podcast. Leidtragende sind meist Frauen wie Godeleva. Die 1052 geborene und 1070 getötete Tochter eines Ritters will wohl Nonne werden, aber die Grafen von Flandern und Boulogne arrangieren eine Ehe mit Bertolf von Ghistelles.

Eines Nachts lockt ihr Mann sie in eine Falle. Er erzählt, seine beiden Diener würden sie zu einer Frau bringen, die ihre Ehe retten könne. Doch die Männer erwürgen die junge Frau. Ihr Tod wird als Höhepunkt eines Martyriums beschrieben: Bald nach der Hochzeit hat Bertolf begonnen, sie zu hassen, vermutlich angestachelt von seiner Mutter. Ungefähr 14 Jahre später schreibt ein Mönch Godelevas „Heiligesgeschichte“ auf. Dadurch wird sie sichtbar gemacht – aber auch von der Kirche, die sie heiligspricht, instrumentalisiert.

Der Podcast hält zum einen die Erinnerung an die vor langer Zeit getöteten Frauen wach. Zum anderen spannen Fischer und Liebrandt den Bogen in die Gegenwart und verdeutlichen auch mit Statistiken, wie viele Frauen Opfer werden. Vor allem aber machen sie auf die seit vielen Jahrhunderten bestehende „anthropologische Konstante“ der Gewalt gegen Frauen und die Folgen aufmerksam – sowie auf die Machtstrukturen und Rollenbilder dahinter.

Morde an Frauen waren schon früher bei Weitem keine Einzelfälle. Und vermeintliche Ehebrüche wurden häufig als Argument verwendet, um Femizide zu rechtfertigen. Diese „Erklärung“ schien plausibel: Frauen hatten Erwartungen zu erfüllen, ihrem Mann und Adelsinteressen zu dienen. Wer das nicht tat, wurde bestraft, wobei Gewalt als „interne Angelegenheit“ der Familie galt. Die Taten der Männer wurden derweil relativiert oder entschuldigt, Täter kamen glimpflich davon. Ludwig II. zum Beispiel gründete ein „Sühnekloster“.

Gregor Haschnik



→ tinyurl.com/tatort-geschichte



Gucken

Dokumentation

„F*ck Deepfakes!“ ARD Mediathek

Ende März machte der „Spiegel“ Vorwürfe der Moderatorin Collien Fernandes gegen ihren Ex-Mann Christian Ulmen öffentlich: Er habe in sozialen Netzwerken Fakeprofile von ihr erstellt, Männer kontaktiert und sexualisierte Darstellungen verschickt, die den Eindruck erweckten, es handle sich um Fernandes. Vor allem Frauen sind von digitaler Gewalt betroffen. Fernandes ist zur Anführerin einer wichtigen Bewegung geworden: Sie tritt für einen besseren gesetzlichen Schutz ein, unter anderem für ein Verbot von gefälschten Bildern und Videos, die es massenweise im Netz gibt.

Die Dokumentation entstand vor dem „Spiegel“-Bericht. Schon damals war klar, dass Fernandes Opfer digitaler sexualisierter Gewalt ist. Aber nicht, dass Ulmen ein Täter sein könnte. Seine Anwälte teilten mit, er habe weder Deepfake-Videos hergestellt noch verbreitet. Ansonsten sprachen sie von „unwahren Tatsachen“, bestritten die oben genannten Vorwürfe aber nicht.

Im gut 40 Minuten langen Film erklärt Fernandes mit Expertinnen und Experten, wie leicht man gefälschte Clips produzieren kann und wie Plattformen finanziell von diesen profitieren. Sie zeigt, was Aufklärung an Schulen bewirkt. Diskutiert, was eine Klarnamenpflicht im Internet und weitere Maßnahmen bringen könnten. In der emotionalsten Passage schildert Fernandes, wie schlecht es ihr ging angesichts gefälschter Pornos. Die Aufnahmen gäben vor, zu zeigen, „wie ich auf dem Boden liege und weine und immer wieder sage ‚Ich will das nicht!‘“. Fernandes hat die stärkste Geschichte zu erzählen. Doch als die Person, die durch den Film führt, kann sie das kaum. Dennoch ist der Film sehr sehenswert: Er beleuchtet das Phänomen Deepfakes aus vielen Perspektiven, blickt sachlich darauf – und stellt Möglichkeiten vor, sich zu schützen. *Sandro Mattioli*



→ tinyurl.com/fckdeepfakes

Lesen

Buch

Das fortgesetzte Grauen

Für das, was Adrian H. Koerfer erlebt hat, reichen 139 Buchseiten eigentlich nicht. Koerfer, 1955 geboren und heute als Künstler und Kunstsammler im Rhein-Main-Gebiet zu Hause, hat in dem Band „Das glaubt mir doch kein Mensch“ seine Erinnerungen an eine erschütternde Kindheit aufgeschrieben. Eine Kindheit, die zunächst geprägt war von abweisenden Eltern. Dann, in der Odenwaldschule, von Missbrauch und einem System des Wegsehens und Vertuschens, das sexualisierte Gewalt möglich machte.

Der erste Teil seines Berichts aus der Ich-Perspektive befasst sich mit seinen Eltern und den (Halb-)Geschwistern, einer Familie mit vielen Kindern aus unterschiedlichen Beziehungen. Sein Vater? „Emotional lebte allein Kälte in ihm, keinerlei Gefühl“, erinnert sich Koerfer. Auch zu seiner Mutter, die der Ehemann oft schlug, gab es keine echte Verbindung. Die Erziehung überließen die Eltern weitgehend anderen, die den Kindern viele Schmerzen zufügten.

Exakt in der Mitte des Buches beginnt der zweite Teil. Im Jahr 1968 kam Koerfer mit seinen beiden Drillingsbrüdern auf die Odenwaldschule. „Alles Furchtbare fängt sehr banal an“, schreibt Koerfer dazu, und tatsächlich wirkt die Aufteilung der Kinder auf sogenannte Familien innerhalb des Hauses zu Beginn ebenso unverdächtig wie etwa der Musikunterricht. Doch bald begannen die sexualisierten Übergriffe und der emotionale Missbrauch. Und damit das pure, fortgesetzte und ungehemmte Grauen. „Der Abgrund hatte mich bereits fürsorglich verschlungen“, sagt Koerfer einmal rückblickend.

Er spricht seine Peiniger im Buch direkt an und schont auch die Leserschaft nicht, sondern liefert ein erschütterndes, detailliertes Protokoll. Adrian H. Koerfer hat die Aufarbeitung intensiv mit vorangetrieben. Er hat großen Anteil daran, dass die Missstände an dieser Schule öffentlich wurden. Sein Buch, bei dem man aufgrund der unfassbaren Grausamkeiten zuweilen eine Lesepause machen muss, ist ein wichtiger Baustein im Kampf gegen das Vergessen.

Torben Rosenbohm



ARD Mediathek

„F*ck Deepfakes!“



Adrian H. Koerfer

„Das glaubt mir doch kein Mensch.
Erinnerungen an eine andere Welt“

Edition W,
139 Seiten, 20 €

Unsere
Medientipps
finden Sie
auch online:



Der Kommentar: In alten Denkmustern verhaftet



Detlef Placzek

ist seit 2018 Opferbeauftragter des Landes Rheinland-Pfalz. Von 2016 bis 2024 war der gebürtige Gelsenkirchener Präsident des rheinland-pfälzischen Landesamtes für Soziales, Jugend und Versorgung, zuvor leitete er die Zentralabteilung des damaligen Amtes für Jugend und Soziales.

D

Die Reform des Opferentschädigungsrechts, das inzwischen im Sozialgesetzbuch XIV gebündelt ist, wurde mit großen Erwartungen verbunden: Vereinfachung, bessere Zugänglichkeit, mehr Gerechtigkeit. Der Anspruch war, Betroffene schneller, unbürokratischer und umfassender zu unterstützen.

Doch die Realität bleibt hinter diesem Anspruch in wesentlichen Punkten zurück. Viele Betroffene erleben das System nach wie vor als schwer zugänglich. Verfahren dauern zu lange, Zuständigkeiten sind unübersichtlich und die Hürden bei der Anerkennung von Ansprüchen sind hoch. Besonders problematisch ist die nach wie vor restriktive Praxis bei der Anerkennung psychischer

Gewaltfolgen. Gerade hier zeigt sich eine strukturelle Schieflage: Während das Gesetz moderne Erkenntnisse über Traumata anerkennt, bleibt die Verwaltungspraxis oft in alten Denkmustern verhaftet.

Hinzu kommt, dass die Beweislast faktisch weiterhin stark bei den Betroffenen liegt. Wer keine lückenlose Dokumentation vorlegen kann – was gerade bei traumatischen Erlebnissen häufig der Fall ist –, läuft Gefahr, leer auszugehen. Das steht im Widerspruch zu dem politischen Anspruch, Opfern niedrigschwellige Hilfe zu bieten.

Auch die föderale Umsetzung des SGB XIV führt zu Ungleichheiten. Je nach Bundesland unterscheiden sich Verfahren, Bearbeitungszeiten und Anerkennungspraxis teils erheblich. Ein bundesweit einheitlicher Anspruch darf aber nicht von regionalen Strukturen abhängig sein.

Nicht zuletzt bleibt die Kommunikation ein Schwachpunkt: Viele Betroffene wissen gar nicht, welche Ansprüche sie haben oder wie sie diese geltend machen können. Hier besteht ein Informationsdefizit, das die Wirksamkeit des gesamten Systems untergräbt.

Ein besonders sensibler Bereich, in dem sich Anspruch und Wirklichkeit deutlich widersprechen, ist die Versorgung durch Traumaambulanzen. Sie sind ein zentraler Baustein der schnellen psychosozialen Hilfe und sollen gerade in den ersten Tagen nach einer Gewalttat Stabilisierung und Orientierung bieten. Im Alltag leisten sie vielfach hervorragende Arbeit – doch ihre strukturellen Grenzen werden vor allem in Großschadenslagen sichtbar.

Bei Amoktaten, Terroranschlägen oder anderen Ereignissen mit einer hohen Zahl von Betroffenen stoßen die bestehenden Kapazitäten schnell an ihre Grenzen. Die Zahl qualifizierter Fachkräfte ist begrenzt, und vielerorts fehlt es an ausreichenden personellen und organisatorischen Reserven, um kurzfristig eine große Anzahl von Menschen gleichzeitig zu versorgen. Wartezeiten, improvisierte Strukturen und eine Überlastung des vorhandenen Personals sind dann kaum zu vermeiden.

Traumaambulanzen kämpfen mit knappen Ressourcen

Hinzu kommt, dass Traumaambulanzen regional sehr unterschiedlich ausgestattet sind. Während einige gut vernetzt und personell solide aufgestellt sind, kämpfen andere mit knappen Ressourcen und begrenzten Öffnungszeiten. In einer akuten Großlage darf der Zugang zu schneller Hilfe jedoch nicht vom Wohnort abhängen.

Auch die Verzahnung mit anderen Hilfesystemen, etwa Polizei, Notfallseelsorge und längerfristiger psychotherapeutischer Versorgung, ist nicht überall ausreichend eingespielt. Gerade nach Großschadensereignissen braucht es aber klar definierte Abläufe, belastbare Netzwerke und skalierbare Strukturen, die über den Regelbetrieb hinausgehen. Vor diesem Hintergrund schon ab einem Grad der Schädigungsfolgen (GdS) von zehn Prozent – gerne

„Das SGB XIV ist kein abgeschlossener Erfolg, sondern eine Reform im Werden.“

auch als Einmalentschädigung. Eine solche Regelung würde nicht nur bürokratische Hürden abbauen, sondern vor allem den Betroffenen frühzeitig das Gefühl geben, gesehen und ernst genommen zu werden. Es erscheint auch geboten, über niedrigschwellige und schnell wirksame finanzielle Hilfen nachzudenken. Ein wichtiges Signal der Anerkennung und Unterstützung wäre es, wenn Betroffene von Gewalttaten bereits bei Vorliegen einer Straftat eine einmalige Entschädigung erhalten könnten.

All dies zeigt: Das SGB XIV ist kein abgeschlossener Erfolg, sondern eine Reform im Werden. Es braucht Nachbesserungen – rechtlich, administrativ und strukturell. Vor allem braucht es den konsequenten Perspektivwechsel hin zu einem System, das sich tatsächlich an den Bedürfnissen der Betroffenen orientiert – auch und gerade im Ausnahmezustand.

Ein funktionierender Opferschutz misst sich nicht an Gesetzestexten, sondern an der Realität der Betroffenen. Daran müssen wir die Politik immer wieder erinnern.

Impressum

Ausgabe 02/2026, 49. Jahrgang

Offizielle Mitgliederzeitschrift des WEISSEN RINGS. Der Bezugspreis ist im Mitgliedsbeitrag enthalten.

Herausgeber:
WEISSER RING Gemeinnütziger Verein zur Unterstützung von Kriminalitätsoptionen und zur Verhütung von Straftaten e. V.

Bundesvorsitzende:
Barbara Richstein

Bundesgeschäftsstelle:
Weberstraße 16, 55130 Mainz
Telefon: 06131 8303-0
E-Mail: info@weisser-ring.de
Internet: www.weisser-ring.de

V.i.S.d.P.:
Eike Eberle

Redaktion:
Kays Al-Khanak, Christoph Carretero Klemp,
Christiane Flemig (Teamleitung),
Gregor Haschnik (Fachleitung)

Kontakt zur Redaktion:
Sabine Schäfer
Telefon: 06131 8303-4000
E-Mail: redaktion@weisser-ring.de

Art Direction:
twotype design, Juliane Keß, Philipp Schubel, Thomas Elmenhorst, Jan Spading

Bildredaktion:
twotype design, Bettina Andersen

Lektorat:
Britta Hübener, Kristin Locker,
Torben Rosenbohm

Druck:
be1druckt GmbH, Nürnberg

ISSN 3052-1645
wr-magazin.de

Die Redaktion behält sich vor,
Leserbriefe zur Veröffentlichung
auszuwählen und zu kürzen.

Traumaambulanzen

Der lange Weg





Nach einer Gewalttat sollen Traumaambulanzen Betroffenen schnell psychologische Hilfe bieten. Eine bundesweite Umfrage des WEISSER RING Magazins zeigt jedoch: Viele Einrichtungen kämpfen mit Personalmangel, Finanzierungsproblemen und fehlenden Therapieplätzen für die Zeit nach der Akutversorgung.

Text: Kathrin Hollmer, Gregor Haschnik, Kays Al-Khanak, **Fotos:** Linda Deutsch

aus dem Trauma

A

Am Nachmittag des 22. Januar 2025

angegriffen Enamullah O. im Park Schöntal in Aschaffenburg eine Kindergartengruppe. Er ersticht einen zweijährigen Jungen und einen 41-jährigen Mann, der den Täter aufhalten wollte. Drei weitere Menschen, darunter ein zweijähriges Mädchen, werden zum Teil lebensgefährlich verletzt. Hinzu kommen tiefe seelische Wunden, auch bei vielen Angehörigen.

Nach der Tat unterstützte Rainer Buss, stellvertretender Leiter der Außenstelle Aschaffenburg des WEISSEN RINGS, mit seinen Kolleginnen und Kollegen etwa 25 Betroffene. Die emotionale Not sei enorm gewesen, sagte er. Eine seiner wichtigsten Aufgaben: dafür zu sorgen, dass die Opfer einen Platz in einer Traumaambulanz bekommen. Der frühere Richter telefonierte viel, informierte und vermittelte.

Nach dem gewaltsamen Tod eines nahestehenden Menschen entwickeln viele Betroffene psychische Probleme, etwa eine Posttraumatische Belastungsstörung, Depression oder anhaltende Trauerstörung. Laut Franziska Lechner-Meichsner, Professorin für Klinisch-Psychologische Intervention an der Bergischen Universität Wuppertal, kann eine frühzeitige Behandlung verhindern, dass sich die Beschwerden verfestigen. Traumaambulanzen sollen schnell helfen, die Betroffenen zu stabilisieren, ihre Symptome einzuordnen und zu lindern. Sie sollen lange Wartezeiten auf einen regulären Psychotherapieplatz überbrücken und eine Chronifizierung verhindern.

Seitdem das Vierzehnte Sozialgesetzbuch (SGB XIV) in Kraft getreten ist, haben Opfer im Rahmen der „Schnellen Hilfen“ ein Recht auf zeitnahe Termine in einer Traumaambulanz. Teilweise, wie in Aschaffenburg, wird der Anspruch erfüllt. Doch in anderen Fällen gibt es Probleme.

M

Marion Schowalter erinnert sich noch gut an den 25. Juni 2021. Die Sirenen vor dem Fenster ihrer Praxis in der Würzburger Innenstadt hörten nicht auf zu heulen. Am Barbarossaplatz hatte ein Angreifer drei Frauen mit einem Messer getötet und

weitere Menschen verletzt. Als Traumatherapeutin kennt sich Marion Schowalter aus mit den Auswirkungen von Gewalttaten. Einer ihrer ersten Gedanken war damals: „Wir haben nicht genug Traumatherapieplätze in der Stadt.“ Schnell war da der Impuls: „Hier müssen wir jetzt was tun!“

Wenige Wochen nach der Attacke öffnete Schowalter die erste Traumaambulanz in Würzburg, damals noch angesiedelt an der Universität. Möglich war das, weil sie direkt nach dem Angriff bei der Stadt anrief und Gehör fand. Ein Spendenaufruf brachte die Mittel, um binnen weniger Wochen therapeutische Fachkräfte in Traumatherapie weiterzubilden. Bald konnte sie mit deren Unterstützung Patienten betreuen.

Ziemlich genau fünf Jahre später empfängt Schowalter im Zentrum für psychische Gesundheit des Universitätsklinikums Würzburg (UKW). Seit zweieinhalb Jahren befindet sich hier die Traumaambulanz. Die Seitentrakte des 70er-Jahre-Gebäudes wurden dafür renoviert. Das Sekretariat und die vier Therapieräume sind minimalistisch und in dezentem Weiß eingerichtet. Der einzige Farbtupfer: die grünen Sessel, auf denen Therapeuten und Patienten Platz nehmen.

Schnelle Behandlung nötig

„Traumata lassen sich sehr gut therapieren – vor allem, wenn sie schnell behandelt werden“, sagt Schowalter. Die Würzburger Traumaambulanz bietet akut traumatisierten Menschen, die Gewalt erlebt haben, zeitnah und möglichst innerhalb von höchstens zehn Werktagen einen Termin für ein Erstgespräch. Schowalter und ihr Team aus Psychotherapeutinnen und Ärzten betreuen rund 300 Traumapatienten im Jahr; sie kommen vor allem aus Würzburg und der Umgebung, aber auch von weiter her. Je nach Kapazität werden sie hier behandelt, andere an Kolleginnen und Kollegen vermittelt.

„Traumatisierte Opfer haben Ängste und schränken ihr Leben komplett ein“, erklärt Schowalter, die leise, aber bestimmt spricht. „Da kommen immer wieder belastende Bilder hoch.“ Und diese Bilder bringen die Gefühle aus der Situation zurück: Ohnmacht, Schmerz, Schreck, Todesangst, Kontrollverlust und bei sexualisierter Gewalt

Klassisch werden Traumata mit Verhaltenstherapie behandelt. In der Einrichtung in Würzburg bevorzugen die Fachleute eine weitere Methode: Traumaverarbeitung mittels Augenbewegung.



die Demütigung. Wenn ein Trauma nicht behandelt wird, können Opfer zum Beispiel eine Posttraumatische Belastungsstörung (PTBS), Flashbacks, Albträume oder Schlafstörungen entwickeln. „Ein Trauma macht einen grundsätzlich verletzlicher für alle psychischen Erkrankungen, darunter Depressionen, Zwangs- und Angststörungen, Panikattacken sowie Suchterkrankungen“, erklärt Mitarbeiterin Verena Jobst.

Klassisch werden Traumata mit Verhaltenstherapie behandelt. Schowalter und ihr Team bevorzugen eine andere Methode: Eye Movement Desensitization and Reprocessing (EMDR) – Traumaverarbeitung mittels Augenbewegung. Dabei leiten die Fachleute die Patienten an, sich in die Traumasituation hineinzufühlen. Dann richten sie ihren Blick auf das EMDR-Gerät, eine



LED-Leiste, in der sich ein Lichtpunkt von links nach rechts bewegt. „Durch die Augenbewegung wird der Verarbeitungsprozess in Gang gesetzt, der Angstreiz gehemmt, das Trauma tritt in den Hintergrund“, sagt Schowalter.

Bei den Betroffenen kommen dann weitere Bilder hoch, Gefühle wie Traurigkeit und Wut. Doch das Gehirn bewertet die Erinnerungen neu, die Bilder verlieren ihren Schrecken, die Belastung nimmt ab. „Ich erlebe oft, dass tröstende oder entlastende Gedanken über das Trauma entstehen: Ich bin nicht schuld.“ Oder: „Ich habe getan, was möglich war.“ Anderthalb Stunden dauert eine EMDR-Sitzung. Statt der Lichtreize kann die Augenbewegung auch durch Handbewegungen des Therapeuten gesteuert werden.

Trotz guter Heilungschancen ist es für Betroffene von Gewalttaten bis heute nicht selbstverständlich, schnell eine Traumatherapie zu erhalten. Schowalter erzählt vom Fall einer Würzburger Studentin, die 2022 in ihrem Wohnheim überfallen worden ist und einen Mordversuch überlebte. Oft warten Opfer bis zum Gerichtsprozess auf Traumatherapie, weil ihnen von der Polizei oder Anwälten fälschlicherweise geraten wird, dass ihre Aussagen vor Gericht sonst als nicht mehr glaubhaft gelten. Das kann Monate, manchmal Jahre dauern.

„Wenn ein männlicher Pfleger oder Arzt das Zimmer betrat, bekam die Frau

„Traumata lassen sich gut therapieren – wenn sie schnell behandelt werden.“

Marion Schowalter

Angst“, sagt Schowalter. Nachdem die Polizei die Studentin vernommen hatte, begann eine Kollegin von Schowalter mit der EMDR-Therapie. Die Patientin habe schnell davon profitiert, sagt Schowalter, und sich im Verlauf der Behandlung an ein Lied erinnert, das bei Demonstrationen für Frauenrechte gesungen wird. Eine Zeile daraus lautet „Wir Frauen lassen uns nicht unterkriegen“. „Da hat sie gemerkt: Sie hat überlebt, und so kam sie aus der Opferrolle heraus“, erklärt Schowalter.

Schowalter nahm damals Kontakt zur Anwältin der Frau auf: „Die Behandlung hat ihr, das hat die Patientin so formuliert, das Leben gerettet – und das soll unterlassen werden? Und Opfer sollen mit traumafokussierter Behandlung bis nach dem Strafverfahren warten, was Jahre dauern kann? So werden Opfer noch einmal zum Opfer.“ Mit dem Generalstaatsanwalt in Bamberg entwickelte sie ein Konzept für eine frühzeitige Traumaversorgung von Gewaltopfern. Das sogenannte

Würzburger Modell wird seit etwa zwei Jahren angewendet und inzwischen bayernweit umgesetzt.

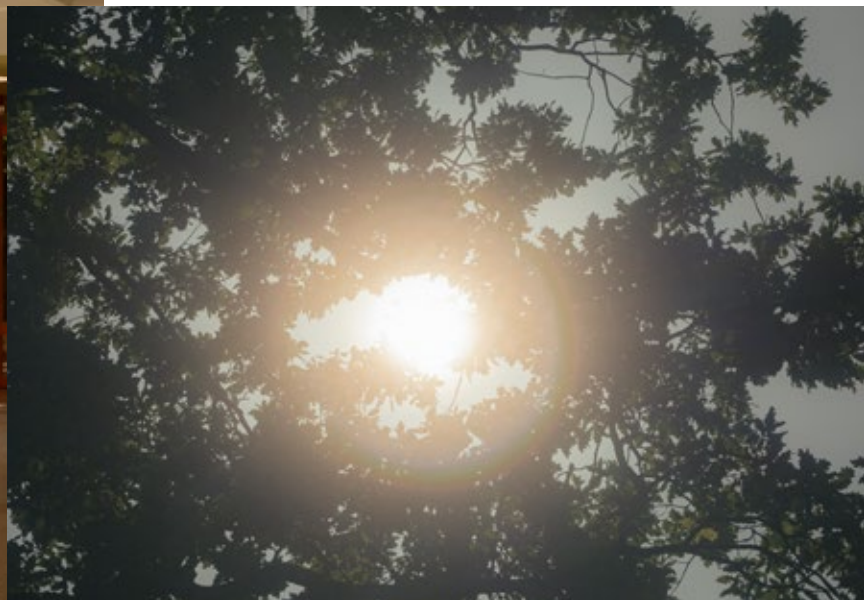
U

Um mehr Patienten versorgen zu können, hat Schowalter ein Traumanetzwerk aufgebaut. Über eine App vermitteln sie und ihr Team Patienten an Kollegen, von denen sie viele weitergebildet hat. Diese Arbeit setzt sie an ihrem Institut für Trauma- und Psychotherapie (ITP) in Würzburg fort. Nun will sie helfen, weitere Traumaambulanzen aufzubauen.

Schowalters Tatendrang ist ansteckend. Als 2022 die Traumaambulanz geschlossen werden sollte, rief sie den Würzburger Oberbürgermeister an und überzeugte ihn von ihrer Arbeit. 2023 wurde die Einrichtung ins UKW integriert.

Wie gut Betroffene Zugang zu dieser Hilfe bekommen, hängt nicht nur vom Engagement einzelner Traumaambulanzen ab. Entscheidend ist, ob die Einrichtungen freie Kapazitäten haben – und wie lange Betroffene auf einen ersten Termin warten müssen. So sagt Jan Hildebrandt vom Verband der Beratungsstellen für Betroffene rechter, rassistischer und antisemitischer Gewalt: „Wir erhalten immer wieder die Rückmeldung von Beratern, dass seit der Einführung des SGB XIV im Jahr 2024 die

Traumatisierte Opfer kämpfen immer wieder mit belastenden Bildern. Fachleute erleben es regelmäßig, dass die Betroffenen nach einer Behandlung in der Traumaambulanz auch tröstende Gedanken zulassen können.



Wartezeiten in den Traumaambulanzen exorbitant gestiegen sind.“ Habe es früher kaum bis keine Berichte von Wartezeiten mit über drei Wochen gegeben, dauere es teilweise – je nach Bundesland – Monate bis zur ersten Beratung.

Wie unterschiedlich die Situation ist, zeigt eine Umfrage des WEISSER RING Magazins unter seinen Außenstellen und Landesbüros sowie den Traumaambulanzen selbst.

Die Rückmeldungen aus den Außenstellen und Landesbüros zeichnen ein differenziertes Bild: In Bochum und Dortmund betrage die Wartezeit auf eine Behandlung zwischen drei und vier Wochen. Insgesamt sei die Personaldecke in den Ambulanzen zu dünn, außerdem gebe es kaum Möglichkeiten für eine Anschlussbehandlung. Letzteres stellt auch die Außenstelle Unna fest.

Teils weite Wege für Opfer

In Dortmund sei Ratsuchenden mal vermittelt worden, die Traumaambulanz sei lediglich für Fälle zuständig, bei denen die Straftat nicht länger als sechs Monate – statt zwölf – zurückliege. Hier habe geholfen, den Landschaftsverband Westfalen-Lippe als zuständige Behörde einzuschalten.

Die Außenstelle Brandenburg berichtet von einem guten Zugang zur Traumaambulanz. Es gebe Plätze, allerdings sei der Weg für einige Opfer zu weit. Die Außenstelle Oberspreewald-Lausitz spricht von Kapazitätsproblemen der zuständigen Ambulanz, die sich weitgehend auf Betroffene aus dem eigenen Gebiet beschränke. Ähnlich äußern sich weitere Außenstellen. Eine Schwierigkeit sei außerdem der Mangel an spezialisierten Einrichtungen für Kinder und Jugendliche.

In Bremen und Bremerhaven sei es zwischenzeitlich nicht leicht gewesen, einen Termin in der Traumaambulanz zu bekommen, wegen organisatorischer Probleme und Personalmangels. Mittlerweile klappe das gut. In Rheinland-Pfalz stünden die Chancen auf einen Termin gut, wenn man sich zeitnah nach der Tat melde. Länger zurückliegende Delikte führten zu Problemen, bis hin zu Ablehnungen. Der Landesverband Schleswig-Holstein des WEISSEN RINGS bemängelt, es gebe

kein flächendeckendes Angebot in dem Bundesland. Betroffene könnten in einigen Bereichen, darunter Nordfriesland, Neumünster und Dithmarschen, ihren Rechtsanspruch „nicht oder nur unter erheblichen und damit nicht zumutbaren Schwierigkeiten (Entfernung mehr als 30 km und/oder Fahrtzeiten von mehr als 90 Minuten) wahrnehmen“. Deshalb hat der Verband ans Ministerium für Justiz und Gesundheit geschrieben und gefragt, wie das Land konkret Abhilfe schaffen wolle.

Wie blicken die Traumaambulanzen selbst auf ihre aktuelle Lage? Das WEISSER RING Magazin hat rund 200 der Einrichtungen in Deutschland angeschrieben; 62 von ihnen beantworteten den Fragenkatalog zu Personal, Wartezeiten, Behandlungszahlen, therapeutischen Angeboten und strukturellen Herausforderungen. Die Antworten stammen aus Schleswig-Holstein, dem Saarland, Hamburg, Niedersachsen, Nordrhein-Westfalen, Hessen, Rheinland-Pfalz, Baden-Württemberg, Thüringen, Bayern und Sachsen. Vertreten sind sowohl an universitäre Zentren und Großstadtkliniken angeschlossene Einrichtungen als auch kleinere Häuser in ländlichen Regionen.

E

Eigenen Angaben zufolge schaffen es die Einrichtungen vielerorts, Menschen nach Gewalterfahrungen schnell Hilfe anzubieten. Die Traumaambulanz der Heinrich Sengelmann Kliniken in Schleswig-Holstein berichtet von Erstterminen innerhalb von zwei bis fünf Werktagen. Ähnlich schildert es die LVR-Universitätsklinik Essen in Nordrhein-Westfalen. Auch die Vitos Klinik für Psychiatrie und Psychotherapie in Gießen sowie Einrichtungen in Mainz, Kiel und Würzburg berichten von kurzen Wartezeiten.

Mehrere Ambulanzen geben an, keine Wartelisten zu führen. Nur eine Traumaambulanz in Sachsen berichtet: „Wir sind bestrebt, den Erstgesprächstermin zeitnah zu vergeben, innerhalb weniger Wochen. Die Nachfrage ist schwankend. Wir nehmen die PatientInnen nach dem Erst-

Traumaambulanzen

In Traumaambulanzen sollen Opfer von Gewalt, die aufgrund der Straftat akute psychische Probleme haben, niedrigschwellig und zeitnah psychotherapeutische Unterstützung bekommen. Dies gilt auch für Angehörige, nahestehende Personen und Hinterbliebene. Sie können sich direkt an die Traumaambulanz wenden, müssen aber unverzüglich nach der zweiten Sitzung beim zuständigen Amt einen Antrag nach dem Sozialen Entschädigungsrecht stellen. Ziel ist es, eine Erkrankung, insbesondere eine chronische, zu verhindern. Voraussetzung ist, dass Betroffene innerhalb von zwölf Monaten nach der Tat (oder nachdem sie davon erfahren haben) die Ambulanz aufsuchen. Dort können sie in der Regel bis zu 15 Sitzungen wahrnehmen, Kinder und Jugendliche bis zu 18. Zum Angebot gehören Diagnostik, Krisenintervention, Beratung und psychosoziale Begleitung. Liegt das Ereignis länger zurück, hat aber zu einer akuten Belastung geführt, kann die Traumaambulanz in den darauffolgenden zwölf Monaten unterstützen. Die Ambulanzen sind Teil der sogenannten Schnellen Hilfen des Sozialgesetzbuches XIV, das seit 2024 die Entschädigung von Opfern regelt.



Marion Schowalter und ihr Team aus Psychotherapeutinnen und Ärzten behandeln in ihrer Würzburger Traumaambulanz rund 300 Traumapatienten im Jahr.



„Vermittlung in das ambulante Hilfesystem ist kaum möglich aufgrund fehlender Therapieplätze.“ Traumaambulanz in Sachsen

gespräch auf unsere Warteliste auf – mit aktuell leider mehrmonatiger Wartezeit.“

Die Wege in die Traumaambulanzen sind vielfältig. Besonders häufig nennen die Einrichtungen Polizei, Staatsanwaltschaften, Gerichte, Frauenhäuser, Beratungsstellen und den WEISSEN RING. Hinzu kommen Empfehlungen durch Ärztinnen und Ärzte, Psychotherapeutinnen und Psychotherapeuten, Jugendämter und soziale Einrichtungen. Zunehmend informieren sich Betroffene übers Internet. Gleichzeitig verweisen einige Traumaambulanzen darauf, dass mehr über die Einrichtungen und deren Arbeit aufgeklärt werden müsse. Aus Brandenburg heißt es dazu: „Angebote der Traumaambulanzen sollten in Institutionen und der Bevölkerung präsenter und bekannter sein. Betroffene kommen sehr häufig über zu viele Umwege und nicht zeitnah genug zu uns.“

Begrenzte personelle Ressourcen

Die Gründe für eine Behandlung in den Traumaambulanzen ähneln sich bundesweit. Genannt werden sexuelle Gewalt, Häusliche Gewalt, Körperverletzungen, Raubüberfälle, Stalking und Bedrohungen. Hinzu kommen Angehörige von Tötungsopfern und Zeugen schwerer Straftaten.

Die Umfrage zeigt, dass viele Traumaambulanzen vor strukturellen Herausforderungen stehen. Sie arbeiten oft mit begrenzten personellen Ressourcen. Meist handelt es sich nicht um eigenständige Häuser mit festem Personalstamm; viele sind an psychiatrische Institutsambulanzen, psychosomatische Kliniken oder universitäre Zentren angebunden. Die Mitarbeitenden übernehmen die Versorgung traumatisierter Menschen zusätzlich zu anderen Aufgaben. Eine Einrichtung aus Bayern schreibt: „Die Nachfrage ist so groß, dass wir noch mehr traumatherapeutische KollegInnen einstellen könnten.“ Aus Hamburg heißt es, die Einrichtung brauche „mehr Personal bzw. Stellenanteile, mehr Zeit auch für einzelne Fälle und Berichtswesen“.

Kleinere Einrichtungen schildern, dass sie oft von einzelnen Fachkräften abhängig seien. Eine Kinder- und Jugendlichen-Traumaambulanz in Hessen schreibt: „Noch können wir alle bedienen.“ Jedoch sei in

den nächsten Jahren mit steigenden Anfragen zu rechnen, da die Einrichtung „in einem großen Radius“ die einzige Traumaambulanz für Kinder und Jugendliche sei.



Viele Institutionen blicken mit Sorge auf die Zeit nach der Behandlung in der Traumaambulanz. Aus Hamburg heißt es: „Die Weitervermittlung gelingt selten.“ Eine Einrichtung aus Sachsen berichtet: „Vermittlung in das ambulante Hilfesystem ist kaum möglich aufgrund fehlender Therapieplätze.“ Auch die Traumaambulanz in Mainz verweist auf dieses Problem: „Wir hätten gerne ambulante Psychotherapieplätze, in welche wir möglichst übergangslos weitervermitteln könnten.“ Denn: Eine anschließende Weiterbehandlung sei „zu um die 80 Prozent notwendig“, teilt eine andere Einrichtung mit.

Auch die Finanzierung ist immer wieder Thema. Eine Traumaambulanz in Sachsen-Anhalt teilt mit, dass die Übernahme der Weiterqualifizierung im Bereich Traumatologie der Mitarbeitenden, insbesondere der Supervisionskosten, durch das Landesverwaltungsamt „wünschenswert“ sei. Viel Arbeit entstehe durch Verwaltung, Anträge und Rückfragen. „Eine höhere Pauschale würde diese Arbeit besser abdecken.“

Aus Schleswig-Holstein werden kurzfristig abgesagte oder nicht wahrgenommene Termine als „finanzielle Herausforderung“ genannt, weil sie nicht vergütet werden. Eine Einrichtung aus Norddeutschland verweist auch auf dieses Problem. Dabei könne gerade das Fernbleiben Teil der Traumafolgen sein und dürfe nicht als mangelnder Hilfebedarf missverstanden werden.

Eine Traumaambulanz in München wünscht sich eine Finanzierung über die bislang vorgesehene Zahl der Sitzungen hinaus. Aus Erlangen heißt es: „Sowohl eine Vernetzungspauschale wäre wichtig, als auch eine Angleichung der Honorare der ärztlichen KollegInnen.“ Eine Traumaambulanz aus Thüringen schreibt: „Generell sollte die Behandlung von Betroffenen von Gewalttaten im Rahmen der Traumaambulanz besser vergütet werden.“ Für

Vernetzung, Kooperationen und Begleitung komplexer Fälle bleibe oft zu wenig Zeit. Dazu erforderliche Stellen seien unter diesen Bedingungen kaum finanzierbar.

Betont wird immer wieder, wie wichtig eine bessere Vernetzung mit anderen Hilfsangeboten und Einrichtungen wäre; dies ist auch in der Traumaambulanz-Verordnung festgeschrieben. „Dafür fehlt im Arbeitsalltag häufig die Zeit“, meldet eine Traumaambulanz aus Nordrhein-Westfalen. Von einer Einrichtung in Hessen heißt es: „Wünschenswert wäre ein regelmäßiger Austausch mit anderen Traumaambulanzen, um Versorgungslücken zu vermeiden und die Zusammenarbeit zu verbessern.“

Die Heinrich Sengelmann Kliniken in Schleswig-Holstein formulieren einen politischen Appell: „Im gesellschaftlichen Raum bräuchte es dringend Aussagen der Politik, dass dieser Bereich weiter finanziert und gesichert werden soll.“

Zu ähnlichen Ergebnissen kommt auch eine bundesweite Befragung von 110 Traumaambulanzen durch Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftler des Universitätsklinikums Hamburg-Eppendorf, der Uniklinik Ulm und der TU Dresden. In der Fachzeitschrift „Der Nervenarzt“ heißt es im Jahr 2024, die Einrichtungen erreichten viele Menschen nach Gewalttaten und könnten schnelle Hilfe anbieten. Zugleich berichten viele Ambulanzen von Wartezeiten, fehlenden traumatherapeutischen Zusatzqualifikationen und einer nicht überall vorhandenen Supervision.

Besonders bei neuen Gruppen von Leistungsberechtigten wie Betroffene von Menschenhandel, die mit dem SGB XIV in den Fokus gerückt sind, sehen die Autorinnen und Autoren Lücken bei Konzepten, Schulungen und Versorgungsstrategien. Nötig seien Investitionen in Qualifikation, Vernetzung und Qualitätssicherung sowie in ein bundesweites Monitoringsystem, um die Versorgung weiterzuentwickeln.

Die Klinik

Nach einem Messerangriff 2021 in Würzburg eröffnete die erste Traumaambulanz in der Stadt, damals noch angesiedelt an der Universität. Seit 2023 befindet sich die Einrichtung im Zentrum für psychische Gesundheit des Universitätsklinikums Würzburg. Marion Schowalter und ihr Team betreuen dort rund 300 Traumapatientinnen und -patienten im Jahr.

Innerhalb von zehn Werktagen müssen Traumaambulanzen Opfern – zum Beispiel von Gewalttaten – einen ersten Termin anbieten. Einige erreichen dieses Ziel.



„Betroffene kommen sehr häufig über zu viele Umwege und nicht zeitnah genug zu uns.“

Traumaambulanz in Brandenburg

Dass die Ambulanzen für Betroffene eine Schlüsselrolle spielen, zeigt sich nicht nur in der Umfrage des WEISSER RING Magazins, sondern auch bei der bundesweiten Fachtagung für Traumaambulanzen im März. Zu der Veranstaltung hatte die Opferhilfeorganisation Fachleute aus der Praxis aus ganz Deutschland eingeladen. Organisiert hat das Treffen der Psychologe Florian Wedell vom WEISSEN RING.

F

Für Wedell sind die Traumaambulanzen weit mehr als eine erste Anlaufstelle nach einer Straftat, sie hätten vielmehr einen präventiven Charakter; je früher Betroffene psychotherapeutische Unterstützung erhalten, desto größer seien die Chancen, langfristige gesundheitliche Folgen zu verhindern.

Diesen Anspruch greift die Traumaambulanz-Verordnung auf. Sie verpflichtet die Einrichtungen, anspruchsberechtigten Betroffenen innerhalb von zehn Werktagen einen Termin anzubieten. Dass einige Traumaambulanzen dieses Ziel nicht erreichen, liegt laut Wedell auch an der Personalsituation. „Traumaambulanzen sind in der Regel keine in sich geschlossenen Institute, sondern an andere Versorgungshäuser angeschlossen.“ Zum einen haben die Fachleute auch andere Aufgaben innerhalb des Hauses. Zum anderen ist die Personalplanung für Traumaambulanzen schwer kalkulierbar.

Wedell erkennt aber auch die Ablehnung Betroffener durch Mitarbeitende als Problem. „Es fällt auf, dass manche Traumaambulanzen selbst nicht über ihren Auftrag Bescheid wissen“, betont er. Dies liege auch daran, dass manche Mitarbeitende keine SGB-XIV-Experten seien. Der Psychologe plädiert deshalb für eine spezifische einheitliche Aus- und Fortbildung.

Nach Einschätzung Wedells liegt eine Herausforderung in der Zeit nach der Akutversorgung. Das gesetzlich vorgesehene Stundenkontingent von 15 Sitzungen für Erwachsene und 18 Sitzungen für Kinder und Jugendliche könne bei leichteren Belastungsreaktionen ausreichend sein. Bei

schwereren Traumafolgestörungen stoße das System an Grenzen. Eine Posttraumatische Belastungsstörung lasse sich oftmals erst mehrere Wochen nach dem Ereignis sicher diagnostizieren. Viele Betroffene benötigten deshalb eine schnelle Anschlussbehandlung und längerfristige Unterstützung. Genau an dieser Stelle zeigt sich nach Ansicht Wedells ein zentrales Problem: Das SGB XIV habe die Traumaambulanzen als spezialisiertes Hilfsangebot geschaffen, die strukturellen Probleme der ambulanten psychotherapeutischen Versorgung aber nicht gelöst.

Eine Frage des Bundeslandes

Kritisch bewertet Wedell auch die nicht ausreichende finanzielle Ausstattung der Traumaambulanzen. Er sieht darin nicht nur ein wirtschaftliches Problem. Wenn hoch spezialisierte psychotherapeutische Arbeit vergleichsweise gering vergütet werde, sende dies ein gesellschaftliches Signal, sagt Wedell. Zum einen entstehe für Therapeutinnen und Therapeuten wirtschaftlicher Druck. Zum anderen vermittele die Finanzierung indirekt, welchen Stellenwert die Behandlung psychischer Erkrankungen habe. Dabei erfordere jede einzelne Sitzung mit schwer traumatisierten Menschen ein hohes Maß an fachlicher Kompetenz und emotionaler Belastbarkeit.

Hinzu kommt für den Psychologen des WEISSEN RINGS ein weiteres strukturelles Problem: der Föderalismus. Wie stark das Angebot ausgebaut wird, welche Ressourcen zur Verfügung stehen und wie sichtbar die Einrichtungen für Betroffene sind, hänge häufig vom Bundesland ab, sagt er. Aus Sicht Wedells bräuchte es bundesweit einheitliche Standards und eine stärkere öffentliche Wahrnehmung der Traumaambulanzen.

Viele Betroffene befänden sich nach einer Straftat in einer verletzlichen Lebenssituation, betont der Psychologe. Die Menschen seien dringend darauf angewiesen, schnell Orientierung und Hilfe zu erhalten. Dass selbst Fachkräfte aus anderen Hilfesystemen die Zugangswege zu den Traumaambulanzen nicht immer kennen, sei in diesem Zusammenhang problematisch, betont Florian Wedell.

S

Sabine Laskowski (Name geändert) ist Psychotherapeutin in einer Traumaambulanz. „Unsere Arbeit ist schwierig, bereitet uns aber Freude. Wir machen sie mit Herzblut“, sagt die erfahrene Kraft, die anonym bleiben möchte. Sie befürwortet den Rechtsanspruch auf die Schnellen Hilfen. Das Problem sei, sagt auch sie, dass das Personal die Aufgabe in der Regel zusätzlich erfülle, aber nicht aufgestockt worden sei und zudem die Traumafortbildung zum Teil selbst zahlen müsse. Die Betroffenen müssten mitunter Wartezeiten in Kauf nehmen.

Dass dies nicht häufiger der Fall sei, liege neben dem enormen Einsatz der Beschäftigten an einer „restriktiven Aufnahmepolitik“. Opfer, die ein Recht auf Behandlung hätten, müssten abgewiesen werden. Dabei würde Laskowski persönlich mehr Gruppen einen Anspruch einräumen, als es das SGB XIV vorsehe, zum Beispiel Betroffenen von Einbrüchen, die teils traumatisiert seien.

Weitere Plätze für traumatisierte Gewaltopfer zu schaffen, sei kaum möglich, auch weil nicht kalkulierbar sei, wie viele von ihnen jedes Jahr kämen. In den Kliniken herrsche ein „hoher Finanzierungsdruck“, die Traumaambulanz sei finanziell nicht lukrativ, sodass „sich manchmal ein Interessenskonflikt ergibt“.

Im Hinblick auf die Versorgungsämter merkt Sabine Laskowski an, die Bearbeitungszeit dort sei immer noch sehr lang. „Bis wir eine Rückmeldung auf den Antrag bekommen, haben oft schon fünf oder sechs Sitzungen stattgefunden.“

Die Ulmer Kinder- und Jugendlichenpsychotherapeutin Prof. Miriam Rassenhofer befindet sich gerade mitten im Aufbau einer Traumaambulanz für junge Menschen. Sie sagt, die Einrichtungen könnten „in vielen Fällen“ dazu beitragen, eine Chronifizierung von psychischen Erkrankungen zu verhindern.

Sie schränkt aber im Gespräch mit dem WEISSER RING Magazin ein, „dass wir leider noch nicht bei der flächendeckenden Versorgung sind“. Gerade im Kinder- und

„Was mir passiert ist, kann jeder Frau passieren“

„Ruhelosigkeit, Schlaflosigkeit, Appetitlosigkeit“ – diese und weitere Symptome machen Manuela Schröder (Name geändert) seit der Tat zu schaffen. Sie hat Anzeige erstattet, wegen Vergewaltigung. „Was mir passiert ist, kann jeder Frau passieren. Auch mir, einer Polizistin.“ In den ersten Wochen sei es besonders schlimm gewesen, „alles in dem Zusammenhang führte dazu, dass ich in Tränen ausbrach“.

Sie müsse „funktionieren“, sagt die Alleinerziehende, vor allem, damit ihre Kinder „es nicht merken, weil ich sie nicht belasten will“. Sich darauf und auf ihre Arbeit zu konzentrieren, gebe ihr Halt. Zudem habe sie bei der Polizei gelernt, „mit Panikattacken umzugehen“. „Wie muss es erst Betroffenen gehen, die diesen Hintergrund nicht haben?“, fragt sie.

Auf einen Platz in der Traumaambulanz hat Schröder lange warten müssen: „Im übertragenen Sinn war es, als würde ich mit einem gebrochenen Bein in der Notaufnahme sein, aber nicht drankommen.“ Fast zwei Monate dauerte es vom ersten Anruf in einer Traumaambulanz bis zum Termin.

Vor dem ersten Kontaktversuch mit einer Ambulanz seien bereits Wochen vergangen. „Ich stand am Anfang unter Schock, konnte nicht richtig recherchieren, an wen ich mich am besten wenden sollte. Es ist nicht einfach.“ Sie habe es zunächst telefonisch bei einer Beratungsstelle versucht, doch es sei niemand rangegangen. „Auf den Anrufbeantworter sprechen wollte ich nicht, auch weil ich nicht wusste, wann ich einen Rückruf bekomme.“ Dann wandte sie sich an eine ehrenamtliche Mitarbeiterin des WEISSEN RINGS und bekam die Nummer einer Traumaambulanz. Diese habe sich für nicht zuständig erklärt. Mithilfe der Ehrenamtlichen erhielt Schröder, die im Schichtdienst arbeitet, in einer anderen Ambulanz einen Termin.

Sie hätte noch die Möglichkeit gehabt, woanders eine Woche früher dranzukommen, aber der Weg dorthin wäre deutlich länger gewesen. „Die Wartezeit, die in erster Linie an fehlenden Kapazitäten in den Ambulanzen lag, war schlimm. Zwischenzeitlich wollte ich aufgeben und frage mich, ob es richtig war, mich an jemanden zu wenden.“ Schröder kritisiert, es gebe zu wenig Therapeutinnen und Therapeuten.

Ihren ersten Termin in der Traumaambulanz bewertet die Polizistin positiv: „Auf dem Weg sind mir die Tränen gekommen. Aber es ist gut, dass der Stillstand an dieser Stelle vorbei ist. Dass ich seit meiner Anzeige auf Informationen warte, ist schon schwer zu ertragen.“ Das Gespräch mit dem Mitarbeiter der Ambulanz sei „angenehm, sensibel“ gewesen, eine Art Anamnese mit Hinweisen zum Antrag auf Schnelle Hilfen.

Manuela Schröder hofft, dass sie in der Ambulanz bleiben kann und weiterhin gut behandelt wird: „Ich will gut für meine Kinder sorgen können und dienstfähig bleiben.“

„Wir sind leider noch nicht bei der flächen-deckenden Versorgung.“

Prof. Miriam Rassenhofer

Jugendbereich gelte das umso mehr: „Da haben wir einfach noch viel zu wenige.“

Rassenhofer betont, dass viele Betroffene das Angebot gar nicht erst erreiche – sei es, weil es in ihrer Region überhaupt keine Traumaambulanz gibt, oder weil Gewalterfahrungen erst spät erkannt oder gemeldet werden – wie bei Kindern und Jugendlichen, die über längere Zeit Gewalt in der Familie erleben.

Auch für Menschen mit komplexen oder länger zurückliegenden Gewalterfahrungen könnten Traumaambulanzen „ein sehr, sehr guter Einstieg in eine weitergehende Behandlung“ sein. Ihr Vorteil sei, dass sie traumaspezifische Expertise bündeln und einen vergleichsweise niedrighschwelligen Zugang zu psychotherapeutischer oder psychiatrischer Hilfe eröffnen können, sagt sie. Dies gilt besonders in einem Versorgungssystem, in dem Betroffene sonst lange Wartezeiten in Kauf nehmen müssen.

Ein Problem sieht auch Rassenhofer in der Anschlussversorgung. Häufig sei früh

absehbar, dass 15 oder 18 Sitzungen nicht ausreichen werden. Traumaambulanzen könnten akute Belastungen auffangen und Orientierung geben. Aber nicht in allen Fällen sei es möglich, dass Betroffene danach nicht mehr betreut werden müssten. Die strukturellen Defizite der psychotherapeutischen Versorgung könnten auch sie nicht lösen.

Verbesserungsbedarf sieht die Kinder- und Jugendlichenpsychotherapeutin bei der Bekanntheit des Angebots. Wer von Gewalt betroffen ist, beschäftige sich in der Regel nicht vorsorglich mit Traumaambulanzen oder Leistungen der Sozialen Entschädigung. Umso wichtiger sei es, dass Polizei, Beratungsstellen, Rettungsdienst und Notfallseelsorge oder Opferhilfeorganisationen früh auf diese Hilfen hinweisen. Im besten Fall, sagt Miriam Rassenhofer, bekommen Betroffene die Information nicht erst nach langer Suche, sondern direkt von den Stellen, mit denen sie nach der Tat ohnehin in Kontakt kommen.

MANCHMAL IST NÄHE DIE WICHTIGSTE ENERGIE.

Der WEISSE RING gibt Menschen Kraft. Diese Form von Energie lässt sich nicht messen, aber sie verändert Leben. ENTEGA gratuliert dem WEISSEN RING herzlich zum Jubiläum und sagt Danke für 50 Jahre gelebte Menschlichkeit.



Social Media



„Wichtiger Beitrag 🙌 Deepfakes und Co. sind nicht zu unterschätzen.“

„Künstliche Intelligenz eröffnet viele Chancen – leider aber auch neue Möglichkeiten für Betrüger. Stimmen können täuschend echt nachgeahmt, Nachrichten perfekt formuliert und ganze Notlagen simuliert werden.“

„Es sollte Technik für Telefone erfunden werden, die diese Anrufe unterbricht und blockiert!“

„Starker und wichtiger Beitrag vom WEISSEN RING. Genau solche Fälle zeigen, wie schnell aus einem Moment ein lebensverändernder Albtraum werden kann.“

„Uff!! So wichtig, da nicht allein zu sein. Und gut, dass ihr zeigt, was möglich ist.“

„Dankeschön für den Post! Ein furchtbares Erlebnis! Wie kann man nur...“

„Täterinnen und Täter hatten es noch nie so leicht.“

„Ich habe absolut keine Worte dafür.“

„Also KI hat tatsächlich massig Nachteile, muss man schon sagen, erst recht, wenn es keine gesetzlichen Regularien dafür gibt.“

„Schafft mal besser KI ab, bevor KI uns abschafft...“

„Wichtig 🙌🙌🙌“

Love Scamming, Sextortion oder auch der Einsatz von KI bei Trickanrufen: Cyberkriminalität ist ein Thema, das den WEISSEN RING immer häufiger beschäftigt. Hinter Angriffen im Netz stecken oft hochspezialisierte Kriminelle. Die Gefahren sind vielfältig, doch jeder kann sich schützen. Darüber haben wir im vergangenen Magazin berichtet und das Wichtigste auch auf Social Media geteilt.

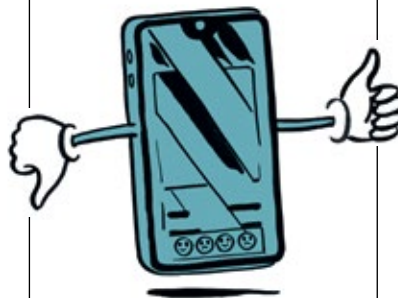


„Ja das kommt ja leider immer wieder vor. Schlimm finde ich, dass z. B. angebliche Gewinnspieleiten/-profile, die eindeutig Betrug sind, dann trotz melden nicht gelöscht werden. Die kopieren andere Seiten, markieren dich da in den Kommentaren oder liken deinen Kommentar.“

„Sehr gut! 🙌 Unglaublich was sich manche so erlauben. Da überlegt man schon, ob man die ganzen sozialen Medien einfach löscht, um Ruhe zu haben.“

„Da kann man, meiner Erfahrung nach, melden wie man will. Am Ende heißt es, ‚wir konnten nichts Verdächtiges an dem gemeldeten Profil feststellen‘.“

„Bei digitaler Gewalt denke ich immer, dass jemand mit 0 und 1 beworfen und dabei schwer am Kopf verletzt wurde.“



WEISSER RING
auf Instagram:



Hilfe, die ankommt

50 Jahre WEISSER RING, das heißt auch 50 Jahre Spendenbereitschaft von Menschen, die durch ihr finanzielles Engagement die Arbeit des Vereins erst möglich machen. Zum runden Geburtstag stellen wir langjährige Unterstützer vor.

Unterstützung durch Schulen

Unermüdlich ist das Engagement des Humboldt-Gymnasiums aus Karlsruhe. Seit 1985 sind dort über 81.000 Euro für den WEISSEN RING zusammengekommen. Ein schönes Beispiel dafür, dass nicht nur einzelne Akteure als Unterstützer auftreten, sondern man auch als Institution viel beitragen kann.

An der Schule findet jährlich ein Weihnachtsmarkt statt, der gesamte Erlös aus vielfältigen Aktionen und Verkäufen dient dem guten Zweck. Seit über 40 Jahren zählt der WEISSE RING zu den Begünstigten. Entsprechend glücklich ist Hans Matheis, der ehemalige Leiter der Außenstelle Karlsruhe und jetziger Landesvorsitzender des WEISSEN RINGS in Baden-Württemberg: „Die Schüler, Lehrer

und Besucher des Weihnachtsmarktes leisten mit ihrer großzügigen Spende einen enormen Beitrag für die Präventionsarbeit an Schulen in und um Karlsruhe zu hochaktuellen Themen wie zum Beispiel Zivilcourage, Gewalt, Cybermobbing oder Stalking. Gerade dort, wo täglich junge Menschen zusammenkommen, kann durch die Arbeit des WEISSEN RINGS besonders viel verändert werden.“

Gemeinsame Sache

Während das Humboldt-Gymnasium in Karlsruhe an einem jährlichen Aktionstag Spenden einsammelt, rückt der Verein Menschen in Not e. V. in Kooperation mit dem Freisinger Tagblatt aus Bayern jährlich für drei Monate die Unterstützung von hilfebedürftigen Menschen in den Mittelpunkt, etwa mit Berichten und Porträts. Seit 1989 profitiert auch der WEISSE RING

von diesem Projekt: Über 86.000 Euro kamen über die Jahrzehnte zusammen.

Das Engagement geht auf Gerhard Rachals zurück, den ehemaligen Redaktionsleiter des Tagblatts, der die Aktion auf Initiative des damaligen Caritas-Geschäftsführers Sebastian Grießl ins Leben rief. Der Verein wurde gegründet, um dem Ganzen „eine adäquate Struktur“ zu geben, wie Manuel Eser, Redaktionsleiter des Freisinger Tagblatts und Vereinsvorsitzender, betont.

Über die Unterstützung des WEISSEN RINGS sagt er: „Dem Verein Menschen in Not ist es eine Herzensangelegenheit, Menschen im Landkreis Freising unbürokratisch finanziell zu unterstützen, die ohne eigenes Verschulden in Not geraten sind. Wir arbeiten hier bevorzugt mit karitativen Organisationen als Partner zusammen. Der WEISSE RING ist für uns ein wichtiger Partner, weil er sich genau um solche Menschen

kümmert, die Opfer von Gewalttaten werden und damit oft einen schweren Schicksalsschlag erleiden.“

Ob kleine Spende, regelmäßige Aktionen oder großzügige finanzielle Unterstützung: Der WEISSE RING ist für jede Spende dankbar, die am Ende den Opfern von Kriminalität und der Präventionsarbeit zugutekommt.



Das Humboldt-Gymnasium Karlsruhe spendet seit 1985 die Erlöse aus dem jährlichen Weihnachtsmarkt an den WEISSEN RING.

Privates Engagement

Eine Person, die den Verein seit mehr als 30 Jahren unterstützt, hat insgesamt bereits über eine Viertelmillion Euro beigesteuert. „Und ich werde das auch weiterhin tun“, betont der Mann, der sein Engagement nicht ins Rampenlicht rücken und daher anonym bleiben möchte.

Der Spender wurde früh durch die Fernsehserie „Aktenzeichen XY“ auf den WEISSEN RING aufmerksam und erkannte die Bedeutung der Hilfe für Kriminalitätsoffer. Beruflich war er viel auf Reisen, wurde in anderen Ländern mit den Folgen von Kriminalität konfrontiert. Daraus entstand der Wunsch, Menschen in derartiger Not zu helfen – bis heute und auch in Zukunft.



Beim Helfen brauchen wir alle Hilfe. Auch Ihre: spenden.weisser-ring.de



Der WEISSE RING dankt ausdrücklich für alle Spenden! Leider kann die Redaktion nicht alle Aktionen veröffentlichen.



Werden Sie Mitglied im WEISSEN RING

Ja, ich möchte den WEISSEN RING als Mitglied unterstützen:
Meine Personalien (Bitte in Großbuchstaben ausfüllen)

Name, Vorname

Strasse

Plz, Ort

E-Mail-Adresse

Ort, Datum, Unterschrift

- ☐ Einzelmitgliedschaft
Ich lege meinen monatlichen Betrag auf
- ☐ Euro ☐ 10,00 Euro ☐ 7,50 Euro
- ☐ 5,00 Euro ☐ 2,50 Euro (Mindestbetrag) fest

- ☐ Mitgliedschaft für Ehepaare
Wir legen unseren monatlichen Betrag auf
- ☐ Euro ☐ 15,00 Euro ☐ 10,00 Euro
- ☐ 7,50 Euro ☐ 3,75 Euro (Mindestbetrag) fest

Mein/unser Jahresbetrag soll widerruflich von meinem/unserem Konto

Name und Sitz des Geldinstituts, BIC

IBAN

Zahlungsweise:

- ☐ vierteljährlich ☐ halbjährlich ☐ jährlich erstmals ab (Monat/Jahr)
durch Lastschrift eingezogen werden

Ich/wir erwäge/n den WEISSEN RING e. V. (Gläubiger ID: DE07ZZZ00000148641), Zahlungen von meinem/unserem Konto mittels Lastschrift einzuziehen. Zugleich xmein/unser Konto gezogene Lastschrift einzulösen. Hinweis: Ich/wir kann/können innerhalb von acht Wochen, beginnend mit dem Belastungsdatum, die Erstattung des belasteten Betrages verlangen. Es gelten dabei die mit meinem/unserem Kreditinstitut vereinbarten Bedingungen. Meine/unsere regelmäßige Hilfe kann/können ich/wir jederzeit beenden. Die Mandatsreferenz wird mir/uns separat mitgeteilt.

WRM 2/2026

Ort, Datum, Unterschrift des/der Kontoinhaber/s

Coupon bitte abtrennen und in einem Umschlag an WEISSEN RING e. V. Weberstraße 16, 55130 Mainz senden.



Oder online:
weisser-ring.de/unterstuetzung/mitgliedschaft



Wir kompensieren CO₂-Emissionen
mit der Deutschen Post



WENN ALLE DEN TÄTER JAGEN, WER BLEIBT DANN BEIM OPFER?



 **WEISSER RING**
Wir helfen Kriminalitätsopfern.

www.weisser-ring.de